



Plenarprotokoll (neu)

85. Sitzung

Donnerstag, 7. Mai 2020

Vereidigung Minister Claussen	6369	Daniel Günther, Ministerpräsident.	6370
Bericht zu den Beschlüssen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 6. Mai 2020.....	6370	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6374
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Tobias Koch [CDU].....	6379
Drucksache 19/2148		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6381
		Christopher Vogt [FDP].....	6385
		Jörg Nobis [AfD].....	6390
		Lars Harms [SSW].....	6393
		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	6396

Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2148 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....

6397

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. 6397
 Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 6399
 Tobias von der Heide [CDU]..... 6400
 Serpil Midyatli [SPD]..... 6402
 Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6404
 Anita Klahn [FDP]..... 6406
 Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 6408
 Claus Schaffer [AfD]..... 6409
 Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 6410
 Dr. Heiner Dunkel [SPD]..... 6411
 Dennys Bornhöft [FDP]..... 6412

Gemeinsame Beratung

a) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung schul- und hochschulrechtlicher Vorschriften, des Lehrkräftebildungsgesetzes, des Pflegeberufekammergesetzes, diverser Sozialgesetze, des Kita-Reformgesetzes, des Kindertagesstättengesetzes, des Kindertagesförderungsgesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes aufgrund der Coronapandemie.....**

6397

Gesetzentwurf der Landesregierung
 Drucksache 19/2122

Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2122 an den Bildungsausschuss
 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2132
 3. Annahme der Anträge Drucksachen 19/2152 und 19/2153 sowie des Alternativantrags Drucksache 19/2165.....

6412

b) **Mehr Wissen über SARS-CoV-2 und COVID-19 erlangen - Obduktionen in Corona-Todesfällen ausweiten.....**

6397

Antrag der Fraktion der AfD
 Drucksache 19/2132

Gemeinsame Beratung

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020.....**

6413

Gesetzentwurf der Landesregierung
 Drucksache 19/2112

Förderung von Obduktionen bei Todesfällen mit SARS-CoV-2-Verdacht.....

6397

Alternativantrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 Drucksache 19/2165

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
 Drucksache 19/2123

c) **BAföG-Nothilfe unbürokratisch auf den Weg bringen.....**

6397

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 Drucksache 19/2152

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 19/2149 (neu)

d) **Schule in Coronazeiten gestalten und organisieren.....**

6397

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 Drucksache 19/2153

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aussetzung des Anpassungsverfahrens gemäß § 28 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz) für die Jahre 2020 und 2021 sowie zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Anpassungsverfahrensaussetzungsgesetz 2020).....	6413	Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/2149 (neu) mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit 2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2112 in der Fassung der Drucksache 19/2123 einschließlich des angenommenen Antrags Drucksache 19/2149 (neu) 3. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2125 an den Innen- und Rechtsschutz 4. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/2128 und 19/2135 5. Annahme des Antrags Drucksache 19/2147.....	6439
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/2125			
c) Obdachlose und finanzschwache Menschen bei aktuellen Corona-hilfen ausreichend berücksichtigen.....	6413	Tiertransporte begrenzen..... Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2048	6439
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2128		Tierschutz beim Transport verbessern.....	6439
d) Coronamaßnahmen verantwortungsbewusst umsetzen - Einsparpotenziale sofort nutzen.....	6413	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2159	
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/2135		Lars Harms [SSW]..... Heiner Rickers [CDU]..... Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]..... Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... Dennys Bornhöft [FDP]..... Volker Schnurrbusch [AfD]..... Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	6439 6440 6442 6443 6444 6445 6446
e) Bundeseinheitlicher Pflegebo-nus muss kommen.....	6413	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2048 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2159.....	6447
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2147		Gemeinsame Beratung	
Monika Heinold, Finanzministerin	6413	a) Abschaffung des „Zukunftslabors zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme“.....	6447
Jörg Nobis [AfD].....	6416	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1800	
Lars Harms [SSW].....	6418		
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	6421		
Beate Raudies [SPD].....	6423		
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6426		
Annabell Krämer [FDP].....	6430		
Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos].....	6435		
Birte Pauls [SPD].....	6436		
Werner Kalinka [CDU].....	6436		
Stephan Holowaty [FDP].....	6437		

b) Bericht über die Arbeit des Zukunftslabors zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2121

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren..... 6448
 Birte Pauls [SPD]..... 6449
 Werner Kalinka [CDU]..... 6450
 Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6452
 Dennys Bornhöft [FDP]..... 6454
 Claus Schaffer [AfD]..... 6455
 Lars Harms [SSW]..... 6456
 Wolfgang Baasch [SPD]..... 6457
 Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 6458

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/1800

2. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 19/2121..... 6459

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 32. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Sie sehen, dass wir während dieser jetzt dritten Landtagstagung in der Coronazeit eine Besonderheit haben, die uns durch die Pandemie leider aufgezwungen ist, die es aber ermöglicht, dass alle Kolleginnen und Kollegen an dieser Tagung teilnehmen und wir trotzdem die geltenden Hygienevorschriften und Abstandsregeln einhalten können. Deswegen glaube ich, dass wir eine gute Lösung gefunden haben. Dies lässt sich auch ein Stück weit daran bemessen, dass schon andere Parlamente bei uns nachgefragt haben, um auch so etwas zu machen.

Ich darf Sie aber darauf hinweisen, dass wir die Abstandsregeln trotz alledem beibehalten und aufrechterhalten, auch dann, wenn wir in den Plenarsaal hineinkommen oder ihn verlassen.

Um den Fußgängerverkehr hier im Plenarsaal etwas einzuschränken, haben wir Ihnen etwas zu trinken auf den Tisch gestellt. Es wird gegebenenfalls in den Pausen nachgereicht. Ich glaube, wir haben alles dafür getan, um die Dinge hier so zu gestalten, dass wir nun - wie der Ältestenrat es beschlossen hat - zwei Tage miteinander tagen können.

(Beifall)

Ich bitte Sie, wenn Sie die Plätze verlassen, darauf zu achten, dass Sie den Mund-Nasen-Schutz wieder anlegen. Wir haben jetzt auch dafür gesorgt, dass die Vertreter der Presse entsprechend Raum zur Verfügung haben, sodass wir die Regeln einhalten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Meyer hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Die Abgeordnete Ostmeier hat nach dem gleichen Paragraphen mitgeteilt, dass sie ebenfalls an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ministerpräsident Günther hat mir mit Schreiben vom 4. Mai 2020 mitgeteilt, dass Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack mit Wirkung vom 29. April 2020 als Nachfolgerin für den entlassenen Herrn Hans-Joa-

chim Grote zur Ministerin für Inneres, ländliche Räume und Integration berufen wurde.

Weiter hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass Herr Claus Christian Claussen mit Wirkung vom 4. Mai 2020 zum Minister für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung berufen wurde.

Nach Artikel 35 Absatz 2 der Landesverfassung haben Landesministerinnen und Landesminister im Anschluss an ihre Berufungen vor dem Landtag den Eid zu leisten.

Ich bitte daher jetzt Herrn Minister Claussen zur Vereidigung nach vorn. Ich bitte ihn, sich rechts hinzustellen, und die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir nachzusprechen.

(Der Minister wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutsche Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.)

- Herr Minister, ich spreche Ihnen die Glückwünsche des Hauses aus und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen unseres Landes. - Herzlichen Dank.

An dieser Stelle möchte ich auch Frau Ministerin Dr. Sütterlin-Waack in ihrem neuen Amt als Ministerin für Inneres, ländliche Räume und Integration alles Gute und Erfolg wünschen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall - Zuruf: Gleichstellung!)

- Wenn es Irritationen gegeben hat, was die Zuordnung der einzelnen Fachbereiche angeht, dann ist das in irgendeiner Form ein Übertragungsfehler gewesen. Wir werden das im Nachhinein klären. Ich habe es wohl vernommen, dass der Bereich der Gleichstellung jetzt im Innenministerium liegt.

Wir wollen ein wenig Zeit lassen, um unter Wahrung aller Regeln die Überreichung der Blumensträuße zu ermöglichen.

(Minister Claussen nimmt Glückwünsche und Präsente entgegen)

(Präsident Klaus Schlie)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie auch darüber informieren, dass die Landesregierung als Nachfolgerin von Herrn Staatssekretär Ingbert Liebing Frau Sandra Gerken zur Staatssekretärin bei dem Ministerpräsidenten - Staatskanzlei - mit Wirkung vom 1. April 2020 ernannt hat. Gleichzeitig wurde Frau Gerken zur Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund bestellt. - Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 6, 11, 16, 20, 22, 23, 25 bis 27, 42, 54, 55, 58 bis 60 sowie 62 und 63 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 4, 5, 7, 12 bis 14, 18, 19, 21, 28, 30, 32, 56 und 57.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2, 10, 34, 38, 46 und 48 - Beratungen zum 2. Nachtrag des Haushaltsplans für das Jahr 2020 - sowie die Punkte 9, 35, 51 und 52 - Erste Lesung Artikelgesetz mit weiteren Anträgen zu Corona -, 15 und 61 - Antrag und Bericht zum „Zukunftslabor“ - sowie die Tagesordnungspunkte 33 und 45 - Wertschätzung für Pflegekräfte muss sich im Lohnniveau widerspiegeln und Ausgestaltung der Pflegefinanzierung.

Anträge zu einer Fragestunde oder Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 32. Tagung. Wir werden heute unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen und morgen auch um 9:30 Uhr beginnen und mit einer einstündigen Mittagspause bis circa 16:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir die wenigen Besucherinnen und Besucher, die zu uns gekommen sind. Wir begrüßen sie umso herzlicher. Wir freuen uns, dass sie da sind. Insbesondere begrüße ich Schwester Maria-Magdalena und Frau Bäumer vom Erzbistum Hamburg. - Seien Sie uns wie alle herzlich willkommen! Es freut uns, dass Sie da sind.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 47 auf:

Bericht zu den Beschlüssen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 6. Mai 2020

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2148

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe nicht, dass das der Fall ist.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Gestern haben die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundesregierung getagt und den Blick auf die weitere Entwicklung gerichtet. Sie werden verfolgt haben, dass viele Länder im Vorfeld dieser Sitzung - andere unmittelbar danach - bekannt gegeben haben, wie mit diesen Beschlüssen umgegangen und wie in den einzelnen Ländern verfahren wird.

Natürlich reizt es einen, das Gleiche zu tun und möglichst schnell unterwegs zu sein. Ich will aber für die Landesregierung sagen, dass ich es gut und richtig finde, dass wir uns Zeit genommen haben, dass wir Respekt vor dieser Tagung gehabt haben und dass wir insbesondere aus Respekt vor dem Parlament heute hier im Parlament Sie und die Öffentlichkeit über das informieren, was die Landesregierung macht. Das ist genau die richtige Reihenfolge, die wir als Landesregierung in dieser Beziehung gewählt haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir kommen jetzt in eine neue Phase. Wir hatten die Phase des Shutdown. Erste Lockerungen haben wir am 20. April 2020 vorgenommen. Wir können heute feststellen, dass wir das Infektionsgeschehen weiter im Griff haben. Trotz alledem dürfen wir nicht vergessen, dass auch in Schleswig-Holstein 119 Menschen mit COVID-19-Erkrankungen verstorben sind. Das heißt, es ist auch für uns nicht die

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Zeit, unvernünftig zu sein, sondern es ist weiterhin die Zeit, mit Augenmaß vorzugehen.

Wichtig für die nächste Zeit ist, dass wir auf dem Gipfel verabredet haben, dass die Länder zukünftig selbst und eigenverantwortlich entscheiden, dass wir uns dabei aber natürlich abstimmen. Ich kann zusichern, dass wir uns insbesondere im norddeutschen Verbund mit anderen Ländern abstimmen. Das ist vollkommen klar. Ich halte es aber für richtig und vertretbar, dass die unterschiedlichen Situationen, die wir in Deutschland haben, angemessen berücksichtigt werden.

In Bayern haben wir 20-mal so viele Menschen, die derzeit erkrankt sind. Das heißt, das Risiko, betroffen zu sein, ist dort höher. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesländer für sich selbst entscheiden können. Die Menschen können sich aber darauf verlassen, dass wir bei allem, was wir jetzt an Öffnungen vornehmen, natürlich immer sorgsam darauf achten und fragen: Ist das verantwortbar? Deswegen ist es gut und richtig, dass dort beschlossen worden ist, dass zukünftig ein Schwellenwert gilt, wenn sich in einem Landkreis oder in einer kreisfreien Stadt die Situation ändert, weil es plötzlich mehr Infektionen gibt. Als Richtwert sind 50 Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen bezogen auf 100.000 Menschen gewählt worden.

Damit Sie wissen, wie die Situation in Schleswig-Holstein im Moment ist: In den vergangenen sieben Tagen hatten wir in ganz Schleswig-Holstein mit über 2,8 Millionen Einwohnern etwas über 100 zusätzliche Infektionen. Das heißt, wir sind von diesen Werten weit entfernt. Natürlich ist es aber auch in diesen Zeiten wichtig, sehr sorgsam darauf zu achten, was im Hinblick auf die Infektionen passiert, damit wir über unsere Instrumente sofort eingreifen können, wenn die Situation droht, außer Kontrolle zu geraten. Davon sind wir weit entfernt, weil unsere Gesundheitsbehörden extrem gut aufgestellt sind und weil wir vereinbart haben, dass wir Infektionsketten immer besser nachvollziehen können. Selbstverständlich gilt: Wenn eine Situation schwierig zu werden scheint, dann können wir heute relativ schnell sagen, wo die Ursache liegt: Gibt es eine bestimmte Einrichtung, aus der die Infektionen kommen? So können wir Isolationen festlegen und müssen nicht gleich wieder Entscheidungen treffen, durch die ganze Regionen lahmgelegt werden.

Das heißt, wir sind gut vorbereitet auf die Zeit. Ich will an dieser Stelle allen Menschen sagen, dass wir uns in den nächsten Wochen darauf einstellen müssen, dass die Infektionszahlen wieder ansteigen

werden. Das wird Realität sein. Natürlich werden auch Menschen erkranken. Sie können sich aber darauf verlassen, dass es immer Aufgabe der Landesregierung ist, auch in diesen Zeiten darauf zu achten, dass unsere Kapazitäten ausreichen, dass Menschen geschützt werden können, dass Menschen aber auch geholfen werden kann, wenn sie von dieser Krankheit betroffen sind. Das heißt aber: alles mit Augenmaß. Wir sind zu jeder Zeit bereit, Maßnahmen zu ergreifen, wenn diese notwendig sind, um die Menschen in unserem Land noch besser zu schützen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns in der Ministerpräsidentenkonferenz darauf verständigt haben, die Kontaktbeschränkungen ein wenig zu lockern. Es gab darüber eine sehr lange Diskussion, weil viele gesagt haben: Die 1+1-Regel, die wir bislang haben, ist eine gute Regel. Ich glaube, dass es sehr verantwortbar ist - dies haben wir beschlossen -, dass wir diese Kontaktbeschränkungen zum 9. Mai 2020 ein bisschen lockern, sodass in Zukunft Personen aus zwei Hausständen unterwegs sein dürfen. Das heißt, dass Personen aus zwei Hausständen dann, wenn Gastronomie möglich ist, aber auch sonst in der Öffentlichkeit gemeinsam unterwegs sein können - zunächst beschränkt bis zum 5. Juni 2020.

Konkret heißt dies: Bisher war es so, dass dann, wenn sich ein Ehepaar mit einem anderen treffen wollte, man sich entscheiden musste, wen von beiden man mitnimmt. Jetzt ist es anders. Man darf sich innerhalb der Familie und mit Menschen aus einem weiteren Hausstand treffen. Diese Regel, die getroffen wird, ist eine gute Regel. Sie zeigt Augenmaß und ist weniger als das, was andere Bundesländer angekündigt haben. Ich glaube aber, dass es gut begründet ist, hier zu Erleichterungen zu kommen. Es ist ein wichtiges Zeichen für die Menschen in unserem Land, dass wieder ein Stück Normalität zurückkommt.

Wie sieht jetzt unser Weg für Schleswig-Holstein aus? - Ziel ist weiterhin, dass die Kapazitäten ausreichen müssen. Einschränkungen müssen immer besser begründet sein, wenn wir sie aufrechterhalten. Es muss zu jedem Zeitpunkt sichergestellt sein, dass die Lage unter Kontrolle ist. Was wichtig ist: Alle Menschen müssen wissen, dass weiterhin Abstand gehalten werden muss und dass Hygieneregeln gelten. Dann ist es möglich, dass wir in vielen Bereichen mehr Normalität haben werden.

Deswegen haben wir als Landesregierung insbesondere die Familien in den Fokus genommen, die unter dieser Situation im Moment besonders zu leiden

(Ministerpräsident Daniel Günther)

haben. Sie sind durch die Betreuungssituation immer mehr gefordert, teilweise auch überfordert. Deswegen ist es wichtig, dass wir sehr präzise beschreiben, wie wir in den Kitas in unserem Land die Betreuung von Kindern deutlich erweitern. Wir haben die Notbetreuung bereits erweitert.

In einem nächsten Schritt fahren wir am 18. Mai 2020 damit fort. Wir konzentrieren uns insbesondere auf Kinder mit Förderbedarf und auf diejenigen, die im vorschulischen Bereich sind. Wir werden die Gruppengrößen von fünf auf zehn erweitern. Das bedeutet, dass die Kitas in unserem Land ab dem 18. Mai zu 30 % ausgelastet sein werden.

Wir haben uns auch entschieden, am 1. Juni 2020 einen weiteren Schritt zu gehen, das heißt, ab diesem Zeitpunkt schon einen eingeschränkten Regelbetrieb möglich zu machen: Die Notbetreuung läuft weiter, erweitert auf weitere Gruppen. Es wird auch Betreuung in Kohorten in den Kitas durchgeführt. Das heißt, wir kommen dann zu einer Auslastung in Höhe von 55 %.

Was aus meiner Sicht am wichtigsten ist: Alle Kinder werden ab dem 1. Juni 2020 - in eingeschränktem Umfang, das muss ich dazusagen - in Schleswig-Holstein wieder die Möglichkeit haben, unsere Kitas zu besuchen. Das ist ein sehr wichtiger Schritt, den wir gehen. Es ist ein behutsamer Schritt, aber es ist ein Schritt für die Familien in Schleswig-Holstein, den wir zu 100 % gemeinsam durchsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Das Gleiche gilt für den schulischen Bereich. Auch hier werden wir schrittweise öffnen. Es wird bis zu den Sommerferien nicht möglich sein, in den Schulen einen ganz normalen Regelbetrieb mit Präsenzunterricht aufzunehmen, wie wir ihn gewohnt sind. Aber bis zu den Sommerferien werden alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein die Möglichkeit haben, zumindest eingeschränkt Präsenzunterricht zu besuchen.

Wichtig ist, dass wir dies in einem ersten Schritt am 25. Mai 2020 für alle Klassenstufen in den Grundschulen umsetzen werden, sodass - eingeschränkt und nicht regelmäßig, in vielen Bereichen nur teilweise - Präsenzunterricht möglich ist. Er wird insbesondere auf Kinder mit Förderbedarf konzentriert sein, weil es uns wichtig ist, dass wir uns um diejenigen kümmern, die gerade in diesen Zeiten Bildungsperspektiven brauchen und die im Moment besonders darunter leiden, dass kein Präsenzunterricht möglich ist, denen der digitale Unterricht, der

in den vergangenen Wochen stattgefunden hat, vielleicht nicht geholfen hat. Auf diese Kinder konzentrieren wir uns, und deswegen ist der Schritt im Schulbereich, den wir jetzt unternehmen werden, ein wichtiger und richtiger Schritt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Wir hatten - in weiser Voraussicht auf das, was kommt - viele Entscheidungen, die wir gestern getroffen haben, schon in den Planungen berücksichtigt. Besuchsrechte in unseren Einrichtungen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen haben wir schon erweitert.

Wir haben den Geschäften mit einer Größe von über 800 m² erlaubt zu öffnen. Wir haben den Sportbereich bereits in den Fokus genommen und dort viel an kontaktarmem Sport zugelassen. Wir werden dies weiterführen, indem wir kontaktarmen Sport ab dem 18. Mai 2020 auch indoor zulassen werden. Das heißt, Fitnessstudios haben wieder die Möglichkeit zu öffnen, immer unter der Voraussetzung, dass sie Hygienekonzepte haben und dass Abstand eingehalten werden kann.

Das wird ab jetzt die Leitschnur für alles sein: Jeder, der Verantwortung übernimmt, kann seine Einrichtung öffnen, wenn diese Kontaktregeln eingehalten werden können. Ich glaube, das ist ein guter Gleichheitsgrundsatz für alle Bereiche, und das werden wir konsequent fortsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das gilt natürlich auch für alle Dienstleistungen. Das gilt für den Bildungsbereich und für die Fahrschulen, von denen viele von Ihnen angeschrieben worden sind. Für all diese Bereiche gilt: Wenn diese Regeln eingehalten werden können, dann besteht ab dem 18. Mai 2020 die Möglichkeit zu öffnen.

Der 18. Mai 2020 ist das Datum in Schleswig-Holstein, an dem der große zweite Schritt gemacht wird. Wir halten es für verantwortbar, den 18. Mai in den Fokus zu nehmen, weil der letzte Schritt in Schleswig-Holstein am 20. April 2020 stattfand. Das heißt, wir haben uns ausreichend Zeit genommen zu gucken, was die Maßnahmen, die wir getroffen haben, im jeweiligen Bereich für Auswirkungen gehabt haben. Wir wissen jetzt, dass sich das Infektionsgeschehen dadurch kaum verändert hat. Deswegen ist es absolut richtig, am 18. Mai 2020 diesen nächsten großen Schritt zu gehen.

Auch aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, uns in dem wichtigen Bereich Gastrono-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

mie, Hotels und Vermietungen auf dieses Datum zu konzentrieren. Ich weiß, dass es manche gibt, die sagen werden: Es gibt Bundesländer, die Gastronomie früher öffnen. - Das ist so. Ich glaube aber, unter dem Grundsatz „Gleiche Chancen für alle“ machen wir keine Diskriminierung; jeder darf zum gleichen Zeitpunkt öffnen. Das ist auch rechtssicher.

Ich sage im Übrigen auch ein bisschen selbstkritisch über die vergangenen Wochen: Es ist vielleicht gut, sich manches Mal etwas mehr Vorbereitungszeit zu nehmen, in der man genaue Verordnungen macht.

Ich sage aber auch ganz ehrlich: Diejenigen, die öffnen, müssen Hygienekonzepte vernünftig umsetzen. Wir haben null Interesse daran, dass wir jetzt im Überschwang Öffnungen möglich machen, die wir nachher wieder einkassieren müssen. Deshalb sage ich sehr deutlich: Sauber und seriös für den 18. Mai 2020 alles vorbereiten - das ist genau der richtige Weg, den wir in dem Bereich gehen werden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das heißt für uns, dass wir die Gastronomie in die Lage versetzen, ab dem 18. Mai 2020 wieder zu öffnen, und zwar bis 22 Uhr. Es gibt keine Regelungen, was die Kapazitäten angeht, sondern es gilt auch hier lediglich die Regelung: Abstandsregeln müssen ebenso eingehalten werden wie die Hygienekonzepte. Es muss 1,5 m Abstand geben. Wer sich daran hält, hat die Möglichkeit, Gastronomie im Innen- und im Außenbereich zu öffnen.

Das Gleiche gilt für Ferienwohnungen und Ferienhäuser. Die Vermietung ist ab dem 18. Mai 2020 möglich. Die Auslastung ist dann so, wie sie gebucht wird. Aber: Regeln müssen eingehalten werden, ebenso wie die Hygienekonzepte. Auch hier ist der Stichtag der 18. Mai.

Das gilt auch für Hotels in unserem Land. Auch sie haben die Möglichkeit, am 18. Mai 2020 zu öffnen - mit gastronomischen Angeboten -, aber die Regeln müssen auch dort eingehalten und durchgesetzt werden. Das gilt für Campingplätze und Wohnmobilstellplätze. Wichtig ist, dass das auch für die Inseln und Halligen in Schleswig-Holstein gilt. Wir werden das Betretungsverbot aufheben, um auch in diesen Bereichen klare und verlässliche Regeln zu haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Ich will diesen sensiblen Punkt ansprechen: Touristische Verkehre nach Schleswig-Holstein werden wieder möglich sein. Wir setzen uns im Übrigen auch dafür ein, dass dies auch in Richtung Dänemark gilt. Ich weiß, dass der Kollege Lars Harms noch früher öffnen wollte. Ich glaube, uns allen geht das so. Ich muss dazu sagen, dass es uns die Entscheidung der dänischen Regierung, die Beschränkung noch einmal um vier Wochen zu verlängern, nicht unbedingt leichter gemacht hat. Ich will hier um Verständnis werben: Eine einseitige Grenzöffnung ist ein bisschen schwieriger umzusetzen, denn die Leute wollen irgendwann ja auch wieder zurückfahren. Das heißt, die Lockerungen, die wir haben wollen, müssen wir jetzt vernünftig mit der dänischen Regierung besprechen. Ich sage aber hier in diesem Parlament: Ich wünsche mir die Grenzöffnung und die Möglichkeit, wieder das zu leben, was für uns selbstverständlich ist, und dies so früh wie möglich. Wir als Landesregierung werden uns dafür einsetzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das heißt, touristischer Verkehr ist möglich. Ich spreche dies deswegen an, weil dies ein großer Schritt ist, den wir gehen. Jeder von uns weiß: Das Thema Tagestourismus ist sensibel. Wir alle miteinander haben null Interesse daran, dass ein vermeintlicher Konflikt mit unseren Nachbarländern fortgesetzt wird. Daran hat niemand ein Interesse. Wir wollen das Zusammenleben mit Hamburg, mit den Nordländern. Keiner hat ein Interesse daran, dass hier etwas eingeschränkt wird.

Aber ich sage sehr deutlich: Das Thema Tagestourismus ist aus Infektionsschutzgründen ein extrem sensibles Thema. Deswegen müssen wir, wenn durch die Lockerungen Tagestourismus möglich wird, mit den Kreisen - gerade in den Hotspots - sehr sorgsam überlegen, wie wir dafür sorgen, dass an dieser Stelle keine Überforderung entsteht. Es gibt viele Regionen, die keine Sorgen davor haben, was passiert. Aber seien wir ehrlich miteinander: In Ostholstein in den Bäderorten und auch an der Nordseeküste gibt es natürlich die Sorge, dass dort, wenn jeder dort hinkommen kann, weil das Wetter schön ist, eine Situation entstehen kann, die nicht mehr kontrollierbar ist.

Deswegen müssen wir uns vorbehalten, gemeinsam mit den zuständigen Kreisen in diesen Hotspots gegebenenfalls Kapazitätsbeschränkungen durchzusetzen. Das wird nicht anders möglich sein. Ich halte das für verantwortbar, aber ich glaube, das Zei-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

chen zu setzen, wir diskriminieren niemanden - wie es andere Bundesländer machen -, ist gut.

Es gilt in Schleswig-Holstein ab jetzt: Alle Menschen dürfen hierherkommen. Sie dürfen Angebote nutzen, aber wir müssen dafür sorgen, dass einzelne Orte nicht überfordert werden. Dafür müssen wir mit den Kreisen ein gutes Konzept erarbeiten, und das werden wir auch machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich komme zum Ende. Ich stelle gerade fest, dass ich meine Redezeit ein wenig überschritten habe. Herr Landtagspräsident, ich bitte um Entschuldigung, aber gestern Abend waren die Beratungen um halb eins zu Ende. Ich habe meine Rede daher nicht so sorgfältig vorbereitet, wie ich das sonst tue. Deswegen passt die Redezeit nicht ganz. Aber mir ist wichtig, dass das Parlament umfassend informiert wird. Deswegen gilt das, was ich eben zu Hygieneregeln gesagt habe, in allen Bereichen.

Kontaktbestimmungen und Abstandsregelungen einhalten, das bedeutet für uns in Schleswig-Holstein, dass wir ab dem 18. Mai Veranstaltungen mit Sitzcharakter bis 50 Personen wieder ermöglichen. Dieser Grundsatz gilt für alle Bereiche, in denen das gemacht werden kann. Wir halten das für verantwortlich. Das heißt, dass klar sein muss, wer da ist, wer auf seinem Platz sitzt, ob die Abstandsregelungen eingehalten werden. Es gibt Veranstaltungsformen, bei denen das absolut möglich sein wird.

Wir halten die Zahl 50 für eine angemessene Zahl, um dies in einem ersten Schritt möglich zu machen. Das heißt, dass wir ab dem 18. Mai auch in den Bereichen, in denen wir bisher andere Regelungen hatten, vieles verändern werden. Auch bei den Kirchen gilt jetzt nicht mehr die Regel pro Quadratmeter, sondern wir werden dafür festlegen, dass der Mindestabstand von 1,5 m eingehalten werden muss und Abstand- und Hygienekonzepte eingehalten werden müssen und hier genauso wie in den anderen Bereichen die Möglichkeit besteht, sich daran zu halten. Das gilt für alle Bildungseinrichtungen, die mitmachen wollen, alle, die da Verantwortung übernehmen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will für uns zusammenfassen, was die nächste Zeit bedeutet. Sie steht unter den Schlagwörtern Verantwortung und Freiheit. Wir als Landesregierung übernehmen Verantwortung für all das, was wir jetzt an Lockerungen vornehmen, aber das be-

deutet auch eine Menge mehr Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Das alles wird nur funktionieren, wenn diejenigen, die die Freiheiten bekommen, sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Das heißt, die Regeln müssen von allen eingehalten werden.

(Beifall)

Das ist mein dringender Appell an alle, die jetzt sagen: Am 18. Mai geht es endlich wieder los. - Es geht nicht so los, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt waren, sondern wir werden uns an gewisse Einschränkungen, an die Abstandsregelungen auch bei den Öffnungen gewöhnen müssen. Ich bitte alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, diesen nächsten schwierigen Weg gemeinsam mitzugehen, in großer Verantwortung, auch im Interesse der Gesundheit gerade derjenigen Menschen, die im höheren Alter sind, die Vorerkrankungen haben. Das ist eine enorme Herausforderung. Aber so wie wir unsere Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in den vergangenen Wochen - noch besser als vorher - kennengelernt haben, bin ich mir sehr sicher, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen können.

Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung, den Weg, den wir als Landesregierung vorschlagen, mitzugehen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat für seinen wichtigen Bericht das Doppelte der vereinbarten Redezeit in Anspruch genommen. Ich glaube, dafür haben wir Verständnis. Diese Zeit steht jetzt natürlich auch allen anderen Rednerinnen und Rednern zur Verfügung.

Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den meisten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Bewältigung der Coronapandemie kein Sprint, sondern ein Marathon ist. Der Schutz der Gesundheit eines großen Teils unserer Gesellschaft muss noch über viele Monate Priorität behalten. Die Bewältigung der Folgen wird uns über Jahre beschäftigen, die Lehren aus der Pandemie noch viel länger.

(Dr. Ralf Stegner)

Der Umgang mit der Coronakrise beginnt, zum neuen Alltag zu werden. Nicht nur hier im Plenum sehen wir, wie Anpassungen stattfinden, um trotz aller Vorsicht ein Stück weit Normalität zu ermöglichen. Überall im Land werden die Menschen kreativ und finden Lösungen zur Überbrückung dieser schwierigen Zeit: Musikschulen, die Videounterricht anbieten, das Restaurant um die Ecke mit dem neuen Lieferdienst, Sportvereine, die innerhalb kürzester Zeit auf neue Vorgaben reagieren und unter Einhaltung strenger Sicherheitsvorgaben die Plätze öffnen können. All dies macht Mut, all dies zeigt übrigens auch, dass die Bürgerinnen und Bürger deutlich klüger sind, als ihnen gelegentlich zgetraut wird.

(Vereinzelter Beifall)

Die Infektionszahlen im Land zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind - dank der Disziplin des Großteils der Menschen, von denen viele bedeutend härtere Einschränkungen hinnehmen müssen als eine Acrylglascheibe zum Nachbarplatz, vor allem aber auch, weil die Maßnahmen zum Pandemieschutz nach wie vor auf große Akzeptanz stoßen. Das zeigen alle Umfragen - und das allen Verschwörungstheorien und aller Wirrheiten im Netz zum Trotz. Dafür können wir alle gemeinsam dankbar sein.

Es ist übrigens auch ein Verdienst unserer Presse, über die wir morgen noch sprechen werden, die mit dazu beigetragen hat, dass Akzeptanz für diese Fragen da ist. Auch dafür will ich ausdrücklich Dank sagen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Beispiele wie die des Schlachthofs in Bad Bramstedt zeigen auch, wie viel Vorsicht nach wie vor geboten ist.

Wir beobachten auch die Entwicklung in Heimen mit Sorge, wenn das Virus erst einmal angekommen ist. In kurzer Zeit können wenige Infizierte die Zahlen extrem schnell nach oben treiben. Darum muss immer wieder betont werden: Die Situation bleibt ernst, alles, was wir beschließen, muss regelmäßig auf den Prüfstand, wir müssen die Infektionszahlen genau im Blick behalten, damit es in keinem Bereich zu unkontrollierten Verbreitungen kommt und uns keine Maßnahme auf die Füße fällt.

Der gestern beschlossene Bremsmechanismus, mit dem regional schnell auf neue Ansteckungshotspots schnell reagiert werden kann, ist darum eine kluge Regelung. Es ist nicht die Zeit für vorschnelle Ent-

warnungen. Darum kann gar nicht oft genug daran erinnert werden, dass nach wie vor Abstand, persönliche Hygiene und das Tragen einer Maske für alle, denen es möglich ist, unerlässlich sind. Abstand ist die wahre Nähe in diesen Zeiten.

(Vereinzelter Beifall)

Es geht darum, zwei Dinge nicht zu gefährden: die bisherigen Erfolge im Kampf gegen die Pandemie einerseits und die Akzeptanz der Menschen andererseits. Denn klar ist: Es wird noch lange Zeit kein Zurück geben können zu dem, was für uns bis März Normalität ist. Einige Bereiche unseres Lebens werden sich vielleicht sogar für immer ändern. - Das ist übrigens nicht überall eine Verschlechterung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Corona zeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger, starker Staat ist, der keineswegs alles besser kann - Herr Kollege Vogt, da bin ich bei Ihnen -, der aber nicht nur bei Schönwetter, sondern auch in der Krise funktionieren muss und der zum Beispiel eine öffentliche Krankenversorgung vorhält, die nicht auf Gewinnerzielung getrimmt wird,

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der so aufgestellt ist, dass auch in Krisenzeiten ausreichend Puffer vorhanden sind. Das gilt auch für schädliche Abhängigkeiten von Importen aus Diktaturen und Billiglohnländern. Auch dafür gilt: Dem freien Markt ist Pandemieschutz egal. Uns darf das nicht egal sein.

(Beifall SPD und SSW)

Auch in dieser Woche wurde wieder deutlich, dass es sehr viel einfacher ist, Beschränkungen einzuführen, als sie zu lockern. Herr Ministerpräsident, wir sind bei jeder Lockerung besonders gefordert, die eigene Kommunikation auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen nämlich verhindern, dass Ankündigungen als Aufruf zur falschen Sorglosigkeit missverstanden werden können. Jede Lockerung bringt neue Fragen, ob sich daraus nicht ebenso Lockerungen für andere Bereiche ergeben könnten. Es wird so sein, dass die einen erleichtert werden und die anderen nicht. Das mag anstrengend sein, aber all diese Fragen sind berechtigt, denn wir reden über die größten Beschränkungen unserer Bürgerrechte seit 70 Jahren. Wer solche Diskussionen verbieten will oder für falsch hält, verkennt die Grundzüge unserer freiheitlichen Gesellschaft. Über alles muss diskutiert werden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir können alle miteinander froh sein, in einem Land zu leben, in dem zuerst immer die Fortführung einer Einschränkung und eben nicht ihre Lockerung begründet werden muss. Dass das gestern noch einmal betont worden ist, finde ich ausdrücklich richtig.

Das gilt auch in solchen Ausnahmesituationen, und es gilt trotz der Tatsache, dass Gesundheitsschutz derzeit an erster Stelle steht und für uns weiterhin an erster Stelle stehen muss, über allem anderen.

(Beifall SPD und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Politikerinnen und Politiker müssen wir die Anliegen gewichten. Denn alles gleichzeitig zu öffnen, ist in der derzeitigen Situation nicht möglich. Ja, einige Anliegen sind dringlicher als andere. Auch als Abgeordnete können wir uns nicht jedes Anliegen zu eigen machen, so berechtigt es aus subjektiver Sicht sein mag. Jedem Recht zu geben, ist die falsche Medizin. Es ist ein schwieriger Prozess.

Für meine Fraktion gilt weiterhin, dass wir uns zuerst und besonders für die einsetzen, die es derzeit am schwersten haben. Darum war uns wichtig, dass Familien endlich wieder aus der Enge so mancher Wohnung auf die Spielplätze dürfen. Es ist gut, dass diese Erleichterung gekommen ist. Die meisten Kommunen werden das vernünftig umsetzen, und die meisten Eltern sind auch vernünftig.

(Vereinzelter Beifall)

Familien dürfen nicht immer nur als Keimzelle unserer Gesellschaft beschworen werden - das machen wir oft in unseren sonntäglichen Reden -, sondern sie müssen gerade in der kommenden Phase, in der die Wirtschaft Schritt für Schritt in Gang kommt, immer im Blick behalten werden. Die Ausweitung der Wirtschaft und die Ausweitung der Betreuung müssen Hand in Hand gehen. Herr Ministerpräsident, ich begrüße ausdrücklich, dass ab dem 1. Juni für die Kinder in den Kitas überall wieder Betreuung angeboten werden soll, wie ich es Ihrer Ankündigung vorhin entnommen habe.

Unser besonderes Augenmerk muss aber auch der Frage gelten, ob Familien eine weitere unbürokratische Unterstützung in dieser schwierigen Zeit der Mehrfachbelastung benötigen. Da muss eine dauerhafte Lösung her.

Ich gebe dem Kollegen Sönke Rix völlig recht, der gestern vor dem Deutschen Bundestag festgestellt hat, dass wir nicht einerseits das Recht auf Betreuung festschreiben können und andererseits, wenn die Betreuung nicht gewährleistet werden kann, den

Familien entsprechende Hilfen versagen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall SPD)

Deswegen haben wir daran zu arbeiten. Wir alle müssen ja ohnehin daran arbeiten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser wird. Das hat etwas mit Geschlechterrollen zu tun, aber auch mit ökonomischen Zwängen. Diese Krise weist uns besonders darauf hin, dass das eine Daueraufgabe ist, wo wir bei der Umsetzung dessen, von dem wir wissen, dass es richtig ist, vielleicht auch ein bisschen mehr Tempo gebrauchen könnten.

Zu den besonders Betroffenen gehören zum Beispiel auch Menschen in Heimen, die in den letzten Wochen aufgrund des Besuchsverbots enorm belastet waren. Einsamkeit ist konkret, Einsamkeit und Isolation tun weh, erst recht, wenn man ohnehin viel allein ist. Hier zu Lösungen für Besuche von Angehörigen zu kommen, mit der die Gefahren trotzdem so weit wie möglich minimiert werden, also gleichzeitig Kontakt zu ermöglichen, ist extrem wichtig. Herr Minister Garg, mir ist bewusst, dass das die Achillesverse dessen ist, was wir miteinander verantworten. Aber in einer humanen Gesellschaft, in der wir nicht nur über Menschlichkeit reden, sondern sie praktizieren - das gilt übrigens auch für die Einrichtungen der Behindertenhilfe -, müssen wir diese Aufgabe schultern.

Lassen Sie mich noch etwas anderes hinzufügen. Wir reden über erwachsene Menschen mit eigenem Kopf und dem Recht auf Selbstbestimmung, übrigens die, die unser Land mit aufgebaut haben und denen wir jetzt vieles zu verdanken haben, unsere Eltern und Großeltern. So sollten wir sie auch immer behandeln, wenn wir darüber nachdenken, was zu tun ist.

(Beifall)

Ich will mich namens meiner Fraktion ausdrücklich dafür bedanken - Kollegin Pauls hat das vorgetragen -, dass nach Wegen gesucht worden ist, dies umzusetzen -

(Werner Kalinka [CDU]: Das kommt auch von uns!)

- aber nicht nur.

Ich weiß, wie sehr das alle Beteiligten fordert - das ist mir vollständig bewusst -, gerade diejenigen, die dort arbeiten.

Die zweite Gruppe, um die wir uns besonders kümmern, sind alle diejenigen, die derzeit noch härter schuften müssen als bisher, und das oftmals unter

(Dr. Ralf Stegner)

Bedingungen und für eine Entlohnung, bei der andere morgens keinen Fuß vor die Tür setzen würden. Ich sage das hier bewusst zum wiederholten Male, damit es nicht vergessen wird, insbesondere wenn die Krise vorbei ist. Dazu gehört das Personal in der Pflege, dazu gehören Erzieherinnen und Erzieher, die unter extrem schweren Bedingungen die Notbetreuung aufrechterhalten, dazu gehören aber auch Reinigungskräfte, deren Tätigkeit nach wie vor gern übersehen wird, obwohl wir die Früchte davon gern haben. Auch das will ich noch einmal deutlich hervorheben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Werner Kalinka [CDU])

Das ist übrigens sogar in diesem Saal so. Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

In der aktuellen Debatte darf nicht passieren, dass vor allem diejenigen Gehör finden, die eine große PR- oder Rechtsabteilung haben. Zuweilen wundere ich mich in diesen Tagen, mit welcher Verve einige Forderungen in die Debatte getragen werden. So sehr ich Fußballfan bin, will ich ausdrücklich sagen: Ich finde es gut, dass man Fußball in Form von Geisterspielen wieder sehen kann, aber man muss immer auch erklären können, warum die kleinen Jungs und Mädels nicht kicken oder anderen Sport treiben dürfen, oder muss dafür sorgen, dass sie es wieder dürfen. Denn sonst passt das nicht zusammen. Da wäre mir ein bisschen weniger Testosteron im Auftreten des einen oder anderen durchaus sympathisch.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Es ist nicht die Zeit, dass sich diejenigen mit den am stärksten ausgeprägten Ellenbogen durchsetzen. Wer jetzt zuerst an sich selbst denkt, liegt falsch. Gilt das nicht eigentlich immer, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Die letzten Wochen zeigen, dass wir immer dann Akzeptanz verspielen, wenn die Menschen Maßnahmen nicht nachvollziehen können, wenn zum Beispiel hinter der Landesgrenze plötzlich ganz andere Bedingungen gelten als noch davor. Manche Äußerungen von Ministerpräsidenten - damit meine ich ausdrücklich nicht unseren - galten eher dem innerparteilichen Wettbewerb als der Sache.

Der Maßstab nach der gestrigen Vereinbarung über mehr Eigenverantwortung der Länder sollte sein und bleiben: so viel Einheitlichkeit wie möglich - allemal in Norddeutschland -, so wenig Regionalität

wie nötig. Das gilt in Norddeutschland wirklich, und ich finde die norddeutsche Zusammenarbeit für uns extrem wichtig. Es hilft der Akzeptanz, wenn das in Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen nicht gänzlich anders gehandhabt wird als bei uns. Damit sollte klar sein, dass Überbietungswettbewerbe unter Bundesländern um die plakativste Nachricht - wer ist der härteste Hund oder der schnellste Öffner? - unangebracht sind. Damit ist wirklich niemandem geholfen.

Wir wünschen uns übrigens auch die Rückkehr zu vernünftigen Zuständen an der deutsch-dänischen Grenze, und zwar auf beiden Seiten, wenn ich das hier einmal ausdrücklich sagen darf.

(Beifall)

Die Verständigung von gestern über Lockerungen des Kontaktverbots und Stufenpläne für die Gastronomie - das sage ich nicht nur als Gastronomensohn - ist ein gutes Zeichen für eine wichtige Branche in unserem Land. Ich halte den 18. Mai für vernünftig. Wichtig bleibt, dass die Betriebe eine Perspektive bekommen, wie es weitergeht. Herr Ministerpräsident, Ihre diesbezüglichen Ankündigungen - auch wir haben das erst in der Tagung heute Morgen erfahren - scheinen mir weitgehend vernünftig zu sein. Wichtig ist jetzt allerdings auch, dass wir auch bei den Veranstaltungen bis zu 50 Personen Vorsicht walten lassen, dass jetzt nicht gesagt wird: „Super, jetzt geht es wieder wie früher, nur noch ein bisschen heftiger, weil wir so lange darben mussten“. Das kann nicht die Devise sein. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass Rückschläge kommen und Dinge wieder dichtgemacht werden müssen, weil wir zu leichtsinnig waren. Wir können dazu beitragen, indem wir nicht zu Leichtsinns animieren.

(Beifall SPD)

Das muss auch für andere Bereiche gelten, wo das jetzt in regionaler Verantwortung geschieht. Herr Ministerpräsident, daran werden wir uns weiter gern beteiligen. Wichtig ist, dass die Vorgaben vergleichbar bleiben. Wir dürfen nicht bei ähnlichen Dingen mit zweierlei Maß messen, auch das macht Akzeptanz kaputt. Deswegen sind wir übrigens froh, dass die Regierung hier im Land mit Blick auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften noch einmal nachgebessert hat; da gab es zu Recht Unmut, weil nicht recht vergleichbar war, was da vorge schlagen worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Schleswig-Holstein sind wir im Großen und Ganzen - ich sage das auch als Oppositionsführer in diesem Hause - auf

(Dr. Ralf Stegner)

einem guten Weg, und das gemeinsam über die Grenzen von Regierung und demokratischer Opposition hinweg. Das gilt auch für den Nachtragshaushalt und die Erweiterung der Nothilfeprogramme. Ich freue mich, dass wir eine ganze Reihe von Punkten unterbringen konnten, die uns wichtig waren. Ich füge hinzu: Zweidrittelmehrheiten gehen auch nicht im Durchwinkverfahren. Dazu zählt nicht nur die weitere Erstattung der Betreuungsgebühren, die Unterstützung von bedürftigen Familien bei der Anschaffung von Tablets - da geht es uns immer um benachteiligte Schülerinnen und Schüler -, sondern auch das Programm für Schaustellerinnen und Schausteller und anderes; meine Kollegin Beate Raudies wird darauf heute Nachmittag in der Debatte über den Nachtragshaushalt ausführlich eingehen.

Die Gemeinsamkeiten ändern aber nichts daran, dass wir unserer Aufgabe als Opposition nachkommen - alles andere hätte Sie ja auch gewundert -, zum Beispiel, wenn wir kritisieren, dass die Landesregierung just am Wochenende vor der Einführung der Maskenpflicht einen verkaufsoffenen Sonntag ausruft. Das hat nicht nur bei uns, sondern auch bei Gewerkschaften, Beschäftigten und vielen Menschen im Land für ungläubiges Staunen gesorgt. Es ist eine gute Nachricht, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner den kühlen Kopf bewahrt und gezeigt haben, was sie von dieser Idee halten, indem sie zu Hause geblieben sind. Das war eine sehr norddeutsche und eine sehr richtige Reaktion.

(Beifall - Zuruf Lars Harms [SSW])

Einige stampfen während der Pandemie in kürzester Zeit ein ganzes Krankenhaus aus dem Boden, andere bauen inmitten in der größten Krise des Landes auf sehr robuste Weise und mit schriller Begleitmusik ihr Kabinett um. Das sind beides spontane Konstruktionsmaßnahmen, von denen ich noch nicht ganz sicher bin, wie Substanz und PR-Gehalt zu bewerten sind. Beim zweiten Punkt zumindest stellen sich viele Fragen von grundlegender Bedeutung, und manches wird hoffentlich klarer werden, wenn alle Akten auf dem Tisch liegen und von uns geprüft werden. Bis dahin bin ich froh, dass sich die Landesregierung jetzt wieder auf das Wesentliche konzentrieren kann. Ich wünsche der neuen Innenministerin und dem neuen Justizminister im Interesse des Landes einen guten Start in ihre Ämter und danke dem ausgeschiedenen Innenminister Hans-Joachim Grote namens meiner Fraktion für seine Arbeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FPD und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jede der letzten Wochen war ein Stück unvorhersehbar. Mancher hat in der Politik Herausforderungen erlebt, von denen er oder sie nicht dachte, dass er oder sie sie erleben würde. Da zeigt sich übrigens auch, was Menschen in der Krise so draufhaben, im Guten wie im Bösen. Gefördert zu werden, ist schon etwas, was wir alle in unterschiedlicher Weise gemerkt haben.

Gerade im internationalen Vergleich muss sich die Politik in Deutschland für den Umgang mit diesen besonderen Rahmenbedingungen wirklich nicht verstecken. Wir sind froh, dass wir hier leben dürfen, wenn ich so betrachte, was in anderen Ländern teilweise vorgeht. Das ist kein Grund für Überheblichkeit, aber ich finde es auch richtig, das an diesem Tag festzustellen.

Es ist eine gute Nachricht für unsere Demokratie, dass wir langsam wieder in einen Bereich kommen, der Planung über das Wochenende hinaus ermöglicht, dass erkennbar ist, dass Parlamente nicht schmückendes Beiwerk, sondern diejenigen sind, die in der Demokratie als Volksvertretung entscheiden, und dass wir Zeit für Diskussionen und Abwägungen haben. Es liegt an uns, damit verantwortungsvoll umzugehen, denn von der Ernsthaftigkeit unserer Abwägungen entbindet uns auch die neue Situation in Anbetracht der nach wie vor ganz besonderen Lage in keinem Fall.

Wir können vieles richtig machen, wir können, wenn wir Fehler machen, viele Menschen gefährden. Wir müssen darauf achten, dass wir miteinander bei einer besonnenen, schrittweisen, vernünftig kommunizierten, nachvollziehbaren Politik bleiben. Wir sollten demokratische Gemeinsamkeiten nicht geringerschätzen und das, was gemeinsam verantwortet werden kann, weiterhin gemeinsam verantworten. Aber wir sollten auch die übliche Rolle, dass Regierung regiert und Opposition kritisiert und kontrolliert - der Rest des Parlaments natürlich auch - im Blick behalten.

Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung für die Menschen wahrnehmen. Wenn wir das tun, wird das auch mit der Stärkung unserer parlamentarischen Demokratie einhergehen und das Vertrauen in die demokratischen Parteien und die Handlungsfähigkeit unseres Staates stärken, und das ist in diesen Zeiten ja nicht wenig. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Landtagssitzung weist zwei Besonderheiten auf: Die erste ist mit der veränderten Raumgestaltung leicht zu erkennen. Dafür meinen Dank an die Landtagsverwaltung und das mittelständische Handwerksunternehmen aus Schleswig-Holstein, das diese Situation möglich gemacht hat,

(Beifall)

sodass wir jetzt wieder unter regulären Bedingungen mit allen Kolleginnen und Kollegen tagen können. Herzlichen Dank dafür.

Die zweite Besonderheit besteht darin, dass wir heute einen Bericht der Landesregierung gehört haben, der Neuigkeiten enthielt, die zum ersten Mal hier vorgetragen wurden. Das ist ja nicht immer der Regelfall; oft ist per Pressemitteilung längst durchgesickert, was an Entscheidungen getroffen wurde. Wir haben in den letzten Wochen viel darüber diskutiert, wie die Rolle des Parlaments in der Krise ist. Deswegen steht es der Bedeutung dieses Hohen Hauses gut zu Gesicht, dass heute das Parlament als Allererstes über die Entscheidungen des gestrigen Tages informiert wird. Auch dafür herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Ich war ein bisschen gespannt darauf, wie es die SPD schafft, die gestrige Entscheidung für sich selbst zu vereinnahmen und als ihre Initiative auszugeben. Den Versuch in der letzten Tagung fand ich ganz spaßig, aber wahrscheinlich war der zeitliche Abstand zwischen gestern Abend und heute Morgen zu kurz.

(Martin Habersaat [SPD]: Das haben Sie alles alleine gemacht, Herr Koch!)

- Die Entscheidungen, die wir gestern Abend bis halb eins in der Koalitionsrunde getroffen haben, wie wir die MPK-Entscheidung in Schleswig-Holstein umsetzen, haben wir allein getroffen, das war nicht die SPD.

(Martin Habersaat [SPD]: Ohne Beratung! Das haben ganz allein nur Sie gemacht! - Demonstrativer Beifall SPD)

- Herr Kollege Habersaat, vielleicht waren Sie auch ein Stück weit überrascht; das mag erklären, weshalb Ihr Zwischenapplaus bei der Rede des Ministerpräsidenten etwas spärlich war. Ich finde, auch eine Opposition kann sich über das freuen, was der Ministerpräsident hier heute angekündigt hat, welche Lockerungen, welche Öffnungen in den nächsten Tagen anstehen. Darüber können wir uns alle freuen, auch die SPD.

(Unruhe)

Auf Bundesebene waren Sie ja auch mit Ministerpräsidenten und der Bundesregierung daran beteiligt.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, nach der Rede des Oppositionsführers will ich zunächst einmal damit beginnen, die Entscheidungen des gestrigen Tages in die Öffnungsschritte der letzten Wochen einzuordnen. Wir können trotz aller negativen Auswirkungen der Coronakrise mit der bisherigen Entwicklung vergleichsweise zufrieden sein.

Ich erinnere daran: Wir haben den ersten Öffnungsschritt nach der Osterpause, am 20. April, gemacht, indem wir sämtliche Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 800 m² wieder geöffnet haben.

Ich will dazu einmal den Vergleich mit Österreich ziehen. Österreich war durch den Hotspot Ischgl früher von der Coronakrise betroffen als wir und hat deswegen einen Vorlauf von ein bis zwei Wochen. In der medialen Berichterstattung wird Österreich allgemein bescheinigt, schneller und konsequenter auf die Coronakrise reagiert zu haben und deswegen auch schneller wieder aus der Krise herauszukommen.

Das Kopfschütteln ist durchaus berechtigt, wenn man einmal den Vergleich zieht: Die Österreicher haben ihre Geschäfte bereits am 14. April eröffnet, sechs Tage vor uns, aber mit deutlich restriktiveren Auflagen. Es betraf nur Geschäfte bis zu 400 m² Verkaufsfläche und einer Zugangsbeschränkung von einem Kunden pro 20 m² Verkaufsfläche. Ab 1. Mai sind alle Geschäfte in Österreich wieder offen, Friseure ebenfalls. Da waren wir drei Tage später. Ab diesem Samstag sind auch bei uns wieder alle Verkaufsflächen der Einzelhandelsgeschäfte offen. Wir sind da immer ein paar Tage hinterher,

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

bedingt durch die Pandemieentwicklung. Da kann man schon sagen: Wir befinden uns in einem weitgehenden Gleichklang mit Österreich. Wenn Öster-

(Tobias Koch)

reich das Musterbeispiel ist, können auch wir das für uns in Anspruch nehmen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, am 4. Mai, am Montag dieser Woche, sind weitere Öffnungsschritte bei uns im Land in Kraft getreten. Das haben wir in der Koalition in der letzten Woche, noch vor der Ministerpräsidentenkonferenz, vorbereitet. Da haben wir mit unserer Entscheidung in Schleswig-Holstein eine gewisse Blaupause für die Ministerpräsidentenkonferenz geliefert. Vieles von dem, was wir bei uns vereinbart haben - wie die Wiedereröffnung von Museen, Ausstellungen und botanischen Gärten, die Zulassung von Gottesdiensten - findet sich in der Bund-Länder-Vereinbarung wieder.

Das gilt auch für die Wiedereröffnung der Spielplätze. Dafür hatten die Ministerpräsidenten den als Datum 4. Mai vorgesehen. Wir haben deshalb unser in Aussicht gestelltes Datum um eine Woche vorgezogen und befinden uns damit im Gleichklang mit den anderen Bundesländern. Herr Dr. Stegner, Sie haben die Spielplätze besonders angesprochen. Die SPD hat hier im Lande seit Wochen versucht, sich mit einer schnellen Öffnung der Spielplätze zu profilieren. Auch sozialdemokratische Bundesländer haben die Spielplätze gerade erst wenige Tage vor uns eröffnet, Hamburg ein paar Tage nach uns. Ich glaube, auch das eignet sich nicht dafür, als Opposition Kritik an der Regierung zu üben.

(Beate Raudies [SPD]: Wir sind halt eine miese Opposition! Was sollen wir anders machen, wenn wir so mies sind!)

- Ich glaube, jegliche Kritik entlarvt Sie da relativ schnell, wenn man auf das Verhalten anderer SPD-geführter Bundesländer schaut. Das sieht man auch beim kontaktarmen Sport. Den haben wir am 4. Mai wieder zugelassen. Auch das findet in Hamburg erst später statt.

(Zurufe SPD)

Die Nutzung von Zweitwohnungen und die Übernachtung von Dauercampers sind in Schleswig-Holstein ebenfalls wieder zugelassen, Mecklenburg-Vorpommern schottet sich dagegen noch gegenüber anderen Bundesländern ab. Ich glaube, da gibt es keinen Grund zur Kritik an unserer Regierung.

Meine Damen und Herren, die bisherigen Öffnungsschritte haben Gott sei Dank nicht dazu geführt, dass die Infektionszahlen wieder dramatisch in die Höhe gegangen sind, im Gegenteil, wir haben einen konstanten Reproduktionsfaktor von unter

eins. Die Zahl der Neuinfektionen ist gering, und die Zahl der verfügbaren Intensivbetten ist hoch. Das versetzt uns in die Lage, jetzt weitere Öffnungsschritte vorzunehmen, um wieder eine Normalisierung unseres Lebens zu ermöglichen. Deswegen sage ich noch einmal: Wir können mit der bisherigen Entwicklung trotz aller negativer Konsequenzen von Corona durchaus zufrieden sein.

Der Ministerpräsident hat dankenswerterweise die Ergebnisse der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz gerade vorgetragen, ebenso wie die Entscheidungen der Jamaika-Koalition vom gestrigen Abend. Das war detailreich, sodass kaum etwas zu ergänzen bleibt. Wenn ich es möglicherweise überhört habe, will ich noch einmal die Bereiche Campingplätze und Wohnmobilstellplätze erwähnen, sofern das nicht erwähnt worden sein sollte. Auch die sind ab dem 18. Mai wieder zur Nutzung zugelassen, sofern sich die Camper und Wohnmobilihhaber autark versorgen können.

Zur Freude des Kollegen Arp möchte ich in Ergänzung zum Bericht des Ministerpräsidenten auch die Spielhallen und Kasinos erwähnen. Auch dort gilt: Wenn alle Auflagen erfüllt und alle Abstandsregeln und Hygienevorschriften eingehalten sind, wird ein Betrieb wieder möglich sein, wenn auch selbstverständlich mit deutlich reduzierten Besucherzahlen, weil 1,5 m Abstand zu jedem Platz eingehalten werden müssen. Der Betrieb ist aber nicht mehr generell verboten.

Ich hatte vorgesehen, in meiner Rede zwei Punkte besonders hervorzuheben, auf die der Herr Ministerpräsident aber schon eingegangen ist. Besonders wichtig ist mir der große Schritt bei der Kita-Betreuung am 18. Mai 2020. Im Schulbereich hat Karin Prien mit der Kultusministerkonferenz einen Stufenplan für die Schulen entwickelt. Dort befinden wir uns in dieser Woche mit dem Wiederbetrieb der 4. und 6. Klassen schon beim zweiten Schritt. Genauso hat Heiner Garg mit seinen Ministerkolleginnen und -kollegen einen Stufenplan für das Wiederhochfahren der Kitas entwickelt; und diesen Plan setzen wir jetzt um.

Wir haben gestern über konkrete Daten dafür entschieden; der Ministerpräsident hat sie genannt: Am 18. Mai 2020 gehen wir über die bisherige Notfallbetreuung hinaus, die in vollem Umfang erhalten bleibt und die wir gestern um weitere Berufsgruppen - Rechtsanwälte, Steuerberater, Sicherheitsdienste, Hausmeisterdienste - erweitert haben. Die Berufe kommen hinzu.

(Tobias Koch)

Zusätzlich werden ab dem 18. Mai 2020 auch wieder Vorschulkinder und Kinder mit besonderem Förderbedarf in Kohorten tages- und wochenweise in der Kita betreut werden können. Im Vergleich zur reinen Notfallbetreuung ist das eine Verdreifachung der Zahl der Kinder, die die Kita wieder besuchen, damit wieder Kontakt zu einem Teil ihrer Freundinnen und Freunde haben und pädagogisch gefördert werden können.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Denys Bornhöft [FDP])

Das ist eine ganz tolle Botschaft für die Familien, die in den letzten Wochen mit extrem schwierigen Bedingungen zu kämpfen hatten und die Betreuung auf eigene Initiative auf die Beine stellen mussten. Es ist toll, dass wir hier schrittweise für Erleichterung sorgen können und ein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen ist.

Der zweite große Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der große Schritt, den wir im Bereich Restaurant und Hotels - also im Bereich Tourismus - machen. Diese Branche ist für unser Bundesland besonders wichtig. Wir haben gehört: Alle Einrichtungen können am 18. Mai 2020 unter den genannten Auflagen ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Wir hatten die Branche im Vorfeld schon besonderes im Blick: Wir haben mit dem Mittelstandssicherungsfonds unsere Hilfsmaßnahmen im Darlehensbereich ausschließlich auf diese eine Branche fokussiert. Auch der Bund hat mit der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Erleichterungen gesorgt. Zinslose Darlehen und ein reduzierter Mehrwertsteuersatz helfen aber natürlich nicht, wenn das Restaurant geschlossen ist. Deswegen ist es so wichtig, dass hier wieder eine Perspektive besteht, die sogar eine Sommersaison 2020 wieder möglich erscheinen lässt. Das sendet ein deutliches Signal aus, dass Tourismus in Schleswig-Holstein in diesem Jahr wieder stattfinden kann. Das ist der zweite, große wichtige Punkt, den wir mit diesen Änderungen heute auf den Weg bringen.

Zum Schluss möchte ich noch einen letzten Aspekt kurz erwähnen. Neben dem Schutz der Gesundheit, der ohne Frage weiterhin an erster Stelle steht, und der schrittweisen Rückkehr zum normalen, gewohnten Leben kommt es zukünftig vor allem darauf an, dass wir die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise begrenzen.

In diesem Jahr wird eine Rezession nicht zu vermeiden sein.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD])

Der wirtschaftliche Einbruch wird vermutlich oder mit Sicherheit noch sehr viel schlimmer ausfallen als derjenige in der Finanzkrise 2008/2009. Für das nächste Jahr müssen wir dann aber die Weichen so stellen, dass wir möglichst eine genauso schnelle Erholung erleben, wie wir es nach der Finanzkrise hinbekommen haben.

Nachdem wir den Lockdown entschlossen gemagt haben und zurzeit die Öffnungsschritte - hoffentlich ohne erneuten Rückschlag - erfolgreich gestalten, kommt es in der dritten Phase dann darauf an, wieder neue Impulse für Aufschwung und Wirtschaftswachstum zu setzen. Wir brauchen dafür, so glaube ich, ein Konjunkturprogramm, das kluge Anreize für private Investitionen setzt. Das wird die nächste große Herausforderung sein, an der wir jetzt zu arbeiten haben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ministerpräsident, vielen Dank für den Bericht und die Aussichten, die Sie uns für die kommenden Wochen gegeben haben. Ich bin froh, dass Sie als Ministerpräsident nicht in das Horn Ihrer Kolleginnen und Kollegen geblasen haben und schon Lockerungen hinausgetrötet haben, bevor überhaupt die Schalte mit der Kanzlerin stattgefunden hatte. Das war sehr verantwortungsvoll und vernünftig. Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land dieses umsichtige Vorgehen wertschätzen. Wir tun es auf jeden Fall.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Es ist klar: Nun kommt es darauf an, die getroffenen Vereinbarungen mit Leben zu füllen. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass es bei allen regionalen Unterschieden möglichst einen gemeinsamen Plan gibt. Politik muss nachvollziehbar sein - gerade in einer Zeit, in der wir den Menschen so viel zumuten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Regeln kennen und ihren Sinn verstehen. Nur dann schaffen wir auch Akzeptanz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Eka von Kalben)

Das ist manchmal einfacher gesagt als getan, denn die Umsetzung ist schwierig, wie wir in den letzten Wochen erlebt haben. Das werden wir bei den weiteren Lockerungsschnitten erleben. Politik muss mit Widersprüchen leben und mit unterschiedlichsten Herausforderungen umgehen.

Ich weiß, wie die Regierung diese Nacht um die richtigen Lösungen gerungen und sich die Fragen gestellt hat: Wie viel Öffnung in welchem Bereich ist logisch? Welche Auswirkungen hat welche Regelung auf welche anderen Bereiche?

Wenn wir zum Beispiel die Zahl der betreuten Kinder pro Gruppe erhöhen, steigt das Risiko für Erzieherinnen und Erzieher. Wenn wir Besuche bei alten Menschen erlauben, steigt das Risiko für die Altenpflegerinnen und -pfleger sowie für die anderen Menschen in der Einrichtung. Tun wir bei sinkenden Ansteckungszahlen nichts, versteht das auch kein Mensch. Es gibt also kein Schwarz-Weiß und kein Entweder-oder.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP], Christopher Vogt [FDP])

Schaut man sich die Lockerungsdiskussionen der vergangenen Wochen an, so können wir drei wesentliche Herausforderungen erkennen.

Erstens: Wir wollen, dass die Politik sich an wissenschaftlichen Fakten orientiert. Der Rat von Expertinnen und Experten wird sowohl im Bund als auch hier von der Landesregierung eingeholt, und das ist gut. Nun wurde der Wissenschaft vorgeworfen, dass sich die Ratschläge änderten. Das beste Beispiel ist der Mund-Nasen-Schutz. Wer das kritisiert, ignoriert die Tatsache, dass auch die Wissenschaft gerade auf Volldampf arbeitet, um das Virus zu verstehen. Dass Erkenntnisse sich ändern, ist geradezu Auftrag des wissenschaftlichen Arbeitens.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Dementsprechend können sich dann auch politische Entscheidungen ändern.

Gerade wird zum Beispiel eine lebhaftere Debatte um das Ansteckungsgeschehen rund um Kinder und Jugendliche geführt. Manche Eltern möchten, dass wir dem dänischen oder schwedischen Vorbild folgen und es sozusagen ausprobieren, ob Kinder wirklich so unbedeutend für die Pandemie sind. Ich wäre die Erste, die froh wäre, wenn sich die Erkenntnis festigen würde, dass wir Schulen und Kitas ohne Risiko öffnen könnten. Noch wissen wir das aber nicht. Auch wenn es schwerfällt: Es ist

richtig, auch hier der Mehrheitsmeinung der Wissenschaft zu folgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Die Menschen fordern von der Politik zu Recht, dass sie für Sicherheit sorgt, auch für gesundheitliche Sicherheit. Lieber Herr Stegner, Sie haben gesagt: Wir brauchen so viel Gesundheitsschutz wie möglich - völlig richtig. Auch da stehen wir aber vor einer schwierigen Frage, denn der Schutz der einen kann zur gesundheitlichen Belastung der anderen werden.

Da sind zum einen die Kinder, die seit vielen Wochen nicht mit Gleichaltrigen zusammenkommen, die nicht gefördert werden können. Sie erleiden unter Umständen gesundheitliche Schäden, die noch gar nicht absehbar sind, und zwar nicht nur diejenigen Kinder, die in Familien leben, wo sie körperlich gefährdet sind.

Da sind zum anderen die Eltern, die mit der Doppelbelastung nicht zurechtkommen, die psychisch Kranken, die mit dem Alleinsein nicht zurechtkommen, alte Menschen, die unter der Einsamkeit leiden, Menschen, die auf eine medizinische Behandlung im Krankenhaus warten, und viele andere Betroffene. Sie alle müssen wir auch im Blick behalten. Das ist ein Balanceakt, weil wir für den Schutz aller Menschen in unserer Gesellschaft zu sorgen haben und sorgen wollen.

Dritte Herausforderung: Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht und nicht diejenigen, die am lautesten schreien, die meisten Freiheiten bekommen. Kleine Kinder, sehr alte Menschen, Menschen mit Behinderung und besonders vulnerable Menschen sind die stilleren - jedenfalls in der Politik.

Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Tourismusverbände und Sportverbände - sie können sich stärker zu Wort melden. Aber wir müssen an alle denken: an diejenigen, die um ihre Existenz bangen, an die, die vom Unterricht zu Hause erledigt sind, an die, die in Kurzarbeit oder arbeitslos sind, an die, die Angst haben, mit der Krankheit nicht zurechtkommen, und an die, die einsam sind. Wir alle haben genügend Menschen vor Augen, denen es im Augenblick schlecht geht. Das macht einheitliche Kriterien so schwierig. Wenn es nur nach dem Ansteckungsrisiko ginge, hätten wir vielleicht Golfplätze nie geschlossen und die Spielplätze erst viel später geöffnet. Unter sozialen Gesichtspunkten wäre das aber keine gute Lösung gewesen.

Wir haben gelernt: Eine Exit-Strategie - also eigentlich etwas Gutes - ist sehr viel schwieriger als der

(Eka von Kalben)

Punkt, an dem alles geschlossen wurde. Garantierte Termine dafür, wann mehr geht, gibt es nicht, weil niemand eine Garantie geben kann. Es gibt aber Stufen, einzelne Schritte, auf die man sich verlassen kann. Das ist genau die richtige Antwort auf die drei Herausforderungen, die ich eben genannt habe.

Es geht nicht mehr darum, ob erst die Wirtschaft oder die Kita drankommt, sondern es gibt für alle Bereiche parallel laufende Stufenmodelle, oder diese werden noch erarbeitet. Das führt zu mehr Transparenz und nimmt das Gefühl, dass es danach gehen könnte, wer am lautesten schreit oder die beste Lobby hat. Das müssen wir verhindern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Klare Stufen mit klaren Regeln hat der Ministerpräsident genannt: 1,5 m Abstand, überzeugende Hygienekonzepte. Dazu gehört in der Regel, dass nicht zu viele Menschen eine Toilette benutzen und gemeinsame Waschräume geschlossen sind. Nachvollziehbare Teilnehmerinnen und Teilnehmer heißt, es wird nicht möglich sein, eine öffentliche Veranstaltung ohne vorherige Registrierung der Menschen zu machen, damit man hinterher weiß, bei wem man sich womöglich angesteckt hat. In der ersten Stufe haben wir auch entschieden, dass es feste Sitzplätze geben muss - sehr zu meinem Bedauern, was Wattwanderungen angeht, lieber Kollege Albrecht.

Wir haben gesagt: Es ist eine klare Regelung zu sagen, ich mache eine Fortbildung oder nehme an einer Sitzung wie dieser hier teil - wir wären allerdings nach unserem Konzept zu viele, weil dies nur bis 50 Personen geht; dafür haben wir die Plexiglaswände. Es muss klare Regelungen geben, damit die Menschen nicht immerzu durcheinanderlaufen und die Luft durcheinanderwirbeln, sondern sitzen. Das kann auch bei einem Theaterbesuch oder einem Konzert sein. Das sind nachvollziehbare Dinge, die man auf alles Mögliche beziehen kann. Ich hätte zum Beispiel gesagt: Ehe die Kitas nicht alle geöffnet sind, habe ich nicht das Bedürfnis, Spielhallen zu öffnen.

Nach diesem Konzept geht es aber nicht danach, was ich oder andere gut oder besonders wichtig finden, sondern danach, was hygienemäßig sinnvoll und richtig ist. Das kann jeder nachvollziehen, und das ist rechtssicher.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Die heute dargestellten Schritte geben Hoffnung und Perspektive. Sie ermöglichen einen Einstieg in

den Alltag mit Corona. Darum geht es. Hoffnung für Kita-Eltern, deren Kinder ab dem 1. Juni 2020 vermutlich wenigstens für einige Stunden in die Kita gehen können. Ab 18. Mai 2020 gehen die Vorschulkinder schon stundenweise in die Kitas - das ist vielleicht untergegangen - und ab 1. Juni 2020 alle.

Parallel läuft die Notbetreuung weiter, die ausgeweitet wird, die für Alleinerziehende und bestimmte Berufe gilt. Das sind alles gute Nachrichten, aber - das muss man ehrlich sagen - wir haben noch keine Antwort darauf, wie es eigentlich für berufstätige Eltern oder überhaupt für ganztägige Kinderbetreuung perspektivisch weitergehen kann. Wir haben diese Antworten weder für die Schule noch für die Kita. Das Problem ist noch nicht gelöst. Es gehört, wenn man frohe Botschaften verkündet, auch dazu, hier zu sagen: Das ist eine wirklich große Herausforderung, ich weiß momentan noch nicht - solange die Ansteckung unklar ist und wir keinen Impfstoff haben - und habe noch nicht die Lösung gefunden, wie es gehen kann. Wenn jemand anderes eine Lösung gefunden hat, gerne her damit.

Wir geben Gastronomen und Hoteliers Hoffnung, die ab dem 18. Mai 2020 wieder Gäste empfangen können. Wenn jetzt aber die Botschaft herausgeht, am 18. Mai 2020 könnten wir alle wieder essen gehen und Urlaub machen, ist zu berücksichtigen: In den Hotels sind alle Gemeinschaftsräume geschlossen. Die Schwimmbäder und die Lounges sind geschlossen. Das heißt: Du kannst dich registrieren und auf dein Zimmer gehen - mehr nicht. In den Gaststätten kann man mit einem Paar oder mit seiner Familie mit großem Abstand zu anderen sitzen.

Es ist nicht so, dass ich mit meinem Chor den Raum mieten kann. Singen und Tanzen - oder auch Blasinstrumente spielen - sind mit Ansteckungsrisiken verbunden, die nicht gehen. Das heißt: Das ist ein anderes Leben. Ich bin begeisterte Chorsängerin und habe gerade registriert, dass im Chor zu singen wahrscheinlich im nächsten halben Jahr nicht gehen wird. Das muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen.

Es ist Hoffnung für Kulturschaffende, die vor einem kleinen Publikum wieder auftreten können. Es ist Hoffnung für Fußballfans, die nun wieder wissen, wie sie die Samstagnachmittage gestalten können.

(Lebhafter Beifall Lars Harms [SSW] und Annabell Krämer [FDP])

Wir sind noch lange nicht am Ende und haben noch viele offene Fragen zu klären: Wie geht es für die Kinder weiter? Wie schützen wir beim zunehmenden

(Eka von Kalben)

den Öffnen unsere besonders gefährdeten Mitmenschen?

Ich wurde in den Fraktionssitzungen immer wieder darauf hingewiesen, dass wir gerade für diese Themen noch überhaupt keine Antwort haben: Wenn alles offen ist und ich lungenkrank bin, muss ich immer zu Hause bleiben. - Dieses Themas müssen wir uns sicherlich noch einmal annehmen.

Und dann ist die große Frage: Wie begegnen wir den wirtschaftlichen und haushalterischen Folgen? - Da bin ich immer wieder dankbar, dass wir unsere Finanzministerin haben, die uns dabei unterstützen wird. - Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unsere Aufgabe ist es, auch auf morgen und übermorgen zu schauen. Wir müssen die Zukunft gestalten und die Erkenntnisse aus der Krise mitnehmen. Dazu - das ist vielleicht der positive Blick in die Zukunft - brauchen wir ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem mit vielen pflegenden und heilenden Menschen, die anständig bezahlt werden. Da müssen wir uns vielleicht wirklich einen Knoten ins Taschentuch machen, damit wir nach der Krise diese Erkenntnis - bitte, bitte! - nicht wieder vergessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tobias Koch [CDU])

Die Digitalisierung kann den persönlichen Kontakt nicht vollständig ersetzen, aber trotzdem sehr hilfreich sein. Dabei müssen wir darauf achten, dass alle die Möglichkeit haben, an digitalen Angeboten teilzuhaben. Wir werden das nachher im Nachtragshaushalt beschließen. Ich bin sehr froh, dass wir da ein sehr deutliches Zeichen setzen und insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, die nicht die Möglichkeit haben, vorankommen.

Das Leben in einer globalisierten Welt bringt des Weiteren auch globalisierte Probleme mit sich. Wenn auf einmal die Kontakte nach außen abbrechen, merken wir, wie vernetzt wir sind. Ich habe wirklich große Sorge davor, dass diese Situation wieder zu Einigelung, Nationalismus und kleinem Denken führt. Das müssen wir verhindern, und ich hoffe, dass wir da stark genug sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das führt mich zu meinem nächsten Punkt: Europa. Wir haben gesehen, dass mangelnde Solidarität das Schädlichste ist, was es geben kann. Einiges lässt sich kaum nachholen. Wir haben gegenüber unseren

Nachbarländern einiges getan. Das ist gut so. Die Bilder chinesischer Flieger, die Hilfsgüter nach Italien gebracht haben, werden in Italien nicht so schnell aus den Köpfen verschwinden. Bei der vor uns liegenden Wirtschaftskrise wird es darum gehen, solidarisch zu sein. Ich weiß, dass nicht alle im Haus unserer Vorstellung zu Eurobonds folgen.

(Zuruf: Niemand!)

- Doch! Ich habe da eine Fraktion, die meine Meinung teilt.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Mit Begeisterung!)

Trotzdem bin ich der Meinung: Egal, welchen Weg wir gehen - es gibt ja verschiedene Wege -, lassen Sie uns bitte solidarisch sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Letztens. Der vor uns liegenden Wirtschaftskrise und sozialen Krise muss mit einer nachhaltigen Wirtschaft begegnet werden. Ich weiß, dass es viele Menschen in dieser Krise nicht gern hören, aber die Klimakrise ist nicht weg, sondern läuft weiter. Auch wenn die Umwelt jetzt etwas Pause hat, ist die Krise nicht verschwunden. Deswegen muss jedes Konjunkturprogramm, das auf den Weg gebracht wird, diesen Aspekt berücksichtigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich komme zum Schluss. Die Menschen wollen planen, sie wollen wissen, wie die nächsten Wochen aussehen, wie sich ihr Geschäft entwickeln wird, ob sie reisen können, ob sie ihre Liebsten treffen können, wann der Spuk ein Ende nimmt und ein Impfstoff da ist. Wir haben aber keine Glaskugel. Wenn mir jemand im März gesagt hätte, dass wir jetzt von einem Stufenplan zur Lockerung der Maßnahmen sprechen würden, ohne dass wir völlig überlastete Intensivstationen hatten, hätte ich mir das - gerade angesichts der Lage in Italien und jetzt in England - nicht erträumen können.

Dass unsere Kapazitäten hier in Schleswig-Holstein nicht ausgenutzt werden mussten, ist nicht zuletzt auf die von der Regierung getroffenen Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie und zum Ausbau des Gesundheitssystems zurückzuführen. Dafür gilt Ihnen aus meiner Sicht ganz herzlicher Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

(Eka von Kalben)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich nicht nur der Regierung und meinen Koalitionspartnern, sondern auch der Opposition, hier insbesondere der SPD, danken. Wenn wir es an dieser Stelle nicht gemeinsam gemacht hätten - die Nachtragshaushalte, auch mit den im Wesentlichen sehr staatstragenden Worten von Ihnen, Herr Stegner -, hätte das nicht so gut funktionieren können. Deswegen gilt Ihnen auch unser Dank hier im Haus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

- Natürlich gilt der Dank auch jenen, die nicht so groß sind, hier aber trotzdem staatstragend mitmachen: Vielen Dank, SSW!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU - Zuruf Lars Harms [SSW])

Der heute vorgestellte Weg ist ein guter Weg, der Raum für Optimismus ermöglicht. Lassen Sie uns dabei trotzdem bitte alle besonnen bleiben und das Für und Wider konkreter Schritte gründlich abwägen. Nur so bleiben wir als Politik verlässlich, verantwortungsvoll und vertrauenswürdig. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke dem Ministerpräsidenten für seinen Bericht. Die letzten Wochen waren - das meine ich nicht nur mit Blick auf Schleswig-Holstein, sondern insgesamt - politisch oft nicht einfach, weil die Rücknahme des Lockdowns alles andere als einfach ist, wie wir an sehr vielen Stellen sehen. Es gibt noch immer sehr viele Unsicherheiten. Die Abwägungen werden von Tag zu Tag schwieriger. Wir lernen jeden Tag dazu, und es gibt trotzdem noch unheimlich viel, was wir über dieses Virus und diese Krankheit nicht wissen. Es wurde schon auf die Wissenschaft hingewiesen. In der Tat gibt die Wissenschaft immer den aktuellen Stand wieder und ist sich fast nie einig. Es wäre auch komisch, wenn die Wissenschaftler alle auf dem gleichen Stand wären. Das liegt in der Natur der Sache.

Beim einen oder anderen Wissenschaftler wundere ich mich zwar, wie er zwischen den abendlichen Talkshow-Auftritten in verschiedenen Städten noch

zum Forschen kommt, aber es sind sicherlich sehr fähige Leute, die das alles organisiert bekommen. Richtig ist, dass wir auf die Wissenschaft hören müssen. Die Wissenschaft nimmt uns aber die Entscheidung nicht ab, sondern kann uns nur Ansätze bieten, nach denen wir dann entsprechend handeln können.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der unerwarteten Turbulenzen der vergangenen Woche macht die Landesregierung da einen wirklich guten Job - ich bleibe dabei. Ich möchte an dieser Stelle auch ganz herzlich der neuen Innenministerin und dem neuen Justizminister zum neuen Amt gratulieren und ihnen alles Gute wünschen. Ich möchte mich bei Hans-Joachim Grote für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken und ihm persönlich alles Gute wünschen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich glaube, dass es gut war, dass es eine schnelle Lösung gegeben hat. - Herr Ministerpräsident, es wäre schwerlich zu vermitteln gewesen, wenn man erst einmal lange auf die Suche hätte gehen müssen.

Für die kommende Zeit brauchen wir einen klaren Fahrplan. Ich bin froh, dass wir diesen gestern - zumindest mit Blick auf die nächsten Wochen - erarbeitet haben, damit es klare Perspektiven für die Menschen gibt. Es ist ganz entscheidend, dass sie klare Perspektiven haben, an denen sie sich orientieren und sich auf die Lebenssituation einrichten können.

Nach den ersten Rücknahmen der drastischen Maßnahmen in den letzten Tagen und Wochen treten wir in der Tat in eine neue Phase ein. Gelegentlich muss man daran erinnern: Wir haben es mit einer für viele Menschen sehr gefährlichen Krankheit zu tun. Das gerät manchmal in Vergessenheit. Wir haben dieses neuartige Virus mit sehr großen Anstrengungen sehr erfolgreich unter Kontrolle gebracht. Jetzt müssen wir es in den nächsten Wochen und Monaten unter Kontrolle halten, gleichzeitig die Grundrechtseingriffe schrittweise zurücknehmen und die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und auch gesundheitlichen Folgeschäden bestmöglich minimieren.

Wir müssen unsere Lebensweise in der Tat noch eine ganze Weile an diese neue Situation anpassen. Statt pauschaler Verbote werden die Maßnahmen

(Christopher Vogt)

nun gezielter werden. Das gibt zum einen mehr Rechtssicherheit, in vielen Bereichen aber auch mehr Fairness. Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Es wird trotzdem viele Diskussionen geben, warum einige Sachen erlaubt sind und andere nicht. Das wird so bleiben, auch wenn ich der Hoffnung bin, dass es jetzt mehr Transparenz und mehr Nachvollziehbarkeit geben wird.

Hygiene, vor allem Abstand und die Reduzierung unnötiger Kontakte bleiben enorm wichtig, weil dies ganz entscheidend dafür sein wird, dass wir erfolgreich bleiben. Die Kontaktbeschränkungen wurden auf zwei Hausstände verändert. Das halte ich für sinnvoll. Es wird noch wichtiger werden, dass jeder Einzelne Verantwortungsbewusstsein zeigt, um sich und andere zu schützen. Jeder Einzelne trägt Verantwortung für den Erfolg der Pandemiebekämpfung. Das müssen wir uns jeden Tag, immer wieder, vergegenwärtigen, weil viele Menschen leichtsinnig werden.

Wir sehen es jeden Tag, zum Beispiel beim Einkaufen. Ich halte die Maskenpflicht als milderes Mittel für sinnvoll. Wir müssen trotzdem schauen, dass die Menschen den Abstand einhalten. Ich merke es, wenn ich einkaufen gehe, immer wieder: Die Maske führt - zumindest bei einigen Menschen - dazu, dass sie sich in einer Sicherheit wiegen, die es so nicht gibt. Der Abstand bleibt ganz wichtig, ebenso wie die Hygiene.

(Beifall FDP, SPD und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Gesamtziel muss natürlich sein, dass wir schnellstmöglich zum eigentlichen Normalzustand zurückkehren können. Bis dahin wird es aber wohl leider noch ein weiter Weg sein. Ausdrücklich möchte ich dennoch nicht von einer neuen Normalität sprechen. Es muss klar sein, dass alle verbliebenen Grundrechtseingriffe gut begründet und so schnell wie möglich zurückgenommen werden müssen, soweit dies verantwortbar ist.

(Beifall FDP)

Unsere Freiheit ist kein Zugeständnis der Exekutive an die Bürgerinnen und Bürger, sondern uns allen durch unsere großartige Verfassung garantiert. Wir Menschen müssen so frei leben können, wie es verantwortbar ist. Das muss in den nächsten Wochen und Monaten die Richtschnur sein. Daran darf es keinen Zweifel geben.

Natürlich ist es so - das wurde schon angesprochen -, dass jede große Krise auch Spuren in der Gesellschaft hinterlassen wird. Wir müssen vor al-

lem die Spaltung der Gesellschaft verhindern. Ich meine damit nicht nur die sozialen Verwerfungen, die problematisch genug sind, sondern auch den Umgang miteinander in unserer Gesellschaft, der in den letzten Jahren ohnehin schon rauer geworden ist. Es gibt noch immer sehr viel Solidarität und Dankbarkeit untereinander.

Die zunächst sehr hohe Akzeptanz des Lockdowns beziehungsweise einzelner Maßnahmen - laut Umfragen anfänglich über 90 % - hat nun aber spürbar abgenommen. Die Meinungen gehen nun weiter auseinander. Das ist in einer Demokratie an sich nichts Ungewöhnliches oder Schlimmes, wir spüren aber doch jeden Tag, dass viele Menschen sehr ungeduldig sind, weil es um ihre Existenz geht. Sie wollen wieder arbeiten können und ihre Kinder betreut bekommen. In meinem persönlichen Umfeld erlebe ich aber auch, dass andere Menschen - vielleicht gerade auch mit Vorerkrankungen - große Sorge vor der zu schnellen Rücknahme der Verbote haben. Das macht es uns unheimlich schwierig - ich merke es im persönlichen Umfeld -, da die Diskussionen sehr schnell sehr heftig werden können. Hier die richtige Balance zu finden, ist sehr schwierig. Wir haben einige Zielkonflikte, die nicht aufzulösen sein werden. Wir müssen aber unnötige Diskriminierung vermeiden. Das ist die große Herausforderung.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit gestern gibt es in Bezug auf die Maßnahmen einen Paradigmenwechsel. Das sollte man nicht verschweigen: Das war ein Stück weit eine Änderung der Strategie gestern, die aber richtig ist. Es dient alles dem Zweck des Infektionsschutzes. Mildere Mittel sind dabei vorzuziehen. Es kommt nicht nur auf die Maßnahmen selbst, sondern vor allem auf deren Kommunikation an. Das haben wir in den letzten Tagen gemerkt: Aus einigen Bundesländern kamen Nachrichten über neue Maßnahmen, die teils sehr heftig kritisiert wurden. Ich fand dabei gar nicht die Maßnahmen an sich so schlimm, sondern suboptimal, wie es kommuniziert wurde. Es gab bundesweit für viele Menschen ein diffuses Bild. Das war keine klare Kommunikation.

(Beifall FDP und SSW)

Meines Erachtens brauchen wir eher noch mehr Diskussion über die Frage, was sinnvoll ist. Dies sollte stets respektvoll geschehen. Auch hier trägt jeder Einzelne Verantwortung. Fake News müssen wir bekämpfen, aber nicht jeder Zweifel und jede

(Christopher Vogt)

Kritik ist Fake News. Auch hier sollte man aufpassen, dass man sauber bleibt.

Herr Dr. Stegner, Herr Harms, wir haben hier mit der Opposition einen Grundkonsens, der für das Vertrauen der Bevölkerung extrem entscheidend ist. Allerdings ist der Austausch in den letzten Tagen und Wochen lebhafter geworden. Das ist richtig so. Man muss Herrn Stegner zugestehen, dass er mitunter SPD-geführte Bundesländer härter kritisiert als die Landesregierung in Schleswig-Holstein, wenn das notwendig ist. Das ist auch in Ordnung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich möchte ganz deutlich sagen, Herr Dr. Stegner: Ich habe mich über einige Punkte geärgert. Wir haben uns in den sozialen Medien am Wochenende dazu gelegentlich ausgetauscht. Sie haben Ihre Kritik an den Sonntagsöffnungen heute nicht wiederholt. Natürlich kann man diese Kritik vortragen, aber Sie haben gesagt, die Landesregierung habe hier neue Infektionsfälle provoziert. - Ich bin dankbar dafür, dass Sie das nicht wiederholt haben. Bei allen Maßnahmen muss man aufpassen, dass man dem Gegenüber nicht Fahrlässigkeit oder gefährliche Aktionen vorwirft. Es ist völlig in Ordnung, wenn man dagegen ist: Man kann dagegen oder dafür sein.

Ich bin der Meinung, auch wenn das viele nicht wahrgenommen haben, dass die Maßnahme zur Entzerrung nicht schlecht war. Man muss aber sehen, der Einzelhandel befindet sich nach der Öffnung noch nicht in der Situation, dass jetzt alle Leute shoppen gehen wollen, sondern sie sind sehr zurückhaltend. Der Einzelhandel läuft nur zu rund 40 %. Wir merken, dass es da Zurückhaltung gibt. Deshalb bestand nicht die Gefahr, dass sich die Innenstädte sozusagen vor Leuten kaum retten konnten.

Es ist wichtig, die Gewaltenteilung wieder so herzustellen, wie sie gedacht ist. Das gilt auch für das Parlament. Wir merken, dass die Gerichte insgesamt kritischer werden, weil sich die Situation verändert hat.

Dank des erfolgreichen Krisenmanagements Schleswig-Holsteins und darüber hinaus können nun viele Bereiche wieder öffnen. Ich begrüße es sehr, dass mittlerweile Konsens darüber herrscht, dass regionale Unterschiede richtig und notwendig sind. Die bundesweite Abstimmung ist aus meiner Sicht jetzt etwas herausgeschoben worden, ist aber wichtig. Das kann aber immer nur eine Orientierung sein. Wir sprechen hier weitestgehend über die Zuständigkeit der einzelnen Bundesländer.

Die Ministerpräsidentenkonferenz ist kein Verfassungsorgan, sondern ein Abstimmungsgremium. Die Länder haben jetzt nicht - wie teilweise berichtet wurde - die Zuständigkeit vom Bund übertragen bekommen, sondern sie hatten sie schon immer. Es gab auch schon immer sehr unterschiedliche Maßnahmen.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Auch gestern habe ich wieder gehört, die Bundeskanzlerin habe verkündet, was die Bundesländer jetzt machen dürften. Das ist so nicht in unserer Verfassung vorgesehen. Darauf sollte man achten. Es ist richtig, dass regional teilweise unterschiedlich entschieden wird und im Zweifel gezielt lokaler eingegriffen wird, wo Probleme auftauchen. Ich glaube, diese zielgerichteten Maßnahmen sind richtig. Wenn örtlich ein Problem auftaucht, ein stark gesteigertes Infektionsgeschehen, dann muss auch gezielt darauf eingewirkt werden.

Insofern - das ist das, was die Öffnung besonders schwierig macht; ich sage es noch einmal sehr deutlich - sind die mangelnde Erkenntnis über viele Bereiche, wie sich das Virus noch verbreitet und wie sich die Krankheit auswirkt, auch die Langzeitauswirkungen dieser Krankheit, wichtige Themen. Es ist wichtig, dass wir auch in Schleswig-Holstein eine regionale Studie mit dem UKSH und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Borstel durchführen werden und dass Obduktionen durchgeführt werden, damit man gesundheitliche Schäden besser bewerten kann.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Kriterium bleiben in der Tat die medizinischen Kapazitäten. Wir haben in Schleswig-Holstein massiv Intensivkapazitäten aufgebaut. Das hat in kürzester Zeit gut geklappt. Das war nicht einfach. Wir haben bisher sehr viel Glück gehabt; auch das muss man sagen. Wir haben jetzt immer mehr Clusterinfektionen. Die Heime sind ein Riesenproblem. Es ist dort natürlich besonders gefährlich. Ich finde es trotzdem richtig, Heiner Garg, dass wir auch dort eine sensible Besuchsregelung getroffen haben, denn die Einsamkeit der älteren Menschen ist ein Riesenproblem. Ich finde, es ist die schwierigste Frage, die wir derzeit zu lösen haben: Wie schaffen wir es, die Menschen in Heimen zu schützen und sie gleichzeitig vor Vereinsamung zu schützen? Das ist aus meiner Sicht sehr schwierig, aber auch sehr wichtig.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Christopher Vogt)

Das Management wird weiter verbessert. Die Gesundheitsämter arbeiten daran. Zum Glück gibt es neue Testverfahren. Die Tests müssen sinnvoll ausgeweitet werden. Die Rückverfolgung bleibt ein Riesenthema. Deshalb würde ich mich freuen, wenn auch endlich einmal die App auf den Weg gebracht wird - und zwar am besten sicher, anonym und auf europäischer Ebene.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Materialbeschaffung - gerade für die sensiblen Bereiche - bleibt eine Herausforderung, wobei wir dort Fortschritte machen.

Wichtig bleibt die Rücksicht vor allem auf Vorerkrankte und ältere Menschen. Die Kolleginnen und Kollegen haben es gesagt: Besonders wichtig sind die Familien, sind die Kinder in den Familien. Es gibt eine hohe Belastung vieler Familien. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich habe selbst zwei kleine Kinder, die jetzt schon in die Notbetreuung durften. Es ist enorm wichtig für kleine Kinder, Kontakt zu anderen Kindern zu haben, nicht nur zu den Eltern. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass es sinnvoll ist, möglichst den Kontakt zu den Großeltern zu vermeiden. Das heißt, diese sind in der Betreuung nicht eingesprungen, was sonst im Alltag oft der Fall ist.

Für Einzelkinder - das merke ich auch in meinem Umfeld -, die wochenlang nur mit ihren Eltern zu Hause waren, ist es gerade besonders schwierig. Das ist für Kinder und deren Entwicklung problematisch. Deshalb ist es gut, Heiner Garg, dass wir hierfür jetzt einen sinnvollen Stufenplan haben. Am 18. Mai 2020 gibt es weitere Schritte bezüglich der Ausweitung der kritischen Infrastruktur - die Berufe wurden genannt -, beispielsweise auf Hausmeister, Gesundheits- und Heilberufe.

Ab 1. Juni 2020 kommt dann die Betreuung für alle Kinder. Dabei will ich darauf hinweisen: in Kohorten, nicht alle gleichzeitig! Damit wir keine Missverständnisse haben: Nicht alle Kinder werden gleichzeitig betreut. Alle Kinder haben einen Anspruch auf eine Betreuung, aber es wird noch eine zeitliche Beschränkung geben müssen, weil das anders nicht zu organisieren sein wird.

Für die Schulen gilt Ähnliches. Das wird ebenfalls schrittweise passieren müssen. Ich möchte nur eins sagen: Beim digitalen Lernen ist in den letzten Wochen notgedrungen sehr viel passiert. Ich hätte mir das gern schon vor vielen Jahren gewünscht. Jetzt geben wir deutlich mehr Geld dafür aus. Aber das muss flächendeckend funktionieren. Ich merke, da

gibt es enorme Unterschiede, je nachdem, wie die Schule aufgestellt ist, wie die Lehrerinnen und Lehrer dort aufgestellt sind. Es muss mehr Geräte geben, damit wir mehr Chancengerechtigkeit haben. Es muss eine Weiterbildung und Fortbildung in dem Bereich geben. Aber es gibt Fortschritte. Wir werden alles dafür tun, damit das digitale Lernen wirklich besser funktioniert. Denn das muss noch eine Zeitlang ein wichtiger Bestandteil bleiben und auch darüber hinaus - das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, wir werden auch klare Perspektiven für die Hochschulen schaffen. Mensen werden zum 18. Mai 2020 geöffnet, Bibliotheken, kleine Präsenzveranstaltungen werden ermöglicht.

Ganz wichtig für unsere Wirtschaft ist natürlich der Tourismus. Auch hier ist der 18. Mai 2020 ein wichtiger Termin. Das ist ganz wichtig auch zur Vorbereitung in den Hotels, denn es wird weiterhin erhebliche Einschränkungen geben. Das haben die Kolleginnen und Kollegen schon gesagt. Das ist eine sehr wichtige Branche. Wir werden vor allen Dingen das Thema Menschenansammlungen haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Tagestourismus ermöglichen, aber eben lokal begrenzen dort, wo an bestimmten Tagen massive Menschenansammlungen zu erwarten sind, vor allem in den Bäderorten. Deshalb kümmern wir uns um die Hotspots. Auch dort geht es darum: weg von pauschalen Verboten hin zu zielgerichteten Maßnahmen.

Ich möchte noch einmal eins sagen: Auch die Gastronomie ist extrem wichtig für Schleswig-Holstein. Auch dort wird es wie im Einzelhandel nicht sofort richtig losgehen. Es wird weiterhin eine wirtschaftliche Herausforderung für die Betriebe bleiben, insbesondere für kleine Betriebe schwierig werden. Insofern werden wir schauen, wie es dort mit den Existenzen in der Gastronomie weitergeht. Ich fürchte, es wird für viele Betriebe noch sehr, sehr schwierig bleiben.

Zum Sport möchte ich ganz kurz sagen: In der Tat hat das Thema Bundesliga die Wellen extrem hochschlagen lassen. Ich bin auch Fußballfan - anders als Herr Stegner allerdings von dem aktuellen Stadtmeister in Hamburg, vom FC St. Pauli.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU] und Peer Knöfler [CDU] - Lukas Kilian [CDU]: Selber schuld!)

Ich will nur eins sagen: Ich verstehe den Unmut vieler Menschen an der Stelle, weil sie sagen, das ist eine Ungleichbehandlung. Da gibt es eine große Lobby und so weiter. Für viele Menschen ist in der

(Christopher Vogt)

Tat das Fußballerlebnis zumindest vor dem Fernseher wichtig. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es für viele Bundesligavereine - ich verstehe das mit den Fernsehgeldern - um die Existenz dieser Vereine geht. Die Vereine sind auch große Arbeitgeber. Das ist ebenfalls ein Punkt, den man beachten muss. Viele Menschen leben davon. Ich meine nicht in erster Linie die Fußballprofis, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Vereine. Die leben davon. Das sind große Wirtschaftsfaktoren für die Regionen. Das muss man auch beachten, lieber Kollege Kalinka.

(Beifall FDP, Wolfgang Baasch [SPD] und Lars Harms [SSW])

Es gab viele Diskussionen zum Thema Kirchen. Die Religionsausübung ist ein wichtiges Grundrecht. Ich möchte einen Bereich dazu ansprechen: das Thema Trauerfeiern und Beerdigungen. Da hat für großen Unmut gesorgt, dass sie nur in begrenztem Rahmen stattfinden können. Auch dazu werden wir vernünftige Lösungen finden.

Ein letzter Punkt, den ich dazu ansprechen möchte, ist das Thema Kulturbereich. Veranstaltungen bleiben schwierig. Aber auch hier gibt es jetzt erste Perspektiven. Eine Ausnahme gab es schon, weil sie kontaktlos ist: Heute startet in meinem Wahlkreis die erste Vorstellung des Autokinos. Ich kannte das nur aus amerikanischen Spielfilmen aus den 50er- und 60er-Jahren. Das gibt es jetzt auch in Schleswig-Holstein. Wir brauchen auch für Kinobetriebe und Theater Perspektiven. Auch dort gibt es Lichtblicke, die wir gestern beschlossen haben.

Herr Dr. Stegner hat von uns gefordert, ein neues Regierungsprogramm vorzulegen. Ich fand das interessant und habe mir die Inhalte angeguckt. Ich habe festgestellt, Herr Stegner fordert von Jamaika mehr SPD-Politik. Es war an sich nicht richtig überraschend, dass Herr Dr. Stegner das einfordert.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Noch mehr?)

Ich möchte aber ganz deutlich sagen: Unser Regierungsprogramm ist nach wie vor richtig. Wir werden uns aber an einigen Stellen anschauen müssen, dass wir weiterhin Investitionen tätigen, vielleicht auch noch stärker - aber das wird immer schwieriger mit der Verschuldung, die wir jetzt aufnehmen - in die Zukunftsthemen investieren: in die Bereiche Weiterbildung, wenn wir auf den Arbeitsmarkt schauen; in das Thema Digitalisierung nicht nur an den Schulen, sondern nahezu in allen Bereichen. Wir müssen uns weiterhin parallel um die finanzielle Stabilität kümmern. Die Schulden, die wir jetzt aufnehmen, werden wir logischerweise zurückzah-

len müssen. Das hat sich nicht geändert, nur weil wir eine Krise haben.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Wir müssen vor allen Dingen die Wirtschaft stärken.

(Beifall FDP, Lukas Kilian [CDU] und Lars Harms [SSW])

Wir müssen bei der Wirtschaft darauf achten, dass wir für alle Branchen und Betriebsgrößen vernünftige Rahmen bekommen.

Ich finde es schon erstaunlich: Die Autoindustrie ist extrem wichtig, auch für Schleswig-Holstein, für andere Bundesländer aber noch viel, viel wichtiger. Dass jetzt aber schon wieder über Abwrackprämien gesprochen wird, halte ich für Nonsense. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung, nichts anderes.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir müssen an bessere Rahmenbedingungen für alle Branchen denken, und wir brauchen in dieser Phase keine Diskussion über Steuererhöhungen. Dass der Bundeswirtschaftsminister diese nicht ausschließt, halte ich für Gift für die Konjunktur in der nächsten Zeit.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Wir haben Diskussionen und die Forderung nach einem starken Staat, um wieder mehr Verstaatlichung einzuführen, und Abgesänge auf die Marktwirtschaft. Ich glaube, das Gegenteil wird notwendig sein, wenn wir wieder stärker werden wollen. Jeder sagt ein bisschen das voraus und fordert das, was er eh schon immer gefordert hat. Das gilt auch für uns. Aber es ist ja immer schön, wenn man der Meinung ist, man sei insgesamt auf einem guten Weg.

Wir sehen, wie leistungsfähig unser Gesundheitssystem zum Glück ist. Ich verweise gern auf andere europäische Staaten. Dann kann man sehen, wie gut es uns da geht - trotz noch einiger Probleme - und wie gut unsere Verwaltungen funktionieren.

In der Tat ist das Wichtigste - das macht mir in der politischen Diskussion am größten Sorge - die Frage, wie es mit Europa weitergeht. Dort haben wir auch als Bundesland Schleswig-Holstein eine Verantwortung. Das Machtgefüge in der Welt scheint sich durch diese Krise noch einmal stärker zu verschieben, auch zwischen China und den USA. Europa ist nicht nur für unseren Export wichtig, sondern auch für unser Zusammenleben, für die Zu-

(Christopher Vogt)

kunft, für unsere Kinder. Es ist wichtig, dass wir Europa zusammenhalten. Ich habe mich natürlich sehr gefreut, dass sich Herr Macron beim Ministerpräsidenten für die Versorgung von französischen Patienten hier am UKSH bedankt hat. Ich glaube, eine solche Versorgung sollten wir weiterhin gewährleisten und vielleicht noch stärker ausweiten, wenn wir die Kapazitäten dafür haben. Das ist ein wichtiger Beitrag.

Ich glaube, wir müssen Europa stärken. Ich bin nicht für Eurobonds. Ich bin aber schon der Meinung, dass wir in Europa wichtige Signale setzen müssen, auch was die finanz- und wirtschaftspolitische Stabilität angeht. Trotzdem muss ich sagen: In Italien gibt es viele, die sich eher an Putin orientieren als an der Demokratie. Von diesen Leuten sollten wir uns Europa nicht kaputt machen lassen. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Wir haben gute Schritte für die nächsten Wochen vereinbart. Bleiben wir verantwortungsvoll, dann bekommen wir unsere Freiheit auch schnellstmöglich wieder zurück. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Vielen Dank für Ihren Bericht von der gestrigen Videokonferenz mit Frau Merkel und auch Ihren Amtskollegen, wengleich ich feststellen muss, dass die Verschiebung der Plenarsitzung von gestern auf heute letztlich nicht nötig war. Doch wie man der aktuellen Berichterstattung entnehmen konnte, war Frau Merkel gestern bei dem Versuch, eine bundesweite Linie zu finden, kurz davor aufzugeben. So soll es die Kanzlerin selbst in der Videokonferenz gesagt haben.

(Zurufe FDP)

Also, Herr Günther, wenn wir noch einen weiteren Tag hätten zuwarten müssen, damit Frau Merkel aufgibt - uns wäre es das wert gewesen, dann hätten wir auch gern noch den Samstag drangehängt.

Im Grunde haben die Länder doch in den vergangenen Tagen schon Fakten geschaffen. Bayern ging vorneweg, aber auch Sie hier bei uns, Herr Günther, mit Ihrem Livestatement zum Tourismus bereits am Dienstag.

(Wortmeldung Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Nobis, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein. - Zu diesem Zeitpunkt war doch schon längst klar: Eine gemeinsame Bundeslinie gibt es nicht mehr. Jedes Bundesland führt jetzt eine eigene Linie, macht das, was es an Lockerungen für richtig hält oder eben auch nicht. Neu ist lediglich jetzt die Grenze von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen, ab wann dann erneut regionale oder lokale Beschränkungskonzepte greifen.

Es ist auch gar nicht schlecht, die Maßnahmen künftig auf das lokale Infektionsgeschehen abzustimmen. Für den Landkreis Tirschenreuth in Bayern sollten selbstverständlich andere Maßnahmen gelten als für Ostholstein mit gerade einmal 67 Infektionsfällen insgesamt - Stand gestern. Wir begrüßen also ausdrücklich, dass jetzt auch Schleswig-Holstein die Verantwortung für weitere Lockerungen und Maßnahmen selbstständig übernimmt. Am Anfang der Pandemie war es gut und richtig - das sage ich auch ausdrücklich -, dass die Bundesländer quasi im Einklang Maßnahmen beschlossen haben. Aber nun haben die Maßnahmen Wirkungen gezeigt, die Neuinfektionszahlen haben sich in den letzten Wochen von Tag zu Tag reduziert, und die Bürger von Flensburg bis Garmisch haben sich größtenteils an die notwendigen Verhaltens- und Hygienemaßnahmen gehalten.

Längst ist auch klar, dass die Dynamik des Infektionsgeschehens sehr unterschiedlich ist. Aus diesem Grund sollten zukünftig einschränkende Maßnahmen regional begrenzt werden, um zielgerichtet auf die Pandemiesituation vor Ort zu reagieren. Damit meine ich auch tatsächlich vor Ort, Herr Günther. Sie sollen also nicht pauschal für ganz Schleswig-Holstein die gleichen einschränkenden Maßnahmen beschließen oder fortführen. So viel Lockerung wie möglich, so viel Einschränkungen wie nötig - so wie wir es bereits am 14. April 2020 in unserer Exit-Strategie gefordert haben. Genau das sollte

(Jörg Nobis)

jetzt für jeden einzelnen Landkreis, für jede Stadt oder Gemeinde Gültigkeit haben.

(Beifall AfD)

Das bedeutet viel Arbeit für die Staatskanzlei und allen voran auch für das Bildungsministerium, und natürlich geht es einher mit viel Verantwortung auch für Landräte und Bürgermeister vor Ort sowie auch für die Kreisgesundheitsämter. Ich kann nur hoffen, dass zukünftig alle Kreisgesundheitsämter dieser Verantwortung gerecht werden. Denn eins ist klar: So ein Versagen, wie wir das in Rümpel erlebt haben, darf sich nicht wiederholen!

Entscheidend bleibt jedoch, dass nicht die Lockerungen einer Begründung bedürfen, sondern die einschränkenden Maßnahmen der persönlichen Freiheit. Unsere Grundrechte müssen immer wieder aufs Neue überprüft und begründet werden. Jedem ist dabei sicherlich auch bewusst, dass es vielleicht auch einmal einen Schritt oder vielleicht auch zwei Schritte zurück geben müssen, wenn sich die Neuinfektionen lokal häufen.

Ich unterstreiche das, was ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt habe: Die Anzahl der tatsächlich durchgeführten Tests muss erhöht werden. Das Sozialministerium darf sich da nicht weiter wegducken und dieses Thema weiterhin so stiefmütterlich behandeln. Nur wenn Infektionsherde schnell lokalisiert werden, können Maßnahmen lokal begrenzt werden. „Testen, testen, testen“ lautet daher die Begleitdevise zur jetzt anstehenden Lockerung und Aufhebung von Maßnahmen.

Dazu gehören auch, aber nicht nur, Reihentests, gerade in medizinischen Einrichtungen oder in Pflegeeinrichtungen.

Herr Minister Garg, vor diesem Hintergrund ist es auch nicht länger hinnehmbar, dass angeblich aufgrund eines Erlasses aus Ihrem Haus lediglich die Infektionszahlen pro Landkreis und kreisfreier Stadt veröffentlicht werden. Ihnen liegen die Infektionszahlen von jeder einzelnen Stadt und jeder einzelnen Gemeinde in Schleswig-Holstein vor. Ich fordere Sie hiermit auf, diese Daten transparent für alle zu veröffentlichen.

(Zuruf SPD: So ein Blödsinn!)

Jeder Bürger hat das Recht, über das Infektionsgeschehen in seiner Heimatstadt oder seiner Gemeinde informiert zu sein.

(Martin Habersaat [SPD]: Das steht bei uns morgens in der Zeitung, bei Ihnen nicht? -

Weitere Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, ob und wie stark ihre Gemeinde oder Stadt von der Pandemie betroffen ist. - Jetzt höre ich hier einen Zwischenruf. Also, in Segeberg hat der Landrat etwas anderes gesagt. Er hat gesagt: Aufgrund eines Erlasses des Sozialministeriums dürfen wir nicht bekannt geben, wie viele Infektionsfälle eine Gemeinde hat.

(Zuruf CDU: Das stimmt nicht, das hat er nicht gesagt! - Weiter Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An Sie gerichtet, Frau Prien: Ich habe landesweite Schulschließungen bereits am 11. März 2020 öffentlich gefordert. An diesem Tag hatte die Landesregierung lediglich das Verbot von Großveranstaltungen über 1.000 Personen verkündet. Die Schulschließungen kamen dann erst eine Woche später. Sie waren zu diesem Zeitpunkt wirklich begründet und richtig.

(Zurufe CDU)

Aber so richtig und notwendig die landesweiten Schulschließungen am 16. März 2020 waren, so richtig und notwendig ist es heute, Schulöffnungen und damit die Rückkehr zu einem normalen Schulbetrieb für alle Schüler nicht flächendeckend für ganz Schleswig-Holstein zu denken, sondern eben auch von Ort zu Ort zu entscheiden. Es könnten bereits heute einige Schulen im Land zu einem Normalbetrieb - natürlich unter Wahrung der Verhaltens- und Hygieneregeln - zurückkehren, während alle Schulen wiederum vielleicht komplett geschlossen bleiben sollten, von den Abschlussklassen sicherlich abgesehen. Wenn Sie dann sagen: „Na ja, die Abstandsregeln, Mindestabstand 1,5 m, das können wir unter den Schülern nicht gewährleisten“, dann sage ich Ihnen, dass wir die Klassen aufteilen müssen. Die eine Hälfte kommt morgens zur Schule, und die andere Hälfte kommt nachmittags zur Schule. Alternativ können wir zusätzlich noch den Samstagmorgen hinzunehmen, um die Unterrichtswoche etwas zu entzerren.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Zuruf CDU: Und wo sollen die Lehrer dafür herkommen?)

Samstagsunterricht hat uns früher auch nicht geschadet, ganz im Gegenteil, möchte man meinen.

(Zuruf FDP: Na ja!)

(Jörg Nobis)

Es geht weiter im Text. Das Hotel- und Gaststätten-gewerbe und die gesamte Tourismusbranche in Schleswig-Holstein sind für das Land von außerordentlich hoher Bedeutung und bedürfen schon deshalb einer besonderen Betrachtung. Die Hängepartie dieser Woche ist vor dem Hintergrund der Bedeutung dieser Branche unverständlich. Die gesamte Branche benötigt eine klare Perspektive. Die haben Sie jetzt gegeben: 18. Mai 2020, sagen Sie.

Vermutlich werden viele Deutsche in diesem Sommer Urlaub im eigenen Land machen. Das darf dann an der gebeutelten Tourismusbranche und dem Gastgewerbe in Schleswig-Holstein nicht vorbeigehen. Einschränkungen wird es sicherlich geben müssen. Aber auch hier sollte zwischen Außenbereichen und Innenbereichen unterschieden werden. Außenbereiche von Cafés, Restaurants und Eisdielen sollten doch schon längst öffnen dürfen und nicht erst ab dem 18. Mai 2020. Diese Regelung kann ich nicht verstehen.

Zum Schluss: Es ist auch gut, dass diese unsinnige 800-m²-Regelung für Geschäfte endlich vom Tisch ist. Die Personenanzahl pro Quadratmeter Verkaufsfläche zu begrenzen, ist immer noch richtig. Aber eine reine Verkaufsflächengrenze war zu keinem Zeitpunkt sinnvoll.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Was bleibt also an Erkenntnis aus den letzten Tagen und Wochen? - Diese Landesregierung hing an Muttis Rockzipfel, stolperte mehr schlecht als recht durch die Öffnungsdebatte, anstatt einen klaren Kurs vorzugeben und auch vorher einmal zu sagen, dass man das tut. Jetzt tut man das, aber bei der Schließung hat man das nicht getan. Die Schließung der Inseln kam holterdiepolter über Nacht. Da waren noch Gäste angereist, die am nächsten Tag wieder abreisen mussten. Um 18 Uhr erst angekommen, um 8 Uhr wieder abreisen.

(Zurufe Lukas Kilian [CDU], Dennys Bornhöft [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

- Ja, das kann man aber mit etwas Ankündigung auch humaner gestalten.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Darüber, unter welchen Umständen Lebensbereiche wieder normalisiert werden können, haben wir vor allem Orientierungslosigkeit und Zwist in der Regierungskoalition erlebt.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Lieber Herr Günther, dass Sie ausgerechnet mitten in der Krise gemerkt haben, dass Ihr bisheriger In-

nenminister es mit der Wahrheit nicht ganz so genau genommen hat, ist nun wirklich ein schlechtes Timing.

Für die Bürger ist es jedenfalls ganz misslich, wenn sie alle paar Tage eine neue Verordnung verkündet bekommen und keinerlei Planungssicherheit haben. Das gilt für Familienbesuche genauso wie für die Schulen, den Einzelhandel und die Gastronomie. Von den Misstönen im Verhältnis mit unseren Hamburger Nachbarn will ich gar nicht erst reden. Viele Bürger haben doch längst den Überblick darüber verloren, was heute gerade erlaubt ist und was verboten ist.

(Zurufe FDP)

Sämtliche Maßnahmen müssen geeignet sein, eine Ausbreitung des Virus zu verhindern. Sie müssen aber auch verhältnismäßig sein. Mit anderen Worten ausgedrückt: Maßnahmen müssen ganz einfach auch verständlich sein. Nicht in erster Linie die Härte einer Maßnahme entscheidet über die Akzeptanz, sondern vielmehr die Sinnhaftigkeit.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Damit sind wir wieder bei den Außenflächen von Eisdielen. Je mehr Maßnahmen sich widersprechen, je mehr bürokratische Auswüchse ins Lächerliche gehen, je mehr Gleiches ungleich behandelt wird, umso weniger Akzeptanz wird es für weitere Maßnahmen geben. Die Zeit ist gekommen, jetzt endlich Perspektiven aufzuzeigen, endlich unseren Betrieben mit Hunderttausenden Arbeitsplätzen wieder eine Zukunft zu geben und nicht nur staatliche Almosen zu verteilen. Es ist an der Zeit, die Einschränkungen von Grundrechten zurückzufahren und zurückzufinden zu einem Zustand, der einer gesellschaftlichen Normalität zumindest nahekommt. Alles das muss natürlich mit der gebotenen Vorsicht passieren, aber eben auch nicht übervorsichtig. Das alles muss mit Blick auf das Infektionsgeschehen sowie die besonders gefährdeten Personengruppen und mit einem Blick für die Nöte und Sorgen der Menschen in unserem Bundesland geschehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

(Abgeordneter Lars Harms stößt auf dem Weg zum Rednerpult an eine Plexiglaswand)

(Präsident Klaus Schlie)

- Wir machen da vielleicht noch einmal einen roten Streifen dran, damit das besser zu sehen ist.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Oder Milchglasfolie! - Christopher Vogt [FDP]: Vogelaufkleber! - Heiterkeit)

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, den beiden neuen Ministern beziehungsweise Frau Sütterlin-Waack in ihrer neuen Tätigkeit und Herrn Claussen herzlichen Glückwunsch zu sagen und viel Erfolg und Spaß bei der neuen Aufgabe wünschen, die sie übernommen haben. Gleichzeitig möchte ich unserem ehemaligen Innenminister Grote für eine wirkliche vertrauensvolle, faire und gute Zusammenarbeit mit dem SSW danken. Ich kann Ihnen sagen: Ich bedaure es sehr, dass ein Leistungsträger der Regierung gehen musste.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit dem wirklich am härtesten von der Coronakrise betroffenen Wirtschaftszweig beginnen. Die Gastronomie ist derzeit zu 99 % auf Kurzarbeit, und das Vermietungsgewerbe ist zu 95 % auf Kurzarbeit. Damit ist klar, dass der Tourismus auch in unserem Bundesland am meisten zu leiden hat.

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Tourismus bei uns nicht nur einer der größten Wirtschaftszweige ist, sondern auch derjenige, der flächendeckend in allen Ecken des Landes zu finden ist. Geht es dem Tourismus schlecht, so geht es vielen in unserem Land schlecht, und das flächendeckend. Deswegen haben wir in den letzten knapp drei Wochen immer wieder angemahnt, dass ein Ausstiegsplan aus den Coronabeschränkungen für diesen Bereich dringend vorgelegt werden muss. Leider konnte sich kein Bundesland - auch unser Bundesland nicht - rechtzeitig für einen Fahrplan zum schrittweisen Ausstieg aus den Beschränkungen durchringen.

Wir haben jetzt zumindest das Datum 18. Mai 2020 als Datum des Beginns der schrittweisen Wiedereröffnung von touristischen Einrichtungen vernommen. Aber es ist immer noch fraglich, wie das Ganze vonstattengehen soll. Eigentlich hätte die Landesregierung einen konkreten Ausstiegsplan schon Ende April vorlegen müssen, meine Damen und Herren.

Geschehen ist aber eben nichts. Deshalb sind alle möglichen am Tourismus Beteiligten mit Vorschlägen gekommen. Die Campingplatzhalter, die Ferienhausvermieter, die Hoteliers, die Anbieter von Ferien auf dem Bauernhof und natürlich auch der DEHOGA. Alle hatten Ideen, wie es gehen könnte, nur die Landesregierung hatte sie nicht.

Gut, dass andere Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen hier Dampf unter den Kessel gemacht und jetzt zumindest angestoßen haben, dass der Tourismus jetzt endlich wieder anfangen kann. Danke, Manuela Schwesig, und danke, Stephan Weil.

(Beifall Birte Pauls [SPD] und Kai Vogel [SPD])

Beide Bundesländer werden schon in Kürze die gastronomischen Betriebe unter Auflagen wieder aufmachen lassen. Die Frage, die sich dabei stellt, ist, warum nicht auch wir in diesem norddeutschen Geleitzug mitmachen. Warum müssen unsere Gastronomen noch eine Woche länger warten? Denen geht es genauso schlecht wie ihren Kolleginnen und Kollegen in Ostfriesland oder auf Usedom. Sie haben genauso gute Hygienekonzepte wie die Gastronomen in den anderen Bundesländern. Deshalb finden wir, sollten sie auch genauso schnell öffnen können wie die in anderen Bundesländern in Norddeutschland.

(Zuruf FDP)

Ähnliches gilt auch für die Ferienwohnungs- und Ferienhausvermieter. Auch die sollten nicht bis Montag, den 18. Mai 2020, warten müssen. Die klassischen Anreisetermine der meisten Urlauber sind Freitag und Samstag. Wenn jetzt aber erst am Montag, dem 18. Mai, die Quartiere wieder öffnen können, können viele schon gebuchte Reisen nicht stattfinden. Das heißt, unsere Vermieter verlieren unnötig Geld, obwohl sie sich schon perfekt auf ihre Gäste vorbereitet haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Aber immer gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Harms. - Ist Ihnen bei all der Freude über die Regelungen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern aufgefallen, dass sie dort auch weiterhin massive Einschrän-

(Lars Harms)

kungen haben und dass wir das mit einem klaren Schritt machen und damit Diskriminierung vermeiden?

Es stimmt nicht, dass andere Bundesländer das alles eine Woche früher aufmachen, sondern sie haben noch massive Einschränkungen, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern für Menschen, die nicht aus diesem Bundesland kommen. Wir wollten gern vermeiden, hier Diskriminierungen vorzunehmen, die aus meiner Sicht nicht rechtssicher sind.

(Beifall FDP)

- Ich gebe Ihnen natürlich recht, dass man unsinnige und rechtswidrige Sachen aus anderen Bundesländern nicht übernehmen sollte.

(Zurufe FDP: Ah!)

Aber ich habe hier ja deutlich gemacht, dass es trotzdem Sinn macht, in norddeutscher Gemeinschaft die gastronomischen Betriebe aufzumachen, auch unter den Restriktionen. Wir wissen ja, was wir wollen. Wir wissen, dass wir eine Quadratmetergrenze pro Gast haben wollen. Wir wissen, dass wir Hygienemaßnahmen haben wollen. Wir wissen das alles. Wenn die Landesregierung schon vor drei Wochen einen Plan gehabt hätte, was zu geschehen hat, wenn gastronomische Betriebe aufgemacht werden sollen, dann hätte man heute erzählen können: Montag, Sonnabend, Sonntag, irgendwann könnt ihr jetzt aufmachen. Ihr kennt ja die Bedingungen. Die haben wir euch schon vor drei Wochen gesagt. - Das wäre gut gewesen. Das ist das, was wir von einer Landesregierung erwarten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Christopher Vogt [FDP]: Sehr geehrter Herr Kollege Harms, ich möchte hier nur die Falschinformation klarstellen. Es wird im Tourismus keine Quadratmeterzahl geben, sondern es gibt eine Abstandsregelung und Hygienevorschriften. Natürlich gibt es auch Einschränkungen, beispielsweise auf Campingplätzen, dass man beispielsweise das Zelten noch nicht ermöglichen kann, weil die Menschen autark sein müssen, keine Duschen und andere Gemeinschaftsräume nut-

zen sollen. Da wird es also auch hier Einschränkungen geben. Quadratmeterregelungen wird es im Tourismus in dem Sinne nicht geben.

Noch einmal: Uns war wichtiger, klare Vorbereitungen zu ermöglichen, weil es vor allem um Abstands- und Hygienekonzepte geht. Das muss vorbereitet werden. Deshalb eine klare Perspektive.

Wenn wir es so wie andere Bundesländer gemacht hätten, hätten Sie uns vorgeworfen, dass wir Verwirrung stiften dadurch, dass es alle paar Tage neue Regelungen gibt. Das wollten wir gern vermeiden.

Ich kenne Sie ja, deshalb weiß ich, was Sie uns sonst vorgeworfen hätten. Das wollte ich fürs Protokoll einmal feststellen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

- Herr Kollege, ich würde einer Regierung nie vorwerfen, dass sie Verwirrung stiftet, wenn sie etwas ordentlich vorbereitet. Sie sehen ja: In der Tourismusbranche diskutiert man jetzt darüber, welche Regelungen es gibt. Ich werde gefragt: Sollen wir uns in Bezug auf die Quadratmeter irgendwie einschränken? Oder wie soll das funktionieren? Sie sagen jetzt: Wir machen daraus jetzt Abstandsregelungen. - Das ist auch in Ordnung. Schön wäre es gewesen, wenn wir schon vor drei Wochen gewusst hätten, was ab 9. oder 18. Mai 2020 gilt. Das hätte den Betrieben geholfen, sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. Dann hätten sie schneller öffnen können, dann hätten sie schneller Geld verdienen können, dann hätten sie schneller ihre Leute aus der Kurzarbeit holen können, dann hätten die Leute schneller wieder ihren Spaß daran gehabt, einen gastronomischen Betrieb zu besuchen. All die schönen Sachen, die ein ordentlicher Liberaler sicherlich auch fordern würde, wären dann gegeben gewesen. Das ist das, was wir auch einfordern. Vielen Dank aber für die Nachfragen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir möchten gern, dass die gastronomischen Betriebe tatsächlich eine Chance haben, relativ schnell Geld zu verdienen. Es geht noch ein bisschen weiter. Auch für die Ferienwohnungen ist es - wie gesagt - ein bisschen zu spät, weil die Anreisettermine am Wochenende liegen. Das ist Tradition. Wenn es dann heißt, man könne erst am Montag anreisen, dann werden viele Reisen storniert, dann verlieren unsere Unternehmen unnötig Geld. Es ist einfach schade um die

(Lars Harms)

viele Kohle und um die schönen Arbeitsplätze, die wir dort haben.

Ähnliches gilt auch für die kommunalen und die privaten Wohnmobilstellplätze. Auch die, so möchte ich anmahnen, sollten so schnell wie möglich wieder öffnen können. Diese Touristen sind genauso Selbstversorger wie Leute, die Urlaub in einer Ferienwohnung machen. Somit ist die Gefahr einer Ansteckung auch da relativ gering.

Wenn wir schon dabei sind, dann müssen wir auch daran denken, auch die Inseln schnellstmöglich wieder für den Tourismus und für den normalen Besuchsverkehr zu öffnen. Der Ministerpräsident ist gerade schon darauf eingegangen. Das finde ich gut. Wir haben derzeit die Situation, dass beispielsweise ein ortsfremder Zweitwohnungsbesitzer die Insel mit der Partnerin oder dem Partner oder auch mit anderen Personen aus dem gleichen Hausstand besuchen kann. Wenn Einheimische allerdings Familienbesuch bekommen sollen, dann gilt das nicht. Dann dürfen beispielsweise ein Sohn oder eine Tochter, die die jeweiligen Eltern besuchen wollen, die Ehepartner nicht mit auf die Insel nehmen. Da hilft dann auch der gemeinsame Hausstand oder in irgendeiner Art und Weise der Nachweis, dass man tatsächlich verheiratet ist, nicht. Das ist natürlich keinem vernünftigen Menschen zu erklären, dass ein Ortsfremder die ganze Sippe mitnehmen kann, ein Einheimischer aber, der seine Eltern besucht, nicht einmal die Ehepartnerin oder den Ehepartner mitnehmen kann. Es wäre also schön, wenn das diesbezügliche Betretungsverbot nicht erst Mitte Mai, sondern spätestens am Montag aufgehoben werden würde.

Und da sind wir schon bei praktischen Problemen. Ich möchte darauf hinweisen, dass nicht jede Altenheim Einrichtung mit einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung gleichsetzbar ist. Viele behinderte Menschen gehören nicht zwingend den besonders gefährdeten Gruppen an, und manche behinderten Menschen leiden besonders unter den Kontakteinschränkungen, die jetzt gelten. Ich denke hier vornehmlich an psychisch kranke oder eingeschränkte Menschen. Sie können oft nicht verstehen, was jetzt gerade geschieht, und sie leiden sehr unter der Situation. Wenn es jetzt ohnehin neue Regelungen zu Corona geben wird, dann wäre dies es wert, darüber nachzudenken, ob und wie die Kontaktbegrenzungen auch für diese Menschen zumindest partiell gelockert werden könnten.

Wenn wir Menschen zusammenführen wollen, dann muss das auch über Grenzen hinweg geschehen. Wir begrüßen es sehr, dass Ministerpräsident Gün-

ther unseren Ball aufgenommen und ein Gespräch mit Minister Seehofer geführt hat, um ihn von der Grenzöffnung zu Dänemark zu überzeugen. Das hat ja augenscheinlich auch insoweit gewirkt, als dass Herr Seehofer nun auch der Auffassung ist, dass etwas geschehen sollte. Jetzt heißt es aber dranzubleiben und schnellstmöglich mit der dänischen Seite einen gemeinsamen Fahrplan für die vollständige Wiedereröffnung der Grenze zu erarbeiten, denn hier scheint es ja durchaus auch Vorbehalte auf dänischer Seite zu geben. Die Leute müssen heute schon wissen, was sie in zwei, drei oder vier Wochen erwartet, damit sie sich darauf einstellen können.

Die Jugendorganisationen der im Grenzland vertretenen demokratischen Parteien haben hier zusammen einen entsprechenden Appell an uns alle in der Politik gerichtet. Vertreter der SSW-Jugend, der Jungen Liberalen, der Grünen-Jugend, der Jungsozialisten und der Jungen Union treten hier gemeinsam mit entsprechenden Organisationen aus Dänemark auf und setzen ein Zeichen für ein gemeinsames Europa. Darin sollten wir diese Organisationen unterstützen und die Grenzöffnung forcieren.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Es gibt aber natürlich noch mehr Bereiche, die derzeit politisch diskutiert werden. Da ist zum einen die Frage des Wiederanfahrens des Spielbetriebes in der ersten und zweiten Fußballbundesliga. Es ist zu begrüßen, dass die DFL hier ein professionelles Konzept vorgelegt hat, und es ist auch richtig, dass man bei Vorlage eines solchen Konzepts - genauso wie in anderen Wirtschaftsbereichen - eine Öffnung zulässt, wenn dieses Konzept denn passt. Aber die Wirksamkeit dieses Konzepts muss auch laufend kontrolliert werden, genauso wie die Wirksamkeit von Hygienemaßnahmen in anderen Bereichen kontrolliert wird. So steht der Fortsetzung der Saison, die sicherlich viele als willkommene Ablenkung vom Alltag begrüßen würden, nichts im Wege.

Was aber in gar keinem Fall geht, ist, dass jetzt schon wieder sinnentleerte steuerfinanzierte Autokaufprämien gezahlt werden sollen. Wenn jemand ein Auto kaufen will, dann soll er das tun, aber er soll bitte schön selbst dafür bezahlen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die deutschen Autobauer wollen in diesem Jahr rund 9 Milliarden € an Dividenden ausschütten, und das sind nur die deutschen Autobauer. Wir würden

(Lars Harms)

ja auch alle ausländischen Autobauer subventionieren, die hier produzieren. Da kann man nicht allen Ernstes über eine Notsituation sprechen. Viel notwendiger ist es doch, die Digitalisierung insbesondere im Bildungswesen voranzutreiben. Hier ist trotz der kurzfristig kommenden Maßnahmen noch so viel zu tun, dass jeder Groschen, der dort hineingesteckt wird, wirklich eine Investition ist, das sich lohnt. Wir müssen in die Zukunft investieren, und da geht es nun einmal vornehmlich um Bildung, Bildung und noch einmal Bildung.

Bevor ich dann weiteres Geld verteile, denke ich erst an die Situation von sozial schwachen Menschen, von Arbeitslosen und von Menschen in Kurzarbeit. In Abwandlung eines Wahlslogans einer Partei kann man sagen: Digitalisierung first und Autokaufprämie noch nicht einmal second.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, hier erwarte ich eine ganz klare Positionierung unserer Landesregierung gegen diese Initiative.

Am Ende bleibt mir nur, allen Dank zu sagen für die trotz aller politischen Unterschiede gute Zusammenarbeit. Die Politik handelt besonnen und ist in der Krise geeint und handlungsfähig. Das ist ein gutes Zeichen, und auch die Bürgerinnen und Bürger sollten weiter besonnen handeln. Das heißt insbesondere, dass wir trotz Maskenpflicht so gut auf Abstand bleiben, wie es irgend möglich ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich aufgrund eines Teils des Beitrags von Herrn Nobis gemeldet. Hier haben wir wieder einmal das typische Beispiel dafür, dass Erwägungen, die zu Recht strittig sind, genutzt werden, um ein komisches Bild dahingehend zu zeichnen, dass hier etwas verboten wird, und das ohne Grund.

Herr Nobis, Sie haben leider Pech, dass ich der stellvertretende Hauptausschussvorsitzende des Kreises bin, der das Dashboard eingestellt hat. Des-

halb komme ich mit ein paar Tatsachen: Ja, es gab einen Konflikt mit dem Sozialministerium, ob es unter datenschutzrechtlichen Aspekten sinnvoll ist, einzelne Fälle pro Gemeinde auszuweisen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Ja, Sie können vielleicht etwas lernen. Das Dashboard können Sie übrigens unter covid19dashboardrdeck.aco abrufen. - Stand ist, dass es in meiner Heimatgemeinde vier Infektionen gab. Alle vier Betroffenen sind zum Glück genesen. Das können Sie für jede einzelne Gemeinde mit heutigem Datenstand abrufen. Da braucht Herr Günther nichts zu erlauben.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Ja, Sie können an der Stelle noch etwas lernen. Ich sage Ihnen das. Das haben wir nach dem, was wir auf kommunaler Ebene machen können, und nach Abwägung der Argumente des Sozialministeriums sowie nach Abwägung mit dem ULD und unserem eigenen Datenschutzbeauftragten für vertretbar gehalten. Nichtsdestotrotz ist es natürlich valide und auch Aufgabe des Sozialministeriums, darauf hinzuweisen, dass es problematisch sein könnte. Wir haben darüber auf der Ebene der Kreisspitze hin und her diskutiert, weil es gute Gründe dafür und dagegen geben kann. So ist das beim Datenschutz. Datenschutz verbietet nicht alles. Er fordert nur die Menschen, die Daten herausgeben, auf, gut abzuwägen, ob man andere Rechte verletzt. Der Konflikt hat sich längst gelöst. Sie brauchen Herrn Günther nicht aufzufordern, irgendwelche Leute zurechtzuweisen. Wir sind in den Kommunen Manns und Frau genug, unsere eigenen Abwägungsentscheidungen zu treffen und dazu benötigte Experten heranzuziehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Ganz ehrlich, das zeigt ein bisschen, dass Ihre Partei ganz viel obrigkeitsstaatliches Denken hat, wenn Sie der Landesregierung etwas in dieser Richtung zutrauen. Das zur Frage von RD-ECK. Warum der Kreis Segeberg das jetzt macht oder nicht macht, erschließt sich mir nicht. Zu unserer Selbstverwaltung gehört, dass man den eigenen Laden selbst verwaltet. Das tun wir, und sonst müssen die Kollegen aus Segeberg fragen.

(Beifall SPD)

Vielleicht haben sie eine andere Abwägung getroffen? Vielleicht ist im Kreis Segeberg eine andere Abwägung getroffen worden? Vielleicht ist das ULD nicht gefragt worden? - Ich weiß es nicht. Es

(Dr. Kai Dolgner)

war ein Konflikt, und den haben wir gelöst, wie man fachliche Konflikte immer löst.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2148 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 35, 51 und 52 auf:

Gemeinsame Beratung

- a) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung schul- und hochschulrechtlicher Vorschriften, des Lehrkräftebildungsgesetzes, des Pflegeberufekammergesetzes, des Heilberufekammergesetzes, diverser Sozialgesetze, des Kita-Reformgesetzes, des Kindertagesstättengesetzes, des Kindertagesförderungsgesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes aufgrund der Coronapandemie**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2122

- b) **Mehr Wissen über SARS-CoV-2 und COVID-19 erlangen - Obduktionen in Corona-Todesfällen ausweiten**

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2132

Förderung von Obduktionen bei Todesfällen mit SARS-CoV-2-Verdacht

Alternativantrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2165

- c) **BAföG-Nothilfe unbürokratisch auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2152

- d) **Schule in Coronazeiten gestalten und organisieren**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2153

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich meine ersten Worte heute an die Schulleitungen in unserem Land, an die Schulträger, an unsere Lehrkräfte, an die Schulämter, die Schulaufsichten, vor allem aber an die Eltern und an unsere Schülerinnen und Schüler richte. Ich will ehrlich sagen, dass mir das Herz angesichts der Tatsache blutet, dass viele unserer Schülerinnen und Schüler im Augenblick von ihrem Recht auf Bildung nicht in dem Umfang Gebrauch machen können, wie sie es verdienen, und dass sie Schule nicht so erleben können, wie wir es bewährt gewohnt sind.

Zugleich will ich aber vielen derer, die ich gerade genannt habe, für ihren unermüdlichen Einsatz danken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Was unsere Lehrkräfte und auch die anderen an Schule Beteiligten, was aber auch die Eltern und unsere Schülerinnen und Schüler im Moment leisten, das ist im wahrsten Sinne des Wortes systemrelevant, und sie verdienen auch aus diesem Hause einen wirklich kräftigen Applaus.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die letzten Wochen haben uns deutlich gezeigt: Wir sind in Schleswig-Holstein eine solidarische Schulgemeinschaft. Wir treffen gemeinsam mit allen Beteiligten und mit der Wissenschaft alle Entscheidungen. Wir haben als erstes Bundesland einen Phasenplan zum Wiedereinstieg in den Schulbetrieb vorgestellt, und wir sind bereits in Phase zwei, und dies läuft - unter Coronabedingungen - gut. Sie wissen, in der ersten Phase haben wir uns auf die Abschlussprüfungen konzentriert. Das waren die Abschlussprüfungen zum Abitur, aber genauso zum ESA und zum MSA. Ich will betonen, an den Beruflichen Schulen führen wir zurzeit neben den Prüfungen zu allgemeinen Schulabschlüssen Abschlussprüfungen zu 240 Berufen durch.

Die schriftlichen Abiturprüfungen sind abgeschlossen. Wir machen in der kommenden Woche ESA-

(Ministerin Karin Prien)

und MSA-Prüfungen. Die Vorbereitungen laufen reibungslos, die Schülerinnen und Schüler sind gut vorbereitet. Daneben läuft seit Beginn des Lock-downs die Notbetreuung - auch über die Ferienzeit hinweg. Erfreulich ist, dass wir keine auffällige Beschleunigung des Infektionsgeschehens zu beklagen haben.

Wir sind in dieser Woche in die zweite Phase der behutsamen Schulöffnung eingestiegen. Wir kümmern uns vor allem um die Schülerinnen und Schüler, die besondere Unterstützung brauchen, auch um die, die sich im Übergang befinden. Deshalb gilt dies auch für die Schülerinnen und Schüler der Klassen vier und sechs. Es gilt aber auch für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die Übergänge an den anderen Schulen vor sich haben.

Unser klares Ziel ist es dabei, jeden Schüler und jede Schülerin bis zu den Sommerferien in die Schulen zurückzuholen, denn unsere Schüler brauchen bei aller neugewonnenen Liebe für den digitalen Unterricht die sozialen Kontakte. Ich will aber auch deutlich sagen: Wir können nur so viele Kontakte an den Schulen zulassen, wie wir dies unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes verantworten können.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit unsere Schülerinnen und Schüler möglichst wenig Lernrückstände und möglichst wenig sonstige negative Folgen durch die Coronakrise beklagen müssen, werden wir auch über den Sommer hinweg attraktive Angebote für unsere Schülerinnen und Schüler machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben keine Glaskugel, deshalb müssen wir in diesen Zeiten in verschiedenen Szenarien planen. Das tun wir. Wir können heute nicht exakt sagen, was in drei Wochen ist, aber wir müssen auf alle möglichen Szenarien vorbereitet sein, die sich in drei Wochen ergeben können. Dazu dient genau dieses Artikelgesetz. Es geht darum, dass wir mit Blick auf die Abschlussprüfungen auch im Einklang mit dem, was wir in der KMK miteinander verabredet haben, dafür Sorge tragen, dass in jedem Fall unsere Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein ihre Abschlussprüfung und ihr Abschlusszeugnis erhalten, und zwar ganz egal, wie sich die Pandemie entwickelt. Wir sind da auf einem guten Weg, die Prüfungen durchzuführen. Aber wir müssen gewappnet sein, und das sind wir mit diesem Artikelgesetz. Wir versu-

chen, an der einen oder anderen Stelle Härten zu mildern, aber wir gehen grundsätzlich davon aus, dass die Prüfungen wie geplant durchgeführt werden können. Das ist nach Abwägung vertretbar, und deshalb haben wir uns im Geleitzug aller anderen Bundesländer dazu entschieden.

Meine Damen und Herren, es geht immer noch und weiter darum, das Infektionsgeschehen zu verlangsamen. Der Ministerpräsident hat hier auf das Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung hingewiesen. Deswegen will ich an dieser Stelle die Eltern bitten: Sprechen Sie mit Ihren Kindern über Hygiene- und Abstandsregeln, wenn sie wieder in die Schule gehen. Wir brauchen auch da Ihre Unterstützung. Wir brauchen Sie, damit wir das in der Schule gut umsetzen können. Wir leisten unsererseits unseren Beitrag dazu. Die Schulträger tun das auch. Deshalb auch an diese noch einmal ein ganz herzlicher Dank.

Mein Dank gilt auch den Hochschulen für die außerordentlich gute Kooperation in den letzten Wochen. Die Hochschulen haben es in einem Rekordtempo geschafft, zu Online-Hochschulen zu werden. Wer hätte das für möglich gehalten? Es ist unglaublich, was da geleistet worden ist, und zwar auch mit einer sehr guten Kooperation der Hochschulen untereinander. Da werden wirklich Maßstäbe gesetzt. Ich hoffe, dass wir dies in die weitere Zukunft mitnehmen werden. Ich stimme allen zu, die dies angesprochen haben. Wir müssen den Schub in der Digitalisierung, den wir jetzt erleben, nutzen, damit wir das in die Zukunft mitnehmen können.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir sind in Sachen Digitalisierung natürlich nicht gerade erst gestartet. Wir haben in den letzten drei Jahren sehr vieles auf den Weg gebracht, und auch von der Vorgängerregierung sind in dieser Beziehung erste Schritte gemacht worden. Wir müssen mehr tun. Ich bin froh, dass der Bund uns unterstützt, aber auch wir als Land müssen mehr investieren, damit am Ende jeder Schüler und jede Schülerin in der Lage ist, diese digitalen Angebote für sich gut zu nutzen, und zwar vollkommen unabhängig von der sozialen Herkunft. Das ist wichtig. Das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, und deshalb bin ich unendlich dankbar dafür, dass die Fraktionen hier gemeinsam ein Paket auf den Weg bringen, das uns dies ermöglicht. Das ist wirklich eine großartige Leistung.

(Ministerin Karin Prien)

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas anderes sagen: Diese Krise zeigt, wie bedeutend Schulen für unsere gesellschaftliche Entwicklung sind. Schulen sind natürlich Orte der Wissens- und Kompetenzvermittlung, aber sie sind so viel mehr. Ich glaube, das spüren nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler. Selbst mein 15-jähriger Sohn sagt mir: Mama, ich will so gern wieder in die Schule. - Ehrlich gesagt hätte ich mir das nicht träumen lassen. Ich glaube, das geht sehr vielen Eltern so. Daran merkt man: Schule als Lebens- und Lernort, Schule als sozialer Ort hat eine unglaublich große Bedeutung, nicht nur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Wenn diese Krise denn ein Gutes haben soll, dann ist es, dass die Wertschätzung für Schulen als Institution in unserer Gesellschaft wächst. Ich bin darüber sehr froh. Wenn wir es weiter schaffen, so solidarisch und verantwortungsbewusst Schule in Zeiten von Corona miteinander zu meistern, dann bin ich nicht bange. Dann wird uns das gelingen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich gestern an einer Schule vorbeikam, da habe ich gesehen, dass Lehrer ein Plakat angebracht haben. Darauf stand in großen Buchstaben: „Wir vermissen euch“. - Mir wurde dabei noch einmal richtig klar, wofür ich, wofür die AfD steht, nämlich für drei Ziele: Wir wollen, dass möglichst viele Schüler wieder in die Schulen kommen, nicht nur einzelne Klassen. Wir wollen, dass die Schüler wieder möglichst schnell zur Schule kommen und nicht teilweise erst kurz vor den Sommerferien, und wir wollen, dass Schüler möglichst oft wieder in die Schule kommen, nicht nur ein- bis zweimal in der Woche.

Eines ist klar: Kinder und Jugendliche gehören zu der Personengruppe, die zweifelsohne am stärksten von den Lockdown-Maßnahmen betroffen ist. Die anfängliche Freude über Schulausfall ist verflogen. Keine Schule zu haben, heißt, keine Freunde zu treffen, keine Lehrer zu haben, die sich kümmern,

keine Rückmeldungen über den eigenen Lernerfolg zu bekommen, keine Rituale zu haben, die den Tag einteilen. Damit verbunden ist: kein gemeinsames Chillen am Nachmittag, keine Spielplätze, keine Jugendfeuerwehr, keine Sportvereine. Den Frust darüber bekommen dann manchmal auch noch die Eltern ab, die sich kümmern, die trotz Homeoffice zu Hause den Ersatzlehrer spielen.

Immerhin, der Schulbetrieb läuft wieder an. Alle dafür notwendigen Maßnahmen und Gesetze finden weitgehend unsere Zustimmung. Der Wiedereinstieg verläuft nach allem, was ich gehört habe, gut und reibungslos, und das war auch abzusehen, denn es ist ja keine Zauberei, dass man einzelne Klassen auf Schulgebäude aufteilen und Unterricht räumlich und zeitlich entzerren kann, zumal es ja zulässig ist, mein Kollege sagte es bereits, den Samstag zu nutzen und auch die Nachmittage einzuplanen. Durch Schichtunterricht wie etwa nach dem Schweizer Modell wäre jedoch noch mehr Präsenzunterricht möglich gewesen als bislang. Das wird nicht realisiert. Auch deshalb fragen sich viele Eltern: Wie soll mein Kind eigentlich den ganzen Stoff nachholen?

Meine Damen und Herren, dabei geht es leider eben nicht damit los, wieder direkt in den Unterricht einzusteigen, denn für viele Schüler ist Schule regelrecht angstbesetzt. Es ist gut, dass sich unsere Lehrkräfte Zeit nehmen, hierauf einzugehen, um teils irrationale Ängste abzubauen. Als Politiker können wir den Schülern sagen: Eure Schule ist ein sicherer Ort. Ja, es gibt auch Kinder und Jugendliche, die sich infizieren, aber selbst in Italien und in New York sind die Fälle von ernsthaften Erkrankungen äußerst selten. Das Risiko, morgens auf dem Schulweg einen Verkehrsunfall zu erleiden, ist zweifelsohne sehr viel größer.

Wenn es darum geht, Ängsten zu begegnen, die unweigerlich aufkommen, wenn man Tag für Tag auch Bilder von Särgen oder Leichensäcken in anderen Ländern zu sehen bekommt, dann gehört - bei aller Tragik - auch zur Wahrheit: Bei uns beträgt das durchschnittliche Todesalter der COVID-Opfer - Sie wissen es - 81 Jahre. Das ist kein Schulalter.

Um auf die Frage zu antworten, ob Kinder nicht dennoch als Überträger des Virus fungieren, nur so viel: Bis heute existiert kein wissenschaftlicher Nachweis darüber, dass Schulen zur massenhaften Verbreitung von Coronaviren beitragen. Sie sind nicht mit Diskotheken zu vergleichen. Ganz im Gegenteil, es gibt sogar Studien, die belegen, dass sich Kinder bei Erwachsenen anstecken, weit weniger aber umgekehrt. Der Schweizer Kindervirologe

(Dr. Frank Brodehl)

Christoph Berger, immerhin Leiter der Züricher Universitätsinfektiologie, fordert, Eltern genau das vor dem Schulstart ihrer Kinder zu sagen. Das mache ich heute. Es ist mir wichtig, zu betonen, dass es noch andere Wissenschaftler gibt als Christian Drosten.

Eine einheitliche Meinung der Wissenschaft zu der Frage, wie wir mit der Pandemie umgehen, gibt es eben nicht. Aktuell kritisiert Herr Kekulé die Lockerungen als brandgefährlich, während zeitgleich die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene die sofortige Öffnung der Schulen und der Kitas fordert. Die Entscheidungen, die Politik also treffen muss, dürfen sich deshalb nicht einseitig auf die Urteile einzelner Wissenschaftler stützen.

Frau Ministerin Prien, vor einer Woche haben Sie uns Ihre Vorstellungen vorgestellt und diese auch begründet. Inzwischen gibt es aber neue Erkenntnisse aus anderen Staaten und aus anderen Bundesländern. Dies zwingt mich doch noch zu der Forderung: Wiedereinstieg in den Unterricht möglichst bald für möglichst viele Schüler und mit möglichst vielen Unterrichtsstunden. Es ist mehr möglich und notwendig als das, was die Landesregierung jetzt vorlegt. Behutsamkeit ist gut, aber Überbehütung ist fatal.

Ich wünsche mir, dass wir dieses Plakat mit der Aufschrift „Wir vermissen euch“ möglichst schnell wieder abhängen können, denn eines ist klar: Schule ist sicher. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Wenige Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind seit einigen Wochen in einer absoluten Ausnahmesituation: Schulen sind mit einem Betretungsverbot belegt worden. Eltern mussten sich von heute auf morgen ganz allein um die Betreuung ihrer Kinder und ihr Homeoffice kümmern. Die Hochschulen haben faktisch eine Zeit lang ihren regulären Lehrbetrieb eingestellt. Hätte man mir im Februar eine solche Situation skizziert, ich hätte das nicht glauben können. Ich hätte abgestritten, dass das in einer so freiheitlichen Gesellschaft wie der, in der wir leben, möglich ist. Ich glaube, dass es eine sehr außergewöhnliche Situation ist, in der wir

im Moment sind, aber auch noch über längere Zeit bleiben werden.

Ralf Stegner hat dies auch im Zusammenhang mit Freiheit und Gesellschaft gesagt. Wir führen im Moment bei uns im Bildungsausschuss auch eine Debatte zum Thema Vollverschleierung. Da gibt es den einen oder anderen neuen Gesichtspunkt, wobei Gesundheitsschutz natürlich immer schon diskutiert wurde. Aber man merkt, dass sich das eine oder andere einfach verschiebt. Wir müssen uns klar darüber sein, dass der Regelbetrieb in Kindergärten, Schulen und Hochschulen für längere Zeit so nicht stattfinden kann, auch wenn heute einige Lockerungsmaßnahmen durch die Landesregierung kundgetan wurden. Ich möchte noch einmal lobend erwähnen, wie vorsichtig wir dort vorgehen, aber trotzdem Freiheit zulassen.

Für unsere Gesellschaft wird auch es in den nächsten Wochen Einschränkungen, Umstellungen und Veränderungen geben. Karin Prien hat für die Schulen schon das eine oder andere dargestellt.

Ich bin auch allen Beteiligten dieses Systems dankbar, dass diese notwendigen Maßnahmen so positiv und mit viel Solidarität und Gemeinsinn begleitet wurden. Wenn ich in andere Bundesländer schaue, dann sehe ich, dass das nicht selbstverständlich ist. Das gilt für Schüler, für Eltern, für Schulleitung, für Schulträger, für Lehrkräfte und für die Hochschulen selbst. Ich will auch die Opposition, die hier durch die Scheiben ein wenig distanziert ist, aber nichtsdestotrotz in diesem Sinne Opposition, ausdrücklich hervorheben. Man hat in Schleswig-Holstein gemeinsam die Themen diskutiert, und ich glaube, das ist ein sehr guter Ansatz. Da gilt allen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW)

Wir bringen heute ein Artikelgesetz auf den Weg, um schnell mit notwendigen Gesetzesanpassungen zu reagieren und zu garantieren, dass die Schulabschlüsse dieses Jahr erreicht werden können. Dabei geht es übrigens - das geht manchmal unter - nicht nur um das Abitur, sondern auch um viele andere Schulabschlüsse, gerade auch um die berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass jeder wie zu Nichtcoronazeiten den Schulabschluss erreichen kann. Das sichern wir mit diesem Artikelgesetz.

Das Bildungsministerium hat bereits einen Stufenplan vorgestellt, wie wir langsam wieder die Schulen öffnen. Ich weiß, dass sich viele Eltern und mittlerweile auch immer mehr Schülerinnen und Schüler - Karin Prien hat ja ihren Sohn angeführt, auch der scheint auf einmal begeistert zu sein, zur

(Tobias von der Heide)

Schule gehen zu können - wünschen, dass die Schule endlich wieder losgeht.

Schule ist nämlich deutlich mehr als Unterricht. Es geht um die Strukturierung des Alltags für Kinder und Jugendliche, es geht um den sozialen Austausch mit Gleichaltrigen und Lehrkräften und natürlich auch die professionelle Rückmeldung über Lernfortschritte. Das sind alles Punkte, die vor Ort, in der Schule stattfinden und zu Hause viel schwieriger - das haben wir in den vergangenen Wochen erlebt - zu organisieren sind. Mein Eindruck ist auch, dass vielen Eltern noch bewusster geworden ist, was Lehrkräfte in Schule leisten. Für den einen oder anderen war es eine große Herausforderung, sein eigenes Kind oder vielleicht auch zwei Kinder zu Hause zu unterrichten oder zu begleiten. Jetzt muss man sich einmal vorstellen, was es bedeutet, wenn man 20 oder mehr Kinder hat. Damit wird auch ein Beitrag dazu geleistet - das haben wir hier ja oft diskutiert -, Respekt gegenüber dem Lehrerberuf deutlich zu machen. Das ist ein positiver Aspekt in der Debatte.

(Beifall)

Klar ist: Wir können nur langsam und immer mit der Berücksichtigung des aktuellen Infektionsgeschehens stufenweise Präsenzunterricht in den Schulen zulassen. Der Ministerpräsident hat es gesagt: Es ist nicht davon auszugehen, dass wir bis zu den Sommerferien Regelunterricht an unseren Schulen haben.

Besonders wichtig finde ich, dass wir einen Schwerpunkt auf lernschwache Schülerinnen und Schüler und auf diejenigen setzen, die wenig Unterstützung aus dem Elternhaus haben. Das ist ein ganz wichtiger Fokus der Chancengerechtigkeit. Denn das leistet Schule: Chancengerechtigkeit in Bildung. Wir wollen zum Beispiel mit Angeboten für Deutsch als Zweitsprache insbesondere Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, die derzeit wenig Kontakt mit Lehrern haben, die deutsche Sprache zu erlernen und das mit Lehrern zu üben. Das wollen wir in einem Schritt zu öffnen.

Wir wollen außerdem ein Konzept zur Nutzung der Sommerferien als „Sommer der Möglichkeiten“ auf den Weg bringen, mit dem wir für Kinder und Jugendliche mit außerschulischen Partnern Angebote schaffen, um Bildung in dieser Zeit möglich zu machen. Das ist gerade für die Einbeziehung von PerspektivSchulen ein Feld, aber nicht nur. Es soll flächendeckend stattfinden. Gerade diese Kinder brauchen dringend Unterstützung.

Ich finde es gut, dass wir uns gestern darauf einigen konnten, über den Nachtragshaushalt 5 Millionen € für dieses Programm zur Verfügung zu stellen. Das ist ein wichtiger Schritt, um Chancengerechtigkeit und Bildung möglich zu machen.

(Beifall)

Zum Thema Digitalisierung will ich kurz anreizen, dass die Krise auch Chancen bietet. Dazu gehört der Einsatz von digitalen Lernmitteln im Unterricht. Ich habe den Eindruck, dass der eine oder andere in Schule festgestellt hat - viel mehr, als es noch vor zwei, drei Monaten der Fall war -, wie sinnvoll und nützlich das sein kann. Das beobachte ich übrigens auch unter uns, wenn es um das Thema Videokonferenzen oder andere digitale Elemente geht; da gibt es große Fortschritte. Das gilt natürlich auch für Schule und Hochschule.

Nachdem wir in den letzten Jahren viel ausprobiert haben, ist es wichtig, zu einer Standardisierung zu kommen. Das haben wir mit den Mitteln des DigitalPakts immer vorgehabt. Wir müssen das jetzt beschleunigen und Standards einführen, wenn es um Lernmanagementsysteme geht, wenn es um Videokonferenzsysteme geht. Ich freue mich, dass wir die DigitalPakt-Mittel wahrscheinlich zügiger zur Verfügung stellen. Es wird um die Frage gehen, wie man mit digitalen Endgeräten umgeht - ausdrücklich, aber nicht nur. Wenn Schule zu Hause stattfinden soll, müssen wir natürlich sicherstellen, dass jeder Schüler Zugang - egal, was sein Hintergrund ist - zu digitalen Endgeräten hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Auch wir machen ein eigenes Landesprogramm dazu; Karin Prien hat das deutlich gemacht.

Schließen möchte ich mit einem Themenfeld, das oft untergeht. Das ist das Thema Forschung. Schleswig-Holstein hat zahlreiche Experten zu Virus- und Lungenerkrankungen, übrigens nicht nur am UKSH, sondern auch in vielen anderen Kliniken im Land; ich möchte insbesondere das Forschungszentrum Borstel hervorheben. Diese Einrichtungen erfassen bereits heute die dort durchgeführten Testungen und Krankheitsverläufe. Es ist wichtig, dass wir die hervorragenden Kompetenzen in Schleswig-Holstein nutzbar machen, auch für die Bundesebene, und uns nicht nur um die Auswirkungen der Pandemie kümmern - das tun wir sehr viel; wir reden über Wirtschaftsprogramme und anderes -, sondern auch die Ursache der Pandemie im Blickfeld haben. Wir haben entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir stellen zusätzliches Geld für Obduktionen zur Verfügung.

(Tobias von der Heide)

Beim Thema Schule lohnt es sich zu gucken, wie das Infektionsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen ist, was wir da erfahren können. Es lohnt sich, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Das liefert uns Erkenntnisse, was wir als Struktur, als Konzept auf den Weg bringen können, wenn wir Kindergärten öffnen wollen, wenn wir Schulen öffnen wollen, wenn wir Universitäten öffnen wollen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Tobias von der Heide [CDU]:

Ja, damit möchte ich auch schließen. - Wir sind, was die Pandemie angeht, sehr überrascht gewesen, aber ich glaube, wir haben einen strukturierten Weg gefunden, damit umzugehen. Mit dem heutigen Artikelgesetz und vielen Vorschlägen, die in den Anträgen enthalten sind, zeigen wir, wie wir selbstbewusst damit umgehen können. Schleswig-Holstein kann das. In diesem Sinne freue ich mich, wenn Sie die Anträge und das Artikelgesetz unterstützen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute werden wir eine ganze Reihe von Gesetzen und Anträgen auf den Weg bringen, die insgesamt dazu dienen sollen, dass wir alle gemeinsam gut durch diese Krise kommen. Die Krise betrifft uns alle. Öffentlich diskutieren wir viel über die Bundesliga, über Kaufprämien für Autos oder über Kredite. Wir haben es aber nicht nur - wie 2008/2009 - mit einer Wirtschaftskrise zu tun, sondern Corona betrifft vor allem das Soziale.

Eine so lange Schließung von Schulen und Kitas nötigt Familien fast Übermenschliches ab. Arbeit im Homeoffice klingt theoretisch ganz nett, aber - ganz ehrlich - mir geht es ähnlich wie vielen von Ihnen wohl auch. Mit zwei Jungs zu Hause, die nicht auf den Sportplatz gehen dürfen, wird das irgendwann sehr anstrengend.

Es ist auch eine sehr große Herausforderung insbesondere für die Menschen in Pflegeheimen, in Kitas, in der Jugendhilfe, die aktuell unter schwierigsten

Bedingungen einen richtig guten Job machen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle meinen Dank an die Familien, die Pflegerinnen und Pfleger, die Erzieherinnen und Erzieher und alle anderen, die gerade über sich hinauswachsen, aussprechen: Ihr seid der soziale Kitt der Gesellschaft, ihr haltet uns in dieser Krise zusammen. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Es gehört zum guten Ton in diesem Hause, sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien zu bedanken. Ich möchte das heute einmal ausdrücklich tun, denn gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien machen ihre Arbeit nicht in der Öffentlichkeit und erhalten daher auch nicht die Anerkennung, die ihnen tatsächlich gebührt. Auch Ihnen vielen herzlichen Dank dafür, was Sie hier gerade leisten!

(Beifall)

Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion aber auch bei den Anzuhörenden bedanken, die ohne Murren und Knurren die enorm verkürzte Anhörungsfrist zum Artikelgesetz mitgetragen und uns wertvolle Stellungnahmen geschickt haben. Uns allen ist klar: Ungewöhnliche Zeiten machen dies erforderlich.

Verehrte Damen und Herren, ich werde nicht im Detail auf alle Änderungen eingehen können, deswegen erlauben Sie mir eine Priorisierung. Den Schülerinnen und Schülern, die sich in diesem Jahr auf eine Abschlussprüfung vorbereiten, haben wir es nicht ganz einfach gemacht. Den ein oder anderen unabgestimmten Vorstoß der Bildungsministerin hätte es aus meiner Sicht nicht gebraucht, dennoch ist es am Ende doch gut gegangen. Es war wichtig, dass wir von vornherein klargemacht haben, dass das Jahr 2020 kein verlorenes Schuljahr sein darf. Der Erste Schulabschluss, der Mittlere Schulabschluss sowie das Abitur werden auch in diesem Jahr regulär erworben.

Glauben Sie mir: Ich habe einen, der nächste Woche seine MSA-Prüfung schreibt. Wir hatten zu Hause kontroverse Diskussionen, aber auch ihm habe ich klargemacht: Wir bleiben dabei, und es ist richtig, dass die Prüfungen durchgeführt werden.

(Beifall SPD)

Möglich machen die Prüfungen die Schulleitungen und Lehrkräfte, die sich mit Kreativität und grandiosem Einsatz um die Schülerinnen und Schüler sowie deren Sicherheit kümmern. Für uns ist wichtig, dass es keine Probleme bei der gegenseitigen Aner-

(Serpil Midyatli)

kennung der Abschlüsse gibt. Der jetzt beschrittene Weg stellt das sicher.

Dennoch müssen wir eine Antwort auf die besonders schwierige Situation geben. Deswegen bleibt es weiter unsere Forderung, dass es bei der Benotung einen Nachteilsausgleich geben muss. Die Bedingungen zu Hause - darauf sind Sie schon eingegangen - in Bezug auf Unterstützung der Eltern und die technische Ausstattung sind sehr unterschiedlich. Niemand darf um seine Lebenschancen gebracht werden, weil er zu Hause nicht die nötige Unterstützung bekommt. Dafür brauchen wir den Nachteilsausgleich.

Das bedeutet nicht, dass wir irgendjemanden irgendwelche Abschlüsse oder bessere Noten hinterherwerfen wollen. Es soll nicht heißen, dass hier jemandem Abitur, MSA oder ESA geschenkt bekommen hat, nein, es geht hier nur um ein hohes Maß an Flexibilität für die Schulen.

Hohe Flexibilität - das ist wichtig und richtig - darf aber nicht heißen, dass die Schulen bei der Bewältigung der Krise alleingelassen werden. Sie brauchen rechtsfeste Richtlinien, was geht und was nicht. Lassen Sie mich hier eines deutlich sagen: Wenn Hygienepläne an mangelnder Versorgung mit Seife und Desinfektionsmitteln scheitern, macht der Schulträger seinen Job nicht richtig. Das muss behoben werden, und wenn nötig, gibt es die Unterstützung des Bildungsministeriums. Das hat unsere vollste Rückendeckung.

Es gab viel Kritik - ich muss so schnell reden, sonst schaffe ich meine Punkte nicht alle - daran, normalerweise schulfreie Tage für Prüfungen zu nutzen. Wir haben in der Anhörung festgestellt, dass insbesondere die beruflichen Schulen diese Tage gern nutzen wollen. Ich sage hier ganz deutlich: Wir wollen uns dem nicht versperren, aber die Beschäftigten, die Gewerkschaften, müssen hier eng eingebunden und gehört werden. Wir finden, dass sie dieses Recht zu recht einfordern. Viele Beschäftigte leisten aktuell sehr, sehr viel, und das verdient unsere Anerkennung.

Ich möchte jetzt nur noch einmal auf die Familien eingehen, die ich bereits zu Beginn meiner Rede genannt habe, meine Zeit reicht sonst nicht aus. Wir haben tatsächlich nicht alles regeln können, weder mit dem Artikelgesetz noch mit der stufenweisen Öffnung der Kitas. Wir wissen, dass viele Eltern immer noch in großer Not sind. Sie leisten sehr viel Gutes, und wir wollen ihnen nicht nur danken, sondern für uns geht es darum, für spürbare Entlastung für sie zu sorgen. Denn es ist ein schwerer Gang,

zwischen Gesundheitsschutz und frühkindlicher Bildung den richtigen Weg zu finden. Das wissen wir. Ich muss Ihnen auch als stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD sehr selbstkritisch ganz ehrlich sagen: Wenn mehr über tausend Bundesligaspieler gesprochen wird als über 3,7 Millionen Kita-Kinder, ist es uns bisher nicht vollständig gelungen, die Wichtigkeit dieses Themas in der öffentlichen Debatte zu verankern. Das stößt bei Familien auf großes Unverständnis, und zwar zu recht. Hier hat Bundesfamilienministerin Franziska Giffey unsere vollste Unterstützung, die weiter für mehr Perspektiven für die Familien kämpft.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Auch die auf den Weg gebrachte stufenweise Öffnung der Kitas bringt - wie gesagt - nicht für alle Eltern eine Lösung, denn denen, die wieder voll arbeiten müssen, hilft die offene Kita zurzeit nicht, wenn sie keinen Anspruch auf Notbetreuung haben. Daher ist es folgerichtig, dass auch für den dritten Kita-Monat, den Juni, die Beiträge entfallen. Ich freue mich sehr, dass wir uns dazu mit Jamaika sehr, sehr schnell und konstruktiv einigen und dies auf den Weg bringen konnten. Endlich sind auch die Hamburger-Rand-Kids in die Regelung aufgenommen, die in normalen Zeiten in Hamburg eine Krippe oder Kita besuchen.

Für uns als SPD bleibt aber die Forderung - das wird Sie nicht wundern -: Wir wollen, dass frühkindliche Bildung insgesamt beitragsfrei ist. Wir wünschen uns, dass die Kita-Gebühren in unserem schönen Bundesland ab 2020 endlich abgeschafft werden. Darüber kann man ja noch einmal abstimmen.

(Beifall SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass die Familien wieder stärker in den Fokus kommen und auch die Beschäftigten gehört werden.

Den letzten Punkt muss ich leider sehr knapp ausführen. Mit dem SodEG, dem sozialen Dienstleister - ich kürze das jetzt auch einmal ab -, hat der Bund mit den Landesministerinnen und Landesministern ein Gesetz auf den Weg gebracht, um für Menschen, die in der Pflege beschäftigt sind, die Pflegefachkräfte, aber auch in den Werkstätten, in denen Menschen mit Behinderung arbeiten, eine Richtlinie auf den Weg zu bringen, damit sie sicher und gut durch diese Zeit kommen. Denn sie sind diejenigen, die gerade auch besonders darunter leiden, dass vieles geschlossen ist.

(Serpil Midyatli)

Wir brauchen die sozialen Dienstleister nicht nur im Bereich Bildung - Schule oder Kita -, sondern insbesondere auch in diesem sozialen Bereich. Wir müssen unsere sozialen Dienstleister schützen und ihnen einen Weg aus der Krise aufzeigen. Hier sind aber die Kreise und kreisfreien Städte genauso gefragt. Wir wollen, dass die Menschen, die wirklich einen wahnsinnig guten Job machen, auch nach der Krise ihren Job machen können.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Serpil Midyatli [SPD]:

Mein allerletzter Satz: Wir haben nicht irgendeine Wirtschaftskrise; die Coronakrise betrifft alle Lebensbereiche. Es ist vor allem auch eine soziale Krise.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Mit dem Artikelgesetz versuchen wir, allen den Rücken zu stärken, die im Moment die sozialen Auswirkungen am meisten zu spüren bekommen. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, Katja Rathje-Hoffmann [CDU], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hat auch den Bildungsbereich durcheinandergewirbelt. Mit dem vorliegenden Gesetzspaket werden die notwendigen Anpassungen vorgenommen, sodass die Schülerinnen, Schüler und Studierenden möglichst wenig Nachteile haben. Durch die Schließung der Schulen mussten Lehrkräfte quasi von einem Tag auf den anderen auf das Lernen auf Distanz umschwenken. Das bedeutet eine völlig neue Art von Lernen. Die Lehrkräfte haben sich ins Zeug gelegt, damit das eigenständige Lernen zu Hause gelingt.

Neben den Arbeitsaufträgen, die per Kopien an die Schülerinnen und Schüler gehen, gibt es Lehrkräfte, die eigene Videos machen, um Themen zu erklären, es finden Videokonferenzen statt, es wird gechattet,

oder es werden digital Materialien verteilt und auch von den Schülerinnen und Schülern bearbeitet.

Vielen Dank an die Lehrkräfte, die sogar teilweise die Osterferien durchgearbeitet haben, um ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen.

(Beifall)

Gleiches gilt für die Hochschulen und die Dozentinnen und Dozenten dort, die sich schnell und ziemlich geräuschlos auf digitale Lehre umgestellt haben.

Das Lernen auf Distanz zeigt aber auch, dass wir bei der Digitalisierung noch deutlichen Nachholbedarf haben. Nicht alle Lehrkräfte sind firm in digitalem Lernen, nicht alle Schulen haben eine gute digitale Infrastruktur.

Außerdem hat nicht jedes Kind einen eigenen Laptop oder ein Tablet, einigen fehlt zu Hause auch eine stabile Internetverbindung. Da droht die Bildungsgerechtigkeit auf der Strecke zu bleiben, und das müssen wir unbedingt verhindern.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bis zu den Sommerferien wird der Präsenzunterricht an den Schulen auf Sparflamme laufen müssen. Aufgrund der unterschiedlichen Lern- und Arbeitsbedingungen zu Hause werden einige Schülerinnen und Schüler deshalb mehr Unterstützung benötigen, um nach den Sommerferien den Anschluss nicht zu verpassen.

Wir werden deshalb über den Nachtragshaushalt 5 Millionen € zur Verfügung stellen, um in den Ferien Angebote für diese Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. In unserem Jamaika-Antrag bitten wir das Bildungsministerium, jetzt gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren ein Konzept dazu zu entwickeln.

Wichtig ist dabei ein ganzheitlicher Blick auf Bildung. Es können Theater- und Musikworkshops, Filmprojekte, Radtouren in die Umgebung, Sportangebote im Freien, Sprach-, Koch- und Kunstkurse und vieles mehr sein, alles in festen Gruppen; auf freiwilliger Basis können sich natürlich auch Lehrkräfte beteiligen. Endlich wieder Aktivitäten gemeinsam mit Schulkameradinnen und Schulkameraden! Ich freue mich, dass die Resonanz auf diese Idee gut ist. Diese Sommerangebote liegen uns Grünen besonders am Herzen, und wir sind froh, dass auch unsere Koalitionspartner das unterstützen.

(Ines Strehlau)

Für das Lernen auf Distanz ist es notwendig, dass alle Schülerinnen und Schüler über Laptop oder Tablet verfügen. Es ist richtig, dass die Bundesregierung Geld für die Anschaffung von Laptops zur Verfügung stellt, aber das Geld reicht nicht. Deshalb ist es eine sehr gute Entscheidung, mit dem Nachtragshaushalt 15 Millionen € zur Förderung des digitalen Lernens zur Verfügung zu stellen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hiermit wollen wir die Schulträger unterstützen, Leihgeräte anzuschaffen. Es ist gut, dass das Bildungsministerium dabei ist, gemeinsam mit den Schulträgern schnelle Wege der Beschaffung auszuloten.

Vor den Osterferien wurde klar, dass die Abschlussprüfungen trotz Ausnahmezustand wegen Corona stattfinden. Trotzdem gibt es Veränderungen, die gesetzlich verankert werden müssen. Wir hoffen alle, dass die Prüfungen nun wie geplant stattfinden können. Dennoch ist es richtig, dass die Landesregierung auch den Fall einer Steigerung der Infektionszahlen und die dann notwendige Absage der Abschlussprüfungen ins Gesetz aufgenommen hat. So besteht für alle Fälle Rechtssicherheit.

Im Vorfeld der Abschlussprüfungen gab es ja deutliche Wünsche, alle abzusagen und die Durchschnittsnoten als Abschlussnoten zu werten. Dafür hatten wir Grüne durchaus Sympathie, aber das war mit den anderen Ländern leider nicht zu machen. Umso mehr finde ich es klasse, dass die Schülerinnen und Schüler die Herausforderung trotz schwieriger Situationen in einigen Familien angenommen haben. Die Abiturprüfungen sind bisher ohne Probleme verlaufen, und ich gehe davon aus, dass das auch bei ESA und MSA so sein wird.

Die Gesetzesänderungen für den Schul- und auch den Hochschulbereich berücksichtigen ganz klar die besondere Situation der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden. So wird zum Beispiel das Sommersemester 2020 nicht als Fachsemester für hochschulrechtliche Regelungen, die an die Regelstudienzeit anknüpfen, gewertet, und der Zugang zu einem Master-Studium kann auch dann gewährt werden, wenn der Erste Hochschulabschluss wegen des Fehlens einzelner Prüfungsleistungen noch nicht vorliegt.

Lernleistungen von Schülerinnen und Schülern in der Zeit vor den Osterferien wurden nicht bewertet. Bis zu den Sommerferien gibt es jetzt nur eine Bewertung, wenn sie zugunsten der Schülerinnen und Schülern ausfallen. Es gibt die Möglichkeit, münd-

liche Prüfungen als Videokonferenz durchzuführen. Bei der Notengebung wird immer die besondere aktuelle Situation einbezogen.

Liebe Serpil, das ist doch der Nachteilsausgleich, den ihr haben wollt. Ich finde es richtig, dass die Gesetzgebung den Geist atmet, die Schülerin und den Schüler ins Zentrum zu stellen und ihnen möglichst gute Chancen zu ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es sind verschiedene Szenarien für das Erreichen der Abschlüsse auch an beruflichen Schulen verankert. Zum Beispiel können die Praxisphasen verkürzt werden. Das ist wichtig für die Prüfung der Erzieherinnen und Erzieher, die ja gerade kein Praktikum an der Kita machen können. Gleiches gilt für die Staatsexamensprüfungen der Lehramtsreferendarinnen und Lehramtsreferendare, die ihre Prüfungen auch nicht so wie geplant ablegen können.

Die Reform des Kita-Gesetzes letztes Jahr war ein großer Aufwand für alle Beteiligten. Trotzdem ist es richtig, das Inkrafttreten einiger Regelungen um ein halbes Jahr zu verschieben, um die Kommunen in der aktuellen Situation nicht zu überfordern. Auch dies regelt das Artikelgesetz.

Maßnahmen, die die Eltern entlasten, wie beispielsweise die Deckelung der Elternbeiträge oder die landesweit einheitliche Regelung zur Geschwisterermäßigung, greifen aber - wie geplant - zum 1. August. Das finden wir wichtig.

Diese Änderungen beim Kita-Gesetz, aber auch die Änderungen im Schul- und Hochschulgesetz und in den Sozialgesetzen sind in kürzester Zeit angepasst worden. Vielen Dank auch von uns an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, die unter enormem Zeitdruck wirklich gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall)

Unter den Herausforderungen der Coronasituation leiden neben den bereits genannten Gruppen weitere. Dazu gehören ganz besonders die Pflegebedürftigen und die Pflegenden. Deshalb haben wir Grüne uns für einen Pflegebonus starkgemacht und stellen dafür Landesgeld bereit. Damit der Bonus auch bei den Pflegekräften ankommt, brauchen wir deren Daten. Auch das regeln wir mit dem Artikelgesetz, natürlich datenschutzkonform.

Last, but not least - man kann es nicht häufig genug sagen -: Corona ist lebensgefährlich. Menschen

(Ines Strehlau)

sterben daran. Damit dies nicht völlig umsonst gewesen ist, wollen wir, müssen wir von den Toten lernen. Das UKSH wird die Coronaverstorbenen obduzieren. Das Land stellt Mittel dafür bereit. So können wir erkennen, was diese Krankheit anrichtet, und am Ende daraus Schlüsse für die Behandlung und Prävention ziehen - für die Gesellschaft, für uns alle.

Natürlich werden auch hier die Persönlichkeitsrechte der Verstorbenen gewahrt und die Einwilligung der Angehörigen eingeholt. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Coronakrise hat uns alle mehr oder weniger unvorbereitet getroffen; das gilt für die Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch für uns in der Politik und für die Landesregierung. Wenn wir ehrlich sind, hat sich Anfang Februar, zu Beginn des Jahres wohl kaum jemand vorstellen können, dass im April aus Gesundheitsschutzgründen weltweit ganze Länder umfassend stillgelegt werden müssen. Dies hatte und hat für die allermeisten Menschen im Land gravierende Konsequenzen, bei denen wir seit Wochen nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, sie für die Menschen im Land abzumildern, bei denen wir immer wieder Entscheidungen nach den Grundsätzen der Angemessenheit, der Verhältnismäßigkeit und der Gleichheit mit dem hohen Schutz der Gesundheit des Einzelnen abwägen müssen. Auch das Recht auf Bildung gehört dazu.

Ein Teil dieser Anstrengung sind die vorliegenden Anträge und insbesondere das Artikelgesetz, welches in den letzten Tagen in intensiven Debatten zustande gekommen ist und besonders für die Schulen, Hochschulen und die Sozialbereiche mit Kinderbetreuung und Pflegeeinrichtungen die größten Härten im Zusammenhang mit der Krise zu minimieren versucht.

Bevor ich zum Inhalt komme, möchte auch ich mich im Namen meiner Fraktion bei denjenigen bedanken, die daran mitgewirkt haben. Zu der Kurzfristigkeit und dem Umfang bei der Ausarbeitung kamen die vielen unterschiedlichen Stellungnah-

men, die alle berücksichtigt werden wollten. Daher vielen Dank an Sie alle!

(Beifall)

Ich möchte aber auch Verständnis für alle Leidtragenden in der jetzigen Situation äußern. Besonders hart scheint es die Familien getroffen zu haben. Ich möchte gar nicht abwägen, wer stärker betroffen ist. Corona betrifft uns alle in allen Lebenslagen.

Meine Damen und Herren, für die Familien veränderte sich von einem Tag auf den anderen der gesamte Alltag gravierend. Es fiel der Unterricht für die Kinder aus, gleichzeitig die Betreuungsmöglichkeiten in den Schulen und Kitas, soziale Kontakte reduzierten sich auf das engste familiäre Umfeld. Das Spannungsfeld aus erschwerter oder nicht mehr möglicher Berufstätigkeit, gepaart mit der Sorge, den Arbeitsplatz dauerhaft zu verlieren, die Sorge um die Gesundheit von Angehörigen sind das eine, das andere sind die Belastung vieler Familien mit Kurzarbeit, die Organisation des familiären Haushalts und die Rundumbetreuung einschließlich schulischer Aufsicht der eigenen Kinder zu Hause, die sich sicher nicht jeder vorstellen kann. Mir bleibt an dieser Stelle auch im Namen meiner Fraktion, allen Müttern und Vätern dafür zu danken, dass sie diesen Kraftakt stemmen und dabei geduldig geblieben sind.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen für die nächste Zeit weiterhin die Kraft, damit wir gemeinsam in den kommenden Tagen erfolgreich weitere Schritte in Richtung Normalität gehen können.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Das Coronavirus ist nach wie vor da, und es ist nach wie vor lebensbedrohlich.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Artikelgesetz. Zunächst wollen wir damit erreichen, dass die Bereiche Schule, Hochschule, Kita und Soziales in der Krise so geregelt werden können, dass den Betroffenen so wenig Nachteile wie möglich aus der aktuellen Krise erwachsen. Ich möchte ganz deutlich sagen: Mit dem Artikelgesetz geht es nicht darum, eine „neue Normalität“ zu schaffen, es geht auch nicht darum, etwas durchzusetzen, was wir uns an anderer Stelle vielleicht nicht gewagt hätten. Es geht darum, Hilfen zu geben.

Ich möchte ganz besonders die Bereiche Kita, Kinderbetreuung herausheben. Wir haben dort mit sehr hohen finanziellen Mitteln geholfen. An der Stelle

(Anita Klahn)

danke ich Monika Heinold, dass Sie uns dabei geholfen hat, das Geld zu finden und zur Verfügung zu stellen.

(Zurufe)

Es ist wichtig, dass wir Regelungen gefunden haben, den Elterndeckel ab August beizubehalten, die Umsetzung der Kita-Reform in Gänze aber nach hinten zu schieben, weil die Beratungen und notwendigen Beschlussfassungen in den Kommunen derzeit nicht stattfinden können. Es ist ein ganz wichtiges Signal an die Eltern gewesen, die die Betreuungseinrichtungen nicht nutzen konnten, dass sie die Kita-Beiträge nicht zahlen müssen. Ich freue mich, dass wir auch für die Randzeitenangebote eine Lösung gefunden haben.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Ebenso ist klar, dass das Artikelgesetz bei Bedarf eine Überarbeitung brauchen wird, vor allem wenn sich die Lage in der Coronakrise wieder verschärfen sollte. In enger Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium und den regionalen Gesundheitsämtern werden wir in regelmäßigen Abständen die Maßnahmen auf ihre Durchführbarkeit, aber auch auf die Verhältnismäßigkeit hin überprüfen. Vor allem sind auch immer wieder regionale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Was regeln wir also im Kern? - Ein wesentlicher Teil sind die Bedingungen für die Abschlussprüfungen der Corona-Jahrgänge. Die von den Schulen erfolgreich organisierten Abiturprüfungen haben gezeigt, dass es die richtige Entscheidung war, an der Durchführung dieser Prüfungen festzuhalten, um den jungen Menschen nicht die Chance für die Zeit nach der Krise zu verbauen. Es ging darum, ein Coronaabitur zu vermeiden, das allein aus Vornoten und Ersatzleistungen zusammengebastelt worden wäre. Auch die Abschlüsse ESA und MSA werden erfolgreich durchgeführt werden.

Das Gesetz schafft als Unterstützung dafür die rechtlichen Voraussetzungen, indem wir die Flexibilität bei der Anerkennung und Bewertung von mündlichen und schriftlichen Prüfungsleistungen ausweiten und unnötige Härten vermeiden. Ich vertraue auf die Lehrerschaft, dass sie in dieser Phase ihre Schülerinnen und Schüler motivierend unterstützen wird.

(Beifall FDP)

Es ist mir wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass mit diesem Gesetz vorbeugend Regularien geschaffen werden, falls sich das Infektionsgeschehen deutlich negativ verändert. Grundsätzlich hof-

fen wir aber, dass im Bildungsbereich nicht alle Möglichkeiten angewendet werden müssen. Es ist auch richtig, dass Studierende sowie die Jugendlichen, die sich in der beruflich schulischen Ausbildung befinden, bedacht werden. Nicht nur die Ausweitung der BAföG-Leistungen ist in Hinsicht auf die finanziellen Einbußen dieser Gruppen geboten. Die Krise bietet uns auch die Chance, über flexiblere Rahmenbedingungen nachzudenken, die Digitalisierung bei der Lehre an den Hochschulen stärker als bisher zu nutzen und auszubauen.

Auch die Regelungen für Notbetreuung und Ersatzleistungen für ausgefallene Betreuungszeiten sind ein wichtiger Bestandteil des Gesetzentwurfs, um Eltern nicht weiter zu belasten.

Ziel muss es aber sein, die längerfristigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Betrieb an den Schulen, Hochschulen und Kitas Stück für Stück wieder hochfahren zu können und sich der Normalität zu nähern. Es ist nicht geholfen, wenn wir über Vorschläge diskutieren, Abschlussprüfungen für alle wegfallen zu lassen und automatische Klassenversetzungen ohne Prüfungen einzuführen. Noch einschneidender - auch das wurde vorgeschlagen - wäre gewesen, das ganze Schuljahr einfach abzusa-

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Es muss darum gehen, dass wir uns verantwortungsvoll an den Regelbetrieb herantasten und dafür mit den Beteiligten Lösungen finden. Dieses wurde in den Stellungnahmen von einigen deutlich eingefordert. Auch ist klar: Für die Akzeptanz der Bevölkerung für die Maßnahmen ist es unerlässlich, dass wir eine konkrete Perspektive aufzeigen. Die Menschen im Land müssen wissen, wann sie wieder regelmäßig Geld verdienen können, wann ihre Kinder wieder betreut werden und zur Schule gehen können, und wann sie wieder Freunde und Familie besuchen können.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Ja, komme ich gerne. - Wir müssen uns ehrlich mit der Gefahr dieser Infektion auseinandersetzen, denn davon wird abhängen, wie die Gesellschaft mit den bisherigen Einschränkungen zurechtkommen wird. Wir müssen Regelungen finden, wie wir danach, in

(Anita Klahn)

Zukunft, mit allem umgehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede anfangen - dieser Tagesordnungspunkt ist ja ein Sammelsurium von vielen Anträgen, das größte Thema darin ist das Artikelgesetz und dort die Bildungsdebatte und Hochschuldebatte -: Ein ganz großes und herzliches Dankeschön an all die Menschen, die etwas mit Bildung zu tun haben, die etwas mit Betreuung in diesem Land zu tun haben, die in unseren Krankenhäusern arbeiten. - Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie in dieser besonderen Zeit ganz schnell andere Wege gegangen sind, damit wir das hier gemeinsam durchstehen können.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Notwendigkeit dieses Gesetzes ist offensichtlich gegeben, und auch, dass es schnell gehen musste - so schnell, dass es wohl wirklich eine demokratische Herausforderung für alle Beteiligten war. Ich will hier gar keine Aufzählung starten, Ihnen allen aber für die gute, wenn auch anstrengende Zusammenarbeit danken. Ich denke, dass es doch einige wertvolle Anregungen gegeben hat.

Beginnen wir mit den Schulen. Auch wenn ich vielleicht nicht immer mit allem bis ins Detail einverstanden bin, ist es doch erleichternd, dass es jetzt für alle Klarheit in Prüfungsabläufen und bei Ersatzleistungen herrscht, soweit es eben geht.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein erheblicher Teil der Abschlussprüfungen kann durchgeführt werden. Das ist gut so - nicht weil ich finde, dass jede Prüfung unbedingt so wie sonst auch stattfinden muss, sondern weil es den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gibt, sich geplant vorzubereiten. Deswegen finde ich es auch wichtig, dass das Land unseren Schulen möglichst klare Vorgaben macht. Es sollte nicht passieren, dass Schülerinnen und Schüler an Schulen in Situationen kommen, in denen sie

keinen Mindestabstand einhalten können oder es kein Hygienekonzept gibt.

Die Mittel für digitale Endgeräte im Homeschooling müssen jetzt schnell fließen. Das für Familien mit mehreren Kindern, die sich zurzeit noch die Endgeräte teilen müssen, oder für Familien, die noch über gar kein Endgerät verfügen, wirklich wichtig. Außerdem ist gut, dass die Eltern in Schleswig-Holstein nicht nur ihre Kita-Gebühren, sondern auch die Gebühren für schulische Betreuungsangebote zurück erhalten. Die Beitragsfreistellung ist eine direkt merkbare, unbürokratische Hilfe, die sofort bei den Eltern ankommt. Deswegen war es für uns vollkommen klar, dass wir dem zustimmen - gerne auch der Ausweitung auf drei Monate.

Lobend möchte ich hervorheben, dass die Beitragsfreistellung und die damit verbundenen Mittel automatisch auf die dänischen Schulen, auf die Schulen in freier Trägerschaft und Träger wie SDU ausgeweitet wurden. Das hat uns wirklich gefreut.

Nun werden unter diesem Tagesordnungspunkt noch weitere Anträge behandelt. Deswegen springe ich ein bisschen in den Themen. Das lässt sich nicht vermeiden.

Es ist uns ein Anliegen, dass intensiv weiter am Coronavirus geforscht wird: am Ursprung, an der Verbreitung, an Krankheitsverläufen und an Folgeschäden. Dazu gehört auch, Menschen nach dem Tod zu untersuchen. Dies ist nötig, um die richtigen wissenschaftlichen Konsequenzen aus der Frage der Krankheitsverläufe zu ziehen. Der SSW ist der Auffassung, dass das über das Infektionsschutzgesetz bereits geschieht. Bundesweit war das eher ein Streit zwischen Vereinigungen der Rechtsmedizin und dem Robert-Koch-Institut. Die einen gingen davon aus, es komme maßgeblich darauf an zu untersuchen, inwieweit die inneren Organe von der Infektion betroffen waren, um auch andere Risikofaktoren besser ausmachen zu können. Die anderen sagten, dass innere Leichenschauen und Autopsien als aerosolproduzierende Maßnahmen unbedingt vermieden werden sollten. Personen, die an Corona gestorben sind, so die Aussage, könnten gleichermaßen gezählt werden wie Personen, die mit Corona gestorben sind. Es reiche eigentlich schon aus, die Patientendaten mit den Vorerkrankungen abzugleichen.

Nun hat das RKI seine Haltung korrigiert, und das schleswig-holsteinische Gesundheitsministerium befürwortet die Obduktion von COVID-19-Todesopfern. So viel wissen wir. Wir wissen auch, dass es

(Jette Waldinger-Thiering)

natürlich bereits gesetzliche Vorschriften für Obduktionen gibt, nach denen Ärztinnen und Ärzte handeln, und dass es auch für gesonderte Fälle Regelungen gibt. Deswegen werden wir dem Alternativantrag der Koalition zustimmen und den AfD-Antrag natürlich ablehnen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Was steht denn da drin?)

Damit möchte ich gern zum BAföG-Antrag der Koalition kommen. Es ist wichtig, dass die Landesregierung die Studierenden und Auszubildenden nicht aus dem Blick verliert. Ich finde, sie brauchen jetzt mehr Aufmerksamkeit, denn leider muss man ja sagen, dass der Drops erst einmal gelutscht ist: Im Bund ist die Entscheidung gefallen. Schwarz-Rot gewährt den Studierenden zinslose Darlehen. Es war eine lange Debatte, die SPD konnte sich am Ende nicht gegen Bildungsministerin Karliczek durchsetzen.

Also kommt es nicht zu einer Ausweitung des BAföGs, wie wir es gemeinsam mit unserer Jugendorganisation bevorzugt hätten. Stattdessen soll es maximal 650 € im Monat pro antragstellender Person bis einschließlich März 2021 geben. Kurioserweise wird dies aus nicht abgerufenen BAföG-Mitteln finanziert. Ab Freitag können Studierende diese Mittel beantragen - jedenfalls Studierende mit deutschem Pass. Ausländische Studierende müssen bis zum 1. Juni 2020 mit der Antragstellung warten.

Zu dem Zeitpunkt laufen alle coronabedingten Einschränkungen und damit einhergehenden Härten aber schon seit drei Monaten. Genau darum braucht es die Hilfe vonseiten des Landes. Wir als Fraktion unterstützen daher die im Antrag formulierten Vorhaben. Das heißt aber nicht, dass alles gut ist: Wir werden sehen müssen, ob die bereitgestellten Mittel im Härtefallfonds ausreichen und vor allem auch, an welchen Stellen Studierende gegebenenfalls durch das Raster fallen. Ich rede nicht nur von Geld, ich denke auch an Studierende mit Kind, Studierende mit Vorerkrankungen oder psychischen Beeinträchtigungen und schließlich daran, wie die Barrierefreiheit in der digitalen Lehre umgesetzt wird.

Dieses Gesetz ist ein Strauß an Maßnahmen, von denen ich nur einige angesprochen habe. Mit diesem Gesetz sind nicht alle Fragestellungen endgültig beantwortet. Das Schuljahr 2020/2021 muss in den nächsten Überlegungen geplant und mitgedacht werden. Einschulung, Klassenfahrten, Fortsetzung von Homeschooling sind nur einige Themen. Der SSW wird sich an allen weiteren Maßnahmen kon-

struktiv beteiligen, damit wir als Gesellschaft gemeinsam gut durch diese besondere Zeit kommen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer im Zeichen des Coronainfektionsgeschehens handlungssicher sein will, muss mehr über das Coronavirus wissen. Das ist eine Binsenweisheit, die nicht erst seit SARS-CoV-2 gilt, sondern es ist eine weltweit geübte Praxis, dass bei Virusausbrüchen Krankheitsverläufe und auch Todesfälle durch Pathologen und Virologen zu untersuchen sind. Darüber besteht - ich bin froh, das zu hören - Konsens.

Wir reden also über Obduktionen bei Coronatodesfällen. Soweit es Schleswig-Holstein betrifft, reden wir aktuell von 120 Todesfällen, bei denen diese angezeigt gewesen wären. Die wenigen bisher im UKSH und im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster durchgeführten Obduktionen haben bereits wertvolle medizinische Erkenntnisse erbracht, die insbesondere für die Behandlung neuer COVID-19-Patienten von größtem Nutzen sind. Es sind aber zu wenige Obduktionen, denn anders als zum Beispiel in Hamburg, wo alle Coronatodesfälle mit entsprechend großem Erkenntnisgewinn obduziert werden, geschieht dies in Schleswig-Holstein leider nur vereinzelt.

Unser Bestattungsgesetz sieht eine innere Leichenschau - also eine Obduktion - auch zum Zwecke der Erforschung aus epidemiologischen Gründen vor. Hierzu ist allerdings das Einverständnis der Angehörigen erforderlich. Das ist schon aus Gründen der Pietät richtig so. Ist dieses aber nicht zu erzielen, müssen wir, wenn wir es mit dem Wunsch nach mehr Wissen ernst meinen, einen anderen Weg gehen. Hier setzt unser Antrag an. Das Infektionsschutzgesetz eröffnet den Kreisgesundheitsbehörden tatsächlich die Möglichkeit, aus eben diesen Gründen Obduktionen anzuordnen. Wir wollen daher erwirken, dass das Land eine klare Handlungsempfehlung zur vermehrten Durchführung von Obduktionen ausspricht.

(Claus Schaffer)

Wichtig ist uns dabei, dass es natürlich mit den Hinterbliebenen ein ausführliches Aufklärungsgespräch gibt. So soll das Einverständnis zur Durchführung einer Obduktion eingeholt werden, damit von der gesetzlich bestehenden Anordnungsbefugnis möglichst kein Gebrauch gemacht werden muss. Die Ergebnisse sollen an die zentrale Coronadatenbank der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und an die EU-Datenplattform COVID19 übermittelt werden - selbstverständlich unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten und Datenschutzaspekten.

Ich sehe, der Alternativantrag und die finanziellen Mittel, die jetzt eingestellt werden sollen, sind im Wesentlichen deckungsgleich mit dem, was wir wollen.

(Beifall AfD)

Es gibt nur einige wenige Unterschiede: Sie wollen weiterhin auf die Freiwilligkeit bauen. Wir sagen: Ja, das ist grundsätzlich der richtige Weg, das hätten wir aber schon vorher haben können. Wir möchten, dass außerdem, wenn es erforderlich ist und das pflichtgemäße Ermessen es den Behörden ermöglicht, nach dem Infektionsschutzgesetz notfalls auch die Anordnung erfolgt. Insofern greift Ihr Alternativantrag unseren Antrag nahezu deckungsgleich auf. Er springt dann aber doch leider zu kurz. Ich werbe daher für Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden uns aber auch dem jamaikanischen Antrag nicht verschließen. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ein paar Worte zum Thema Pflegebonus sagen und mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Menschen bedanken, die sich draußen in den Pflegeheimen, in den ambulanten Pflegediensten und Krankenhäusern dafür eingesetzt haben, dass die Menschen gut durch diese Krise kommen, dass Erkrankte gepflegt und wieder gesund werden. Es ist unser aller Dank wert, und den möchte ich an dieser Stelle aussprechen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Jörg Nobis [AfD])

Wir wünschen uns, dass nicht nur, wie die Bundesregierung es vorsieht, die Altenpflegekräfte einen Bonus bekommen, sondern dass alle Pflegekräfte, die etwas mit COVID-19-Erkrankten zu tun haben, einen Pflegebonus bekommen.

(Zuruf SPD: Werden wir doch machen!)

- Dafür werden wir uns einsetzen, da brauche ich nicht diese Kommentare von dahinten, danke schön.

Das ist das eine. Ich möchte mich an dieser Stelle aber auch bei den Eltern bedanken, die so eine Geduld hatten mit den Schülerinnen und Schülern und den Kindergartenkindern. Es ist nicht einfach gewesen. Meine Schwiegertochter ist mit ihren Zwillingen zu Hause. Das ist nicht immer so witzig. Man ist hautnah dran und erlebt, wie es ist, wenn das System auf einmal nicht mehr das leistet, was es vorher geleistet hat.

Wir hatten so schön geplant, eine Kita-Reform auf den Weg zu bringen. Wir werden das auch machen, verschieben aber diese Reform wegen COVID-19. Es würde die Kommunen und Träger jetzt überfordern. Wir können aber den Eltern ein deutliches Signal senden, dass der Beitragsdeckel und die landesweite Sozialstaffel kommen und es eine Geschwisterermäßigung in allen Kreisen verpflichtend geben wird. Darauf wurde gewartet, und es ist gut, dass wir dies jetzt zum 1. August 2020 auf den Weg bringen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, Frau von Kalben.

Es ist auch wichtig, dass wir einen Mindestlohn für die Kindertagesbetreuung und die Personen, die dort arbeiten, einführen. Es ist für Eltern, aber auch für die Träger wichtig, dass wir die Kita-Datenbank endlich scharf schalten, damit man dort erfahren kann, wo Plätze frei sind. Die Träger sehen dort, wie die Prognose aussieht, und können dementsprechend planen.

Ich finde auch gut, dass es eine Zusage für die Unterbringung von Kindern an Nicht-Wohnort-Kindergärten gibt. Dies wird jetzt schon geregelt, damit die Eltern Planungssicherheit haben.

Es ist gut, dass bis Ende 2020 die alte Finanzlogik bestehen bleibt und in den Verwaltungen der Träger, der Gemeinden und der Kommunen nicht so viel umgestellt werden muss.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ich sehe schon, meine Redezeit ist zu Ende. - Ich freue mich für die Eltern, dass sie endlich Licht am Ende des Tunnels sehen, dass es aufwärtsgeht und dass wir mit der phasenweisen Öffnung der Betreuung weiter voranschreiten.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Deswegen sage ich Dankeschön - auch für die Geduld der Präsidentin.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel.

(Zurufe)

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie hatten dankenswerterweise im Bildungsausschuss bereits darüber berichtet, was die Hochschulen wirklich in kürzester Zeit geleistet haben: neue digitale Angebote, neue Plattformen, neue Angebote im künstlerisch-musischen Bereich. Das ist großartig, dafür möchte ich mich und dafür möchte meine Fraktion sich bei den Hochschulen im Land ausdrücklich bedanken.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viele Regelungen unterstützen wir, da sie den Hochschulen ermöglichen, flexibel auf die Situation einzugehen. Ich möchte aber doch betonen: Das muss auch weiterhin selbstverwaltet und autonom in den Hochschulen geschehen.

Die Pandemie hat aber auch gezeigt, wie groß der Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung an den Hochschulen ist. An bestimmten Tagen reicht zum Beispiel die Serverkapazität nicht. Auch verfügen nicht alle Studierenden über die Endgeräte oder

- das muss man hinzufügen - im ländlichen Raum über die Netzkapazitäten, die erforderlich wären, um an den entsprechenden Angeboten teilzunehmen. Auch die technische und personelle Infrastruktur ist an den Hochschulen auszubauen. Wie Kollege von der Heide hoffe ich, dass wir erkennen, dass auch an den und für die Hochschulen im Bereich Digitalisierung mehr gemacht werden muss.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir es gut und richtig finden, die interdisziplinäre Forschung auch in Schleswig-Holstein zum Thema Corona zu intensivieren. Das ist gut und richtig. Wir brauchen da mehr Wissen.

Ihr Antrag - wir springen hier in der Tat thematisch immer ein bisschen - zu BAföG-Nothilfe ist natürlich nicht falsch, er ist aber ein bisschen wenig ambitioniert und natürlich auch ein wenig überholt.

(Christopher Vogt [FDP]: Oh? Hallo? Was macht ihr Sozis eigentlich in der Bundesregierung den ganzen Tag? - Zuruf: Leute raus-schmeißen!)

- Halt halt, ganz ruhig.

(Zurufe SPD)

Sie haben es ja schon gehört: Wir wollen etwas anderes. Das will ich Ihnen noch einmal erklären.

Sie haben sicherlich zur Kenntnis genommen, dass es eine Einigung im Bund gibt, die sowohl die Nothilfe an die Studentenwerke in Höhe von 100 Millionen € als auch die Bereitstellung von 1 Milliarde € für die KfW-Studienkredite beinhaltet.

(Zuruf: Ja!)

Sie haben aber sicherlich auch zur Kenntnis genommen, dass die Forderung der SPD, die Unterstützung der Studierenden durch nicht rückzahlbare Zuschüsse über eine Erweiterung des BAföG zu realisieren, von der Bundesbildungsministerin und Teilen der CDU bis zuletzt abgelehnt worden ist.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Ich darf noch einmal daran erinnern, worüber wir reden: Nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

benötigen in Schleswig-Holstein ungefähr ein Drittel der Studierenden – plus/minus 24.000 - dringend einen bezahlten Nebenerwerb zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Ich bin sehr skeptisch, ob die bereitgestellten Mittel zur Unterstützung dieser Studierenden ausreichen werden. Diesen Studierenden

(Dr. Heiner Dunckel)

wäre in der Tat mit unbürokratisch gewährten Zuschüssen mehr geholfen als mit Krediten, die letztlich erst einmal nur Schulden sind. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Schaffer, Sie stellen sich hier hin und lassen sich dafür abfeiern, dass Sie einen Antrag zum Thema Obduktion eingereicht haben, der ähnlich dem Jamaika-Antrag ist. Die Ähnlichkeit wird wahrscheinlich daran liegen, dass Sie das in den Antrag geschrieben haben, was uns der Gesundheitsminister in der Telefonkonferenz des Sozialausschusses schon verkündet hatte, was die Pläne der Landesregierung sind.

(Serpil Midyatli [SPD]: Was? So arbeitet ihr?)

- Ja.

(Heiterkeit SPD)

Ihre Kollegen, die im Sozialausschuss dabei gewesen sind, haben das auch gehört - sagen wir es einmal so. Das dürfte Sie insofern nicht verwundern. Es kam nur ein bisschen zu spät, es wurde ja schon erklärt. Gut, dass wir das hier noch einmal thematisch aufbereiten können.

Noch ein Satz zum Pflegebonus, nachdem der Bund sich auf eine Teileinigung für die Altenpflege verständigt hat: Wir hatten schon befürchtet, dass es dort Lücken gibt. Es ist da ganz wichtig, dass wir als Land die entsprechenden Lücken schließen. Es ist ganz wichtig, dass nicht nur Pflegefachkräfte, sondern auch Pflegehelferinnen und Pflegehelfer davon profitieren. Das ist uns ganz wichtig, und dafür werden wir sorgen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2122. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer

dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/2132, und über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2165. Habe ich es richtig verstanden, dass wir in der Sache abstimmen?

(Zurufe: Ja!)

- Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD abstimmen, Drucksache 19/2132. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag Drucksache 19/2132 gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

(Zurufe Dr. Frank Brodehl [AfD] und Christopher Vogt [FDP])

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2165, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig so angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2152. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag Drucksache 19/2152 einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2153. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist der Antrag Drucksache 19/2153 einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 15:00 Uhr. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit.

(Unterbrechung 12:58 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 10, 34, 38, 46 und 48 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2112

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/2123

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2149 (neu)

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aussetzung des Anpassungsverfahrens gemäß § 28 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz) für die Jahre 2020 und 2021 sowie zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Anpassungsverfahrensaussetzungsgesetz 2020)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2125

c) Obdachlose und finanzschwache Menschen bei aktuellen Coronahilfen ausreichend berücksichtigen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2128

d) Coronamaßnahmen verantwortungsbewusst umsetzen - Einsparpotenziale sofort nutzen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2135

e) Bundeseinheitlicher Pflegebonus muss kommen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2147

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anfang 2020 - das ist noch gar nicht so lange her - war die Welt noch eine andere: Wirtschafts- und Steuerprognosen waren gut, hinter uns lag ein sehr erfolgreiches Jahr - Sie erinnern sich - mit einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 557 Millionen €. Wir hatten geplant, dieses Geld zu verwenden, um unsere IMPULS-Programme weiter zu füttern und um einen Nachtragshaushalt aufzustellen, um über die Verwendung zu beschließen.

Nur wenige Wochen später - als wir diesen 1. Nachtragshaushalt im März im Landtag verabschiedet haben -, hatte sich die Situation aufgrund der hereinbrechenden Coronapandemie bereits komplett verändert. Das Virus hatte uns voll im Griff, und es war absehbar, dass wir viel Geld brauchen werden, um die Folgen der Krise zu begrenzen.

Deshalb hat das Parlament mit dem 1. Nachtragshaushalt auf der einen Seite sinnvollerweise die Infrastrukturmaßnahmen auf den Weg gebracht und auf der anderen Seite 500 Millionen € als Coronasoforthilfe bereitgestellt. Es handelt sich um einen Sonderkredit, der mit Zweidrittelmehrheit im Landtag beschlossen werden muss, verbunden war das mit dem Beschluss, dass der Landtag im Sinne von Artikel 61 der Landesverfassung eine Notlage feststellt.

Heute - Anfang Mai - beraten wir nun bereits über einen 2. Nachtragshaushalt mit dem Ziel, die Summe des Notkredites auf 1 Milliarde € zu verdoppeln.

Wir helfen, wo geholfen werden muss. Wir helfen der Wirtschaft und dem Tourismus, einschließlich der Jugendherbergen; wir helfen der Kultur, dem Sport, der Bildung, den Sozialeinrichtungen, dem Studentenwerk, den Tierparks und den Umweltbildungseinrichtungen. Wir helfen Frauenfacheinrichtungen, und wir helfen unseren Kommunen, damit sie Eltern von Kita- und Schulbetreuungsbeiträgen freistellen können. Wir helfen auch in Fällen von sozialer Härte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Hinzu kommen Ausgaben für unser Gesundheitssystem. Wir stellen Mittel für medizinische Geräte, für Schutzausrüstung, für Krankenhausinvestitionen, für die Verdoppelung der Intensivkapazitäten am UKSH und für unsere Reha-Einrichtungen zur Verfügung. Darüber hinaus haben wir 40 Millionen € eingeplant, um Pflegekräften einen steuerfrei-

(Ministerin Monika Heinold)

en Bonus von bis zu 1.500 € zahlen zu können. Es ist gut, dass sich der Bund zumindest bei der Altenpflege beteiligt. Wir arbeiten noch daran und sind der Hoffnung, dass sich der Bund auch bei der Krankenpflege beteiligt, denn auch diese Pflegekräfte haben in den letzten Wochen ein hartes Stück Arbeit hinter sich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, das Land nimmt seine Verantwortung wahr. Wir handeln schnell, wir handeln unbürokratisch - immer mit dem Ziel, dass unsere Gesellschaft mit großer Solidarität gemeinsam durch die Krise kommt. Denn wir wissen: Nur wenn wir zusammenstehen, wenn wir das Geld dort einsetzen, wo es am dringlichsten gebraucht wird, werden wir diese Krisensituation meistern können.

Ich will es mit aller Deutlichkeit sagen: Wer diese Situation ausnutzt, um Fördermittel zu erschleichen, handelt zutiefst unsolidarisch.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Dieses Verhalten ist nicht zu akzeptieren. Es ist Subventionsbetrug, eine Straftat. Diese wird - wie jede Straftat - zur Anzeige gebracht.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dies so deutlich zu sagen, weil wir jeden Euro, den wir im Notprogramm haben, den wir eingeplant haben, dringend brauchen. Wir haben für unsere Wirtschaft 450 Millionen € für Zuschüsse und Darlehen reserviert, rund 120 Millionen € für Gesundheit und Infektionsschutz einschließlich der Möglichkeit, Verdienstaufschlag aufgrund von Kinderbetreuung oder Quarantänemaßnahmen zu finanzieren - gemeinsam mit dem Bund. Wir haben rund 80 Millionen € reserviert für Kultur, Bildung, Soziales, Sport, Umwelt, Minderheiten und Digitalisierung und rund 105 Millionen € für die Entlastung von Eltern durch die Übernahme von Kita- und Ganztagsbetreuungsbeiträgen durch das Land. Dazu kommen die 40 Millionen € für den Pflegebonus.

Hinzu kommen weitere Ausgaben in Höhe von rund 41 Millionen € davon beispielsweise 15 Millionen € zur Förderung des digitalen Schulunterrichts, weil wir auch hier gemeinsam mit dem Bund denjenigen helfen wollen und müssen, die es am dringlichsten brauchen. Wir nehmen 5 Millionen € in die Hand - ein Antrag des Parlamentes, den wir als Landesregierung sehr begrüßen -, um kostenlose Lernangebote in den Sommerferien möglich zu ma-

chen, sozusagen als zusätzliches Unterstützungsangebot in dieser schwierigen Situation.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Beifall Kai Vogel [SPD])

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Fraktionsanträgen sind von der 1 Milliarde € inzwischen rund 835 Millionen € verplant. Weitere Ausgaben sind schon jetzt erkennbar. Sie wissen, dass wir gemeinsam mit den Kommunen unsere Gesundheitsämter stärken müssen, um die Nachverfolgung sicherstellen zu können. Sie wissen, dass auch das UKSH unsere Hilfe braucht, vermutlich rund 125 Millionen €, wenn es nicht gelingt, im Länderverbund den Bund doch noch in die Pflicht zu nehmen, damit dieser auch bei den Maximalversorgern die Einnahmeverluste entsprechend kompensiert.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, 1 Milliarde € Nothilfe sind angesichts des großen Bedarfs in dieser Krise schnell verplant. Die Aufnahme dieser Schulden - es ist schuldenfinanziert - ist an zwei Voraussetzungen geknüpft.

Erstens muss der Landtag mit Zweidrittelmehrheit feststellen, dass wir uns in einer außergewöhnlichen Notsituation befinden. Wer hätte gedacht, dass wir - als wir 2010 die Schuldenbremse in das Grundgesetz und die Verfassung hineingeschrieben haben - bereits 2020, in dem ersten Jahr, in dem sie hart zuschlägt, schon eine Notsituation haben? Wer hätte das gedacht? Jetzt ist es so, und es ist richtig, dass unsere Verfassung vorsieht, dass wir zur Feststellung dieser Notsituation eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Das ist richtig, damit nicht leichtfertig damit umgegangen wird. Das ist die erste Voraussetzung.

Die zweite Voraussetzung ist - auch diese ist richtig -, dass zugleich ein Tilgungsplan aufgestellt werden muss. Dieser Tilgungsplan muss alle Zuschüsse umfassen, nicht aber die Darlehen. Denn die Darlehen, so ist ja die Erwartung, fließen später dem Landeshaushalt wieder zu. Nach dieser Planung, 300 Millionen € Darlehen, 700 Millionen € Zuschuss - so die jetzige Planung - müssten dann in den späteren Jahren 700 Millionen € zurückgezahlt werden.

Meine Empfehlung an den Finanzausschuss war, nachdem ich mir noch einmal angeschaut habe, wie es der Bund macht und wie es die anderen Länder machen, dass wir uns an der Regelung des Bundes orientieren. Das heißt, dieser Kredit ab 2023 wird in 20 gleichen Schritten über 20 Jahre zurückgezahlt.

(Ministerin Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, dem Landtag liegt heute ein entsprechender Antrag vor, gestellt gemeinsam von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und dem SSW. Dass ist so eine große und breite Unterstützung für diesen Antrag gibt, das ist ein gutes Zeichen für unsere funktionierende Demokratie.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Es schafft Vertrauen, wenn die Menschen wissen, dass wir, dass der Staat, besonders in Notsituationen handlungsfähig ist, dass wir zusammenstehen, als demokratische Parteien miteinander diskutieren, Kompromisse finden, uns verständigen und dann gemeinsam handeln. Das ist ein gutes Signal. Vielen Dank dafür!

Wir befinden uns in einer Situation, die für viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land schwierig ist. Ob wirtschaftliche Einschränkungen, ob zu befolgende Regelungen, ob Einsamkeit, ob ein veränderter Alltag, ob eine belastende Arbeitssituation im Homeoffice mit gleichzeitiger Kinderbetreuung - für viele hat sich der gewohnte Alltag komplett auf den Kopf gestellt. Dies ist schon seit Wochen eine andauernde Situation, die den Menschen im Land viel abverlangt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Politik, die ja diese Maßnahmen getroffen und zu verantworten haben, verlässlich dort helfen, wo geholfen werden muss.

Es ist gut, dass Bund und Länder überwiegend zusammenstehen. Ja, an der einen oder anderen Stelle sagen wir, da müsse der Bund mehr machen. Aber ich will an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen: Die Bundesregierung hat schnell gehandelt, sie hat entschlossen gehandelt, sie hat Milliarden Euro freigemacht. Dafür sage ich im Namen der Landesregierung: Danke, liebe Bundesregierung für diese gute Unterstützung, allein hätten wir es nicht geschafft!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, die Schulden, die wir aufnehmen, jeden einzelnen Euro, jeden einzelnen Cent, müssen wir zurückzahlen. Wir, unsere Kinder, unsere Enkel, über 20 Jahre! Vielleicht schaut jemand im Jahr 2041 in den Haushalt und sagt: Wofür bezahle ich da eigentlich? Dann sitzt da der Senior Petersdotter

(Heiterkeit)

und spricht von damals, von früher, von der Pandemie und sagt: Das ging nicht anders.

Es ist ganz, ganz wichtig, dass er auch sagen kann: Wir haben verantwortungsvoll gehandelt, wir haben uns Gedanken gemacht, und wir haben bei jedem Euro, den wir ausgegeben haben, sehr genau überlegt, ob wir das verantworten können, weil wir wussten, dass das Geld später zurückgezahlt werden muss.

Wir werden jetzt die Finanzplanung und die Haushalte auf diese Situation ausrichten, auf die Tilgung, auf die erhöhten Zinsen, die auf uns zukommen. Wir wissen, dass das den Handlungsspielraum einschränkt. Auch das muss heute besprochen und gesagt werden.

Wir wissen, dass Schleswig-Holstein finanziell nicht auf Rosen gebettet ist und dass wir schon vor Corona immer wieder Schwierigkeiten hatten, all das auf den Weg zu bringen, was notwendig ist. Wir wissen auch nicht, ob die Summe reicht, die wir heute auf den Weg bringen. Wir wissen, dass die Steuerschätzung mit großen Einnahmeausfällen vor der Tür steht. Auch die müssen wir schultern. Wenn sie konjunkturell sind, sind das wieder Schulden, die zurückgezahlt werden müssen.

Aber wir sind handlungsfähig, und das ist das Gute. Unsere Landesverfassung ermöglicht es uns, flexibel zu handeln und entsprechend Hilfe auf den Weg zu bringen. Wir dürfen in Notsituationen, in schlechten Situationen, Schulden machen, sind aber zugleich verpflichtet, diese Schulden in guten Zeiten zurückzahlen. Nun ist es an uns als Politik, mit diesem Regelwerk der Landesverfassung klug umzugehen.

Für die Jamaika-Koalition kann ich sagen: Wir werden auch jetzt unseren Kompass und unseren Mut nicht verlieren. Die Sondervermögen sind gefüllt. Wir können weiter investieren in Bildung, in Digitalisierung, in Klimaschutz, in Nachhaltigkeit, in Verkehrsinfrastruktur und in Gesundheit. Wir haben dafür gesorgt, dass wir auch jetzt handlungsfähig sind. Dennoch sagen wir auch hier an die Adresse des Bundes: Wenn wir nach der Krise in großen Schritten vorankommen wollen, um dieses Land weiter nach vorn zu bringen, um die Digitalisierung zu stärken, um den Klimaschutz nicht aus den Augen zu verlieren, dann brauchen wir bei großen Konjunkturprogrammen auch die Hilfe des Bundes für Programme, die in die Zukunft zeigen, nach vorne denken und die Dinge organisieren.

Die letzten Wochen waren auch für das Parlament nicht einfach. Umso mehr weiß ich das gute Miteinander im Finanzausschuss zu schätzen, in der Telefonkonferenz, die wir hatten, und auch in den Prä-

(Ministerin Monika Heinold)

senssitzungen. Ich bedanke mich bei der CDU, bei der SPD, bei den Grünen, bei der FDP und beim SSW für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit. Mit dem Nachtragshaushalt tragen Sie alle heute dazu bei, dass wir es in Schleswig-Holstein schaffen können, gut durch die Krise zu kommen, alle Herausforderungen zu meistern. Deshalb bitte ich um Zustimmung für diesen Nachtragshaushalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überschritten. Diese Redezeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu.

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem heute vorgelegten 2. Nachtragshaushalt sollen die diversen Hilfen zur Abmilderung der Folgen der Coronaepidemie verdoppelt werden, von 500 Millionen € auf 1 Milliarde €

Lassen Sie mich vorwegschicken, dass wir die Bereitstellung dieser Mittel für richtig halten. Die Aufstockung für Hilfsmaßnahmen um weitere 50 Millionen € auf dann 150 Millionen € ist ein wichtiger Schritt, sind doch viele, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, vor existenzielle Herausforderungen gestellt. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Schleswig-Holstein ist in besonderem Maße betroffen, weil für uns der Tourismus so wichtig ist. Dieser Wirtschaftszweig ist in den vergangenen zwei Monaten fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Auch ein weiterer großer Posten trägt einen wichtigen Anteil zur Abmilderung der Folgen dieser Pandemie bei, wenn auch an ganz anderer Stelle. 50 Millionen € zur Kompensation weggefallener Einnahmen in Kitas und 20 Millionen € in anderen Betreuungseinrichtungen helfen den ebenfalls gebeutelten Kommunen, die in Kürze ihren Moment der Wahrheit haben werden. Die Mai-Steuerschätzungen und ihr Runterbrechen werden einen ersten Ausblick auf das geben, was uns gerade auch bei den Gewerbesteuererträgen erwartet, auf die viele Kommunen nun einmal in besonderem Maße angewiesen sind. Da ist die geplante Entlastung ein richtiger Schritt.

Nicht zuletzt wollen Sie 40 Millionen € für den sogenannten Pflegebonus bereitstellen. Das ist Geld, das direkt bei denjenigen ankommt, die in dieser Krise an vorderster Front arbeiten und deren Arbeit sowieso nicht in angemessenem Umfang entlohnt wird. Auch das ist richtig.

Darüber hinaus sind leider auch größere Beträge notwendig, um vor allem Mehrbedarfe im Bereich des Infektionsschutzgesetzes abzudecken.

Wir begrüßen auch ausdrücklich die 400.000 € die dem UKSH für die Durchführung von Obduktionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die weitere Erforschung des Virus und auch der Krankheitsverläufe ist essenziell, um in der Zukunft Entscheidungen auf Basis besserer Datenlagen und Erkenntnisse treffen zu können, als dies bislang der Fall war.

Auf den letzten Drücker haben Sie aber im letzten Finanzausschuss noch Änderungen in den Nachtragshaushalt eingebracht, die Fragen aufwerfen. Sie wollen weitere Millionen Euro zusätzlich für Flüchtlinge ausgeben. Das ist zum einen dem in den Landeseinrichtungen notwendigen Infektionsschutz geschuldet und insoweit auch unproblematisch. Problematisch ist aber, dass Sie noch gestern im Ausschuss behauptet haben, es gebe nicht mehr Flüchtlinge. In der Drucksache steht aber etwas ganz. Demnach wollen Sie die Erstaufnahmeeinrichtung im Levo Park in Bad Segeberg unter anderem deshalb wiedereröffnen, weil Sie - ich zitiere aus der Drucksache „angesichts der Coronapandemie mit weiteren Zuwanderungen“ rechnen.

Weitere Zuwanderungen heißt erstens, dass es sich um zusätzliche Personen handelt, und zweitens, dass es sich um Personen handelt, die ganz überwiegend keinerlei Anspruch auf Asyl in Deutschland haben werden.

(Lars Harms [SSW]: Woher wollen Sie das wissen? Die sind doch noch gar nicht da! - Weitere Zurufe SPD)

Anstatt Abschiebungen zu forcieren, fördern Sie weiter die illegale Zuwanderung. Das muss ich so deutlich sagen. Touristen aus Hamburg, selbst Fahrradfahrer, wurden an der Landesgrenze abgewiesen. Zweitwohnungsbesitzer wurden aus ihren eigenen Häusern geworfen. Gleichzeitig hält diese Landesregierung es für ganz selbstverständlich, weiterhin jeden illegalen Wirtschaftsmigranten ins Land zu lassen und bis zum Sankt-Nimmerleinstag hier zu versorgen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist widerlich! - Weitere Zurufe CDU, SPD und FDP)

(Jörg Nobis)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einige der Ausgabepositionen sind aus unserer Sicht also problematisch.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ihre Rede auch!)

Dazu kommt noch ein weiterer eher grundsätzlicher Punkt. Als Sie, sehr geehrte Frau Heinold, erstmals vortrugen, wie den Regelungen der Schuldenbremse in unserer Landesverfassung Rechnung getragen werden solle, wie also insbesondere in dieser Ausnahmesituation die notwendigen Ausgaben finanziert werden sollen, da sagten Sie noch, die Finanzierung sei nur über Kredite möglich. - Soweit fast richtig, aber dazu komme ich gleich noch. Diese sollten dann über zehn Jahre zurückgezahlt werden. Das betrifft von 1 Milliarde € immerhin 700 Millionen € also eine strukturelle Einsparung in Höhe von 70 Millionen € über zehn Jahre. Das waren Ihre ersten Aussagen dazu.

Da waren ich doch dann arg überrascht, als Sie mit der Vorstellung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes diese Frist mal eben verdoppelt hatten, die jetzt notwendigen Kredite also über 20 Jahre abtrottern wollen. Dabei hat die jüngere Geschichte dieses Landeshaushalts doch vor allem eins gezeigt: Alle paar Jahre ereignet sich irgendeine Ausnahmesituation und nimmt Einfluss auf unsere Landesfinanzen.

Das waren die Finanzkrise, der Verkauf der HSH-Nordbank. All diese Ausnahmesituationen, die irgendwie alle paar Jahre wiederkommen, belasten den Landeshaushalt.

(Zurufe)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht geboten, die Rückzahlung so weit in die Zukunft zu schieben. 12 Jahre ja, bei 15 Jahren könnte ich mir das vielleicht gerade noch vorstellen, aber 20 Jahre, da reden wir annähernd über eine Generation. Das halten wir nicht für erforderlich.

Wir haben schon einen Riesenberg an Schulden, und Sie packen die Coronamilliarde noch oben drauf. Das wird uns dann zu viel.

Das Ziel einer aus Vernunft geleiteten und zukunftsgerichteten Haushaltspolitik muss doch sein, nicht dauerhaft über die eigenen Verhältnisse zu leben. Das Ziel muss sein, Schulden aufgrund außergewöhnlicher Belastungen so schnell wie möglich wieder zu tilgen und nicht in der Zwischenzeit fröhlich weiter zu konsumieren.

Das ist dann auch schon der zweite Schwachpunkt, über den wir hier zu reden haben. Sie wollen mit

der Tilgung erst im Jahr 2023 beginnen. Da fragt man sich: Warum nicht früher?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2021 wird als Anpassungsphase bei den Ausgaben sicherlich gebraucht werden. Aber was spräche gegen 2022? Ein Blick auf den Kalender zeigt, was dahinterstecken dürfte; 2022 sind in Schleswig-Holstein Landtagswahlen. Ein halbes Jahr vorher im Haushalt die ganzen grün-bunten Projekte zusammenstreichen zu müssen, täte natürlich weh. Das ist dann natürlich wohl nur als Wahlkampfmanöver zu deuten.

(Bernd Heinemann [SPD]: Meine Güte, Verschwörung!)

Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, bereits ab sofort, ab heute, in dieses Haus Verantwortungsbewusstsein einziehen zu lassen. Wir verstehen es als unsere Verantwortung vor den Bürgern Schleswig-Holsteins, vor unseren Kindern und zukünftigen Generationen, nicht noch mehr Schulden weiter in die Zukunft zu verlagern.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir müssen heute anfangen zu sparen und den Haushalt daraufhin durchzugucken. Wir fordern die Landesregierung daher auf: Fangen Sie unmittelbar an, die Einzelpläne der einzelnen Ressorts zu durchkämmen und alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, die nicht essenziell sind. Das würde übrigens jeder Unternehmer genauso tun.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter?

Jörg Nobis [AfD]:

Ich lasse keine Zwischenfrage zu. Sie können sich gern gleich zu einem Dreiminutenbetrag melden.

(Christopher Vogt [FDP]: Das überlassen Sie mal mir, was ich mache!)

- Ja. - Eine weitere Streichung soll natürlich nicht unserer heimischen Wirtschaft schaden. Selbstverständlich muss gerade in diesen Zeiten der Gesundheitsbereich weiter gestärkt werden. Es muss weiter in das Bildungssystem investiert werden. Selbstverständlich gibt es viele wichtige Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die für die Zukunftsfähigkeit wichtig sind. Das stellen wir gar nicht in Abrede.

(Jörg Nobis)

Aber genauso gut gibt es viele Bereiche, in denen diese Landesregierung das Geld mit beiden Händen zum Fenster rauswirft: für irgendwelche Gender-Projekte, für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, die sowieso schon zu besten konjunkturellen Zeiten nicht funktioniert und jetzt völlig absurd wirkt, aber auch Geld für Ihre gescheiterte Energiewende.

Meine Damen und Herren, bitte verstehen Sie diese Punkte als den Anfang einer Sparliste, die Sie beliebig fortsetzen können und sollten.

Unser Antrag greift unsere Forderungen aus den Lesungen des Haushalts im vergangenen Herbst auf. Wir hatten aufgezeigt und beantragt, insgesamt über 100 Millionen € einzusparen.

Jetzt komme ich noch kurz zu einem anderen Punkt. Das Haushaltsjahr 2019 wurde mit einem deutlichen Plus abgeschlossen. Das ist grundsätzlich erfreulich. Hier hätten Sie die Gelegenheit gehabt, zumindest teilweise mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Stattdessen haben Sie den gesamten Betrag in verschiedene Sondervermögen gesteckt. Sie hätten weniger zuführen können, ohne die notwendige Investitionstätigkeit gerade im Bereich von IMPULS 2030 zu gefährden. Auch im investiven Bereich kann Geld verschwendet werden. Nicht jede Investition ist sinnvoll.

Ihre prall gefüllten Sparschweine verleiten aber geradezu zu einem fröhlichen Geldverschleudern für Dinge, die eben nicht zum Kern der Infrastruktur unseres Landes gehören. Bei aller Sympathie für Jugendherbergen: Es ist der völlig falsche Ansatz, jetzt unter dem Stichwort Corona, Corona-Nachtragshaushalt als Kreditgeber für Bauprojekte aufzutreten. Ich bin schon dafür, dass die Jugendherbergen bauen können, aber da muss es doch Banken geben, die Baudarlehen vergeben. Seit wann vergibt das Land Schleswig-Holstein Baudarlehen zum Umbau von zwei Jugendherbergen in Höhe von 7,1 Millionen €?

In Zeiten wie diesen, in denen viele Menschen in Schleswig-Holstein in Kurzarbeit sind, sich um ihre Betriebe sorgen, um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, stünde es nicht zuletzt auch uns als Abgeordneten gut zu Gesicht, unseren kleinen Teil dazu beizutragen. Wir müssen uns schließlich keine Sorgen darum machen, ob die Diät jeden Monat überwiesen wird und ob wir unseren Lebensunterhalt bestreiten können. In Zeiten, in denen viele Familien ihre Gürtel enger schnallen müssen, sollte dieses Haus zumindest darauf verzichten, die Diäten jährlich automatisch anzupassen. Wir haben daher ei-

nen Antrag eingebracht, die automatische Diätenanpassung für den Rest der Legislaturperiode auszusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen, zumindest diesen doch wirklich übersichtlichen Schritt sollten Sie mit uns gemeinsam gehen. Der Bundestag hat das übrigens auch getan. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht das Mindeste, was dieses Parlament als Signal aussenden kann. Bei all den schönen Worten, die wir heute schon gehört haben, sollte es Ihnen doch leichtfallen zuzustimmen. Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag tragen Sie auch dazu bei, Politikverdrossenheit und Vorurteilen gegenüber Berufspolitikern entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unsere Anträge. Stimmen Sie mit uns für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die verschwenderische Ausgaben bekämpft, und für einen Beitrag dieses Hauses in Zeiten einer beispiellosen Krise in diesem Land. Der Nachtragshaushalt umfasst Ausgaben gerade im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen, die es uns in der Kombination mit der deutlich zu langen Tilgungsdauer der Kredite unmöglich machen, diesem Haushalt zuzustimmen. Angesichts der vielen auch wichtigen Punkte lehnen wir den Haushalt aber auch nicht ab. Die AfD-Fraktion wird sich folgerichtig gleich bei der Abstimmung enthalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Coronapandemie wird uns noch lange begleiten und wirtschaftlich wie gesellschaftlich nachhallen. Da machen wir uns alle keine Illusionen. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt das Geld in die Hand nehmen, um drohende Härten zumindest abzufedern und noch dramatischeren Folgekosten vorzubeugen. Die Summen aus dem regulären Haushalt sowie den Nachtragshaushalten 1 und 2 sind gewaltig, aber sie sind notwendig. Der SSW unterstützt daher auch diesen zweiten Nachtragshaushalt insgesamt.

Lassen Sie mich nun dazu auf einige Punkte eingehen, die für uns besonders wichtig sind. Gleich vorweg: Wir müssen stets die gesamten Landesfinanzen im Blick behalten und verantwortungsvoll pla-

(Lars Harms)

nen, prüfen und entscheiden, wie diese krisenbedingten zusätzlichen Gelder effektiv und effizient eingesetzt werden sollen. Fakt ist: Die insgesamt 1 Milliarde € der beiden Nachtragshaushalte, die wir heute zumindest zum Teil beschließen, ist im Geiste größtenteils bereits ausgegeben. Bisher sind 766 Millionen € verplant. Dazu kommen die grob geschätzten 125 Millionen € an coronabedingten Kosten beim UKSH. Hinzu kommen mit dem nun kurzfristig eingereichten fraktionsübergreifenden Änderungsantrag weitere 65 Millionen € Übrig bleiben derzeit noch rund 40 Millionen € an frei verfügbaren Mitteln. Da ist also nicht mehr viel für Programme übrig.

Dies sind gewaltige Summen. Allerdings müssen all diese Gelder erst einmal erwirtschaftet und dann abbezahlt werden. Die Schuldenbremse gilt nach wie vor und steht als solche für den SSW auch nicht zur Debatte. Wir wollen und müssen die in einer Notsituation erlaubten finanziellen Spielräume jetzt nutzen, um den Menschen in unserem Land zu helfen.

Aber es ist auch klar, dass eben nicht unbegrenzt Geld zur Verfügung steht. Bei den Milliarden-Nothilfeprogrammen handelt es sich schließlich nicht um Wohltaten der jeweiligen Regierungen auf Bundes- und Landesebene, sondern um sehr hart erarbeitete Steuergelder. Dies müssen wir uns ständig vor Augen halten.

Zum Stichwort UKSH: Durch die Krise und die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle wird das UKSH als Maximalversorger viel Geld benötigen. Im Finanzausschuss wurde der Bedarf auf circa 125 Millionen € beziffert, womöglich liegt er höher, und wir wissen nicht, ob der Bund in irgendeiner Art und Weise eine Erstattung leistet.

Zu einer ehrlichen Einschätzung gehört meines Erachtens jedoch auch die schmerzliche Erkenntnis, dass wir einen Großteil dieser Summe wohl nicht als Kredite vergeben werden, sondern vielmehr als notwendige, aber quasi verlorene Zuschüsse werden abbuchen müssen, denn Kredite würden sich direkt auf die Bilanz auswirken und damit nicht nur das Geschäftsergebnis negativ beeinflussen, sondern wieder neue Sparzwänge beim UKSH auslösen. Das brauchen weder die Patienten noch die Beschäftigten. Dass das Land also einspringen wird, ist keine Frage. Wir müssen uns darauf einstellen.

Bleiben wir im medizinischen Bereich: Der SSW unterstützt den Pflegebonus. Unsere Kernforderungen hierzu lauten: keine Kostenbeteiligung der Trä-

ger und Ausbezahlung der Boni sowohl an die stationären als auch an die ambulanten Pflegekräfte.

(Beifall SSW, Birte Pauls [SPD] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich muss das unabhängig davon geschehen, ob Leute ausgebildete Pflegekräfte oder Hilfskräfte sind. Auch die Hilfskräfte haben es verdient, in dieser Zeit ihren Bonus zu bekommen.

(Beifall SSW, Birte Pauls [SPD] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings sage ich an dieser Stelle auch: Dies darf nicht das Ende der Diskussion um allgemein fairere Rahmenbedingungen in dieser Branche sein. Uns allen wird aktuell ganz klar vor Augen geführt, dass diese Berufsgruppen systemrelevant sind. Mit einer solchen Einmalzahlung kann diese Debatte daher nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Seit Jahren drängen wir vom SSW auf angemessene Löhne und faire Arbeitsbedingungen für all jene, die trotz niedrigen Gehalts und wenig Anerkennung den Laden im Dauereinsatz am Laufen halten. Jetzt stehen diese Berufsgruppen im Fokus, und wir werden ein ganz aufmerksames Auge darauf haben, dass es hier keine weiteren Ausreden mehr gibt. Das bedeutet auch, dass sich unsere Vertreter in Aufsichtsgremien - beispielsweise des UKSH - dafür einsetzen müssen, dass die Beschäftigten dort bessere Bedingungen und bessere Löhne bekommen. Das ist jetzt unsere politische Aufgabe und auch die politische Aufgabe unserer Vertreter, der Vertreter der Landesregierung, gerade in den Aufsichtsgremien des UKSH.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

Meine Damen und Herren, des Weiteren muss nach unserer Auffassung insbesondere das medizinischen Fachpersonal Anspruch darauf haben, deutlich häufiger und in regelmäßigen Intervallen auf das Coronavirus getestet zu werden. Ich weiß, dass die Landesregierung das nicht selbst steuern kann, aber es kann nicht sein, dass unsere Arbeitgeber, also die Krankenhäuser und die Pflegedienste, es teilweise immer noch unterlassen, den Leuten einen regelmäßigen Test angedeihen zu lassen. Ich weiß: So ein Test kostet zwischen 60 € und 90 €. Diese Ausgabe muss die Gesundheit der Pflegenden allemal wert sein. Das müssen wir gegenüber diesen Stellen regelmäßig und immer wieder ansprechen.

Eine Herausforderung bleibt in Zukunft aber auch die Verteilung der Geldmittel und der Güter für die medizinische Versorgung, sprich Mundschutz, Desinfektionsmittel, geeignete Kittel und so weiter.

(Lars Harms)

Man denkt immer: Ach, das läuft doch schon lange alles, wir haben doch jetzt schon sieben Wochen Krise, das ist doch schon geregelt. - Nein, das ist es leider nicht. Selbstverständlich müssen vor allem die Bestände der Krankenhäuser und Kliniken fortlaufend aufgestockt werden, das gilt selbstverständlich auch für die Arztpraxen. Ich möchte aber gern darauf hinweisen, dass auch die niedergelassenen Therapiepraxen wie beispielsweise Ergotherapeuten, die viele Menschen behandeln, weiterhin unter einem Mangel entsprechender Ausrüstung leiden und daher bei der Verteilung unbedingt berücksichtigt werden sollten.

(Beifall SPD)

Berücksichtigung und Umsicht sind gute Stichworte, um nun auch einmal Lob auszusprechen: So freut es uns, dass die Minderheitenorganisationen bei allen Maßnahmen mitbedacht werden. Auch die Aufstockungen für Frauenhäuser und die entsprechenden Beratungsstellen heißen wir explizit willkommen. Wir finden das wirklich gut und notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Explizit begrüßen möchte ich zudem die angedachten Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 200.000 € für die privaten Radiosender, insbesondere für die kleineren Lokalsender. Es ist und bleibt für unsere Gesellschaft und für den demokratischen Diskurs äußerst wichtig, dieses urdemokratische Gemeinschaftsmedium Radio in der Krise zu unterstützen, ebenso wie wir alle Medien so gut wie möglich, natürlich nicht immer direkt finanziell, unterstützen müssen. Es ist aber wichtig für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie, dass private Rundfunkstationen, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkstationen und die Printmedien hier vorhanden sind, auch in ihrer Vielfalt und auch, wenn sie uns manchmal nicht passen. Es ist ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir die privaten Radiosender nicht vergessen haben.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Unterstützung und Lob kann ich an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen von der SPD aussprechen, deren Sammelanträge die Jamaika-Koalition und auch uns erfolgreich zu dem nun fraktionsübergreifend eingebrachten zusätzlichen Corona-Hilfspaket inspiriert haben. Insbesondere die Aufstockungen im Bereich digitales Lernen, die Befreiung von Kita-Gebühren für Eltern - erweitert um einen weiteren Monat - für nun drei Monate sowie die eingeplanten Unterstützungen für Jugend-

herbergen finden seitens des SSW großen Zuspruch.

Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass bedürftige Schülerinnen und Schüler, deren Eltern eben nicht die finanziellen Mittel für eine gute Bildung ihrer Kinder haben, verstärkte Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren müssen, um an Bildungsprogrammen partizipieren zu können. Dazu zählt heutzutage die Ausstattung mit einem geeigneten digitalen Endgerät, das man sich zu Hause nach Möglichkeit eben nicht mit mehreren Geschwistern oder gar den im Homeoffice arbeitenden Eltern teilen muss. Natürlich ist der derzeitige Schulbetrieb nur eine vorläufige Notlösung, aber wenn wir ehrlich sind: Die Digitalisierung der Schulen kann und muss gerade jetzt vorangetrieben werden. Wir tun jetzt schon ein wenig, aber wir müssen in den nächsten Jahren richtig viel reißen. Das ist die kommende Zukunftsaufgabe, die wir haben.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns nun also das Gesamtbild anschauen, dann ist uns doch allen klar, dass nicht jedes Unternehmen und jede Einzelperson zu 100 % unterstützt werden kann. Daher halten wir uns auch mit allzu großen Zusatzvorschlägen zurück und bringen nur einen kleinen aber - wie wir meinen - wichtigen Antrag in die Diskussion ein.

Statt umfangreicher Pakete wollen wir vom SSW gern den Fokus auf einen spezifischen Kreis an Betroffenen und Bedürftigen richten, der keine allzu starke Lobby hat. Hierzu zählen die Obdachlosen sowie Menschen mit ganz geringen finanziellen Ressourcen, auch und insbesondere Familien sowie ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Uns ist wichtig, dass diese Menschen bei all den sinnvollen und notwendigen Hilfsprogrammen nicht vergessen werden, sondern die Unterstützung bekommen, die sie dringend nötig haben. Obdachlose brauchen ein Dach über dem Kopf und sanitäre Einrichtungen, gerade in Coronazeiten. Und Hartz-IV-Empfänger haben oft keine Möglichkeit mehr zum Nebenverdienst und trotzdem höhere Kosten. Hier, meinen wir, sollten vom Bund Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Das ist zumindest unser Ziel.

Wir würden uns freuen, wenn wir unseren Antrag noch einmal im Ausschuss beraten könnten. Vielleicht bekommen wir eine gemeinsame Beschlussfassung hin.

Insgesamt haben wir nun in kürzester Zeit gewaltige Summen mobilisiert und umfangreiche Hilfs- und Förderprogramme aufgestellt. Allen Mitarbei-

(Lars Harms)

terinnen und Mitarbeitern an diesen Hauruck-Aktionen, insbesondere bei der Investitionsbank und in den Ministerien, gilt unser allerherzlichster Dank.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig bleiben aber die Appelle an die Ehrlichkeit aktuell. Subventionsbetrug bei den Corona-Nothilfeprogrammen ist kein Kavaliersdelikt. Nur wenn wirklich sämtliche Rücklagen aufgebraucht sind und man keinerlei andere Finanzierungsmöglichkeiten findet, dann steht man in der ersten Reihe der Bedürftigen, und dann ist eine Antragstellung gerechtfertigt.

Zum Schluss bleibt uns noch der allgemeine Ausblick: Den faktischen Lockdown und die Bereitstellung immer weiterer Hilfgelder können wir nicht über Monate hinweg durchziehen, das ist uns allen klar. Deshalb ist es wichtig, die vorsichtige Wiedereröffnung des gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Lebens vorzubereiten und rechtzeitig zu kommunizieren, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Denkbar wären hier aus unserer Sicht konkrete Phasenmodelle, wie wir sie inzwischen ja auch aus anderen Ländern kennen. Die letzten Beschlüsse und Verlautbarungen gingen teilweise in die richtige Richtung. Je früher die Menschen wieder Geld verdienen und ihrer Arbeit nachgehen können, desto besser. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben in den letzten Wochen wirklich vorbildlich mitgearbeitet. Daher sind schrittweise Lockerungen nun verdient, gerechtfertigt und notwendig. Je besser wir das hinkriegen, auch je schneller, selbstverständlich mit aller Vorsicht, desto leichter wird es uns fallen, die Krise bewältigen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf: Mach doch mal das Mikrofon an! - Mikro wär' gut!)

In Zeiten von Corona kann eine Rede zum Nachtragshaushalt, insbesondere, wenn es sich um den zweiten innerhalb sehr kurzer Zeit handelt, nicht so

beginnen wie jede andere Haushaltsrede. Wir haben im Moment eine Situation, die so kaum einer von uns bisher erlebt hat. Ich möchte mich daher zunächst bei der Landesregierung, beim Kabinett, vor allem aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für das sehr gute Krisenmanagement bedanken.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mein Dank gilt natürlich auch meinen Kollegen in meiner Fraktion, denen der FDP-Fraktion und der Fraktion der Grünen, aber auch von SPD und SSW, die in dieser Situation sehr konstruktiv mitgearbeitet haben.

Wir alle tragen Verantwortung, und wir werden dieser Verantwortung gerecht. Landesregierung und Parlament sind und bleiben handlungsfähig. Dabei ist es mir wichtig zu betonen, dass wir Abgeordneten ebenfalls viel dazu beitragen, dass es in Schleswig-Holstein gut funktioniert. Gerade wir Landtagsabgeordneten stehen im ständigen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Unternehmen und mit Behörden. Wir sorgen dafür, dass Probleme erkannt, angesprochen und zusammen mit der Landesregierung behoben werden.

Wer also meint, dass die Legislative in Krisenzeiten wie diesen keine Rolle spielt, der täuscht sich meiner Meinung nach ganz gewaltig. Ein Beleg dafür ist zudem dieser Nachtragshaushalt, der eine klare parlamentarische Handschrift trägt. Ich selbst bin ein großer Verfechter der schwarzen Null und halte sie finanzpolitisch für absolut richtig.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Klar ist aber auch, dass in besonderen Situationen auch besondere Maßnahmen erforderlich sind. Wir werden also die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um das Coronavirus einzudämmen, Menschen zu schützen, wieder gesund zu machen und Betriebe, aber auch die Kultur bestmöglich zu unterstützen.

Zu diesem Zweck werden wir das Haushaltsgesetz dahin gehend ändern, dass der Kreditrahmen des Landes ein weiteres Mal um 500 Millionen € erhöht wird. Damit stellen wir insgesamt 1 Milliarde € bereit. Das bringt den Spielraum, um vorerst alle notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Frau Heinold hat es vorhin schon gesagt: Mehr als 835 Millionen € davon sind bereits verplant. Dazu zählen unter anderem die 300 Millionen € für den Mittelstandssicherungsfonds, in dessen Rahmen wir Unternehmen der Beherbergung und Gastronomie mit

(Ole-Christopher Plambeck)

einem ganz speziellen Darlehensangebot unterstützen: bis zu zwölf Jahre Laufzeit, fünf Jahre Zinsfreiheit und zwei Jahre ohne Tilgung. Das sind wirkliche Topkonditionen. Gerade für größere Betriebe sind unkomplizierte Darlehensangebote neben dem Kurzarbeitergeld des Bundes eines der besten Hilfsmittel.

Mit 150 Millionen € haben wir darüber hinaus ein Zuschussprogramm für Unternehmen mit zwischen zehn und 50 Beschäftigten aufgelegt und damit eine Förderlücke geschlossen.

Das Soforthilfeprogramm des Bundes für Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern ist übrigens eingeschlagen wie eine Bombe. In kürzester Zeit sind über 50.000 Anträge bei der Investitionsbank eingegangen. Was dort in der Abarbeitung geleistet wurde, hat wirklich Hochachtung verdient, auch wenn es manchmal ruckelt. Herzlichen Dank!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber auch andere Branchen wie zum Beispiel die der Schaustellerinnen und Schausteller haben wir jetzt mit dem Nachtragshaushalt und dem Änderungsantrag im Blick. Dies dokumentiert der Nachtragshaushalt.

Natürlich gibt es nicht nur die Wirtschaft. Mit insgesamt über 80 Millionen € unterstützen wir den Kultur-, den Bildungs- und den Sozialbereich, Einrichtungen des Natur- und Umweltschutzes, Einrichtungen der Minderheiten, Digitalisierungsprojekte und den Sport.

Meine Damen und Herren, wir hatten uns zunächst darauf verständigt, die Kommunen über einen Zeitraum von zwei Monaten bei der Kompensation von Einnahmeausfällen durch Elternbeiträge für die Nichtbetreuung in den Kitas und Schulen mit Landesmitteln zu unterstützen. Mittlerweile ist klar, dass die Kitas und auch die schulische Ganztagsbetreuung etwas länger geschlossen bleiben und nur im Rahmen eines Stufenplans geöffnet werden. Deswegen haben wir uns richtigerweise parlamentarisch darauf verständigt, die Mittel für einen weiteren Monat bereitzustellen und im Rahmen des Mittelansatzes beitragsgenau mit den Trägern abzurechnen. Damit haben wir eine Lösung bis zum Ende des Kita- beziehungsweise des Schuljahres gefunden und unterstützen die Eltern und die Kommunen mit insgesamt 105 Millionen €. Das ist eine große Summe, aber ich glaube, sie hilft an der richtigen Stelle.

Da die Schulen für den Präsenzunterricht weitestgehend geschlossen sind, sind digitale Alternativlösungen gefragt, die von allen Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. In so einer Situation sehen wir ganz klar, wo unsere Stärken, aber auch unsere Schwächen liegen. Wir müssen unbedingt die digitale Teilhabe verbessern und die Schulen bei der Umsetzung des digitalen Unterrichts unterstützen. In Verbindung mit künstlicher Intelligenz ist hier viel möglich. Um dieses Potenzial auch wirklich zu nutzen, stellen wir 15 Millionen € bereit.

Weitere 5 Millionen € investieren wir in zusätzliche Lernangebote in den Sommerferien. Über diese freiwilligen Angebote wollen wir es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, sich persönlich weiterzuentwickeln im Bereich fachlicher, aber auch überfachlicher Kompetenzen, Methodenkompetenzen und Sozialkompetenzen. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Angebot, das wir zusätzlich machen können.

Ein Highlight im Schuljahr sind neben den Ferien, so ging es mir jedenfalls immer, in der Regel die Klassenfahrten und Ausflüge. Diese mussten zuletzt aufgrund der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Viele Veranstalter verlangen dann noch Stornokosten von den Eltern und den volljährigen Schülern. Deshalb ist es richtig, um Härtefälle auszugleichen, 3 Millionen € für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.

Obwohl uns das Coronavirus nun schon eine Weile begleitet, ist es in vielerlei Hinsicht noch eine große Unbekannte. Hier wollen wir ansetzen und weiter untersuchen, wie man dem Coronavirus am besten begegnen kann. Mit Hilfe von 2 Millionen € sollen neue Projekte der Forschung und Lehre angeschoben werden. Zudem stellen wir 400.000 € für Obduktionen am UKSH bereit, um genauere Rückschlüsse ziehen zu können, damit die Behandlungsansätze besser werden.

Am Anfang meiner Rede habe ich mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und bei der Landesregierung für die Arbeit bedankt. Jetzt möchte ich meinen Dank an alle Bürgerinnen und Bürger und an alle Unternehmen richten, die mithelfen, dass wir das alles so gut hinbekommen. Einen besonderen Job machen in dieser Zeit sicherlich die Pflegekräfte. Um die Leistung der Pflegekräfte wenigstens etwas zu würdigen, gibt es bald diesen Pflegebonus, und das ist ein richtiges Zeichen. Mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, ist die Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung. Diese ist enorm wichtig. Die vergangenen

(Ole-Christopher Plambeck)

Wochen haben gezeigt, dass es nicht ganz einfach ist, sich damit zu versorgen. Deshalb ist es auch richtig, dass wir auch auf heimische Produktion setzen. Dafür haben wir entsprechend Mittel bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir bringen viel auf den Weg. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir in so kurzer Zeit so viel Geld bewegen. 1 Milliarde € ist für Schleswig-Holstein verdammt viel Geld. Wir müssen immer im Hinterkopf behalten, dass wir eines der Bundesländer mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung sind. Wir halten uns dennoch im Rahmen unserer Verfassung an die Regelungen der Schuldenbremse. Sie lässt nämlich krisenbedingte Kreditaufnahmen zu, aber nur verknüpft mit einem Tilgungsplan. Ab dem Jahr 2023 - das wird das Jahr sein, in dem wir genau wissen, wo wir wahrscheinlich finanziell stehen werden - werden wir über 20 Jahre bis zu 1 Milliarde € zurückzahlen. Ich glaube, das ist richtig. Wer sich mit kurz-, mittel- und langfristiger Finanzplanung beschäftigt, der wird sehen, dass es gut ist, dass wir dies auf so viele Jahre verteilen, um uns Spielraum für zukünftige Herausforderungen zu sichern.

In der Vergangenheit haben wir schon gut gewirtschaftet. Mit dem Sondervermögen sind wir solide aufgestellt. Wir wissen aber schon jetzt, was die Steuerprognose sagen wird, nämlich, dass der Spielraum zukünftig wesentlich enger wird. Deswegen sehe ich jeden Tag, was die Landesregierung und das Finanzministerium machen: Diese gucken, wo Einsparpotenziale genutzt werden können. Das ist auch ihre laufende Aufgabe. Deshalb braucht es auch keinen Antrag. Das ist eine Selbstverständlichkeit. In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam, und zwar in gemeinsamer Geschlossenheit - auch im Sinne des Landeshaushaltes - alles dazu beitragen, dass wir die Coronakrise gut in den Griff bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind außergewöhnliche Zeiten für Regierung und Opposition. Unser Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner hat mehrfach auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Wochen hin-

gewiesen. Dem will ich mich mit dem Dank dafür anschließen, dass wir alle Anliegen bei der Landesregierung gleich loswerden konnten. Das ist nicht selbstverständlich.

Angesichts der Rede von Herrn Koch heute Morgen scheint es mir aber doch erforderlich zu sein, noch einmal einige Anmerkungen zu unserer Rolle zu machen. Als Opposition haben wir jetzt drei Aufgaben.

Erstens. Gemeinsame Verantwortung für die notwendigen Maßnahmen. Dieser Verantwortung kommen wir heute mit unserer Zustimmung zum Nachtragshaushalt und zur Kreditermächtigung nach.

Zweitens. Kritik am Regierungshandeln, wo es geboten ist, wie etwa bei den überzogenen Polizeikontrollen am Hamburger Rand, bei der Sonntagsöffnung oder schulpolitischen Experimentieranschlägen.

Drittens. Einsatz für diejenigen, die unsere Unterstützung am dringendsten brauchen, weil sie unter den gegenwärtigen Beschränkungen am meisten zu leiden haben oder weil sie am meisten für alle schufteten müssen.

Wir nutzen selbstverständlich unsere Einflussmöglichkeiten, um für diese Menschen etwas zu erreichen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht das normale Gegeneinander von Regierung und Opposition, aber es sind ja auch keine normalen Zeiten. Herr Koch, es mag sein, dass Sie das verwirrt hat. Aber es sagt einiges, wie Sie heute wieder versuchen, die Rolle der Opposition kleinzureden, während wir in den vergangenen Wochen kein Problem damit hatten, der Regierung grundsätzlich einen guten Job zu bescheinigen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nebenbei gesagt: Dies ist auch ganz schön gewagt angesichts dieses Tagesordnungspunkts.

Meine Damen und Herren, mit dem heutigen Beschluss erlauben wir der Landesregierung, die zulässige Kreditaufnahme für das Jahr 2020 um bis zu 1 Milliarde € zu überschreiten. Das ist eine Menge Geld. Ich kann mich - wie wahrscheinlich auch die Finanzministerin - noch gut daran erinnern, wie stolz wir in der vergangenen Legislaturperiode waren, als wir wenige Millionen Euro Tilgung erwirt-

(Beate Raudies)

schaften konnten und die Schuldenuhr plötzlich einmal rückwärts lief.

Diese Schulen werden wir zurückzahlen müssen, nicht irgendwann, wie Herr Nobis hier zu suggerieren versucht, sondern mit einer klaren Vorgabe: Schuldentilgung ab 2023 und in 20 Raten. Damit folgen wir übrigens dem Beispiel des Bundes und dem vieler anderer Bundesländer.

Es steht außer Frage, dass die Tilgung dieser Schulden das Land in den nächsten Jahren in seiner Handlungsfähigkeit einschränkt. Wir werden künftig also alle gut daran tun, bei jeder Aufgabe sorgfältig zu prüfen, ob sie wirklich erforderlich ist. So hat unser UKSH bereits einen zusätzlichen Mittelbedarf von 125 bis 150 Millionen € angemeldet. Das ist bereits mehrfach gesagt worden. Da ist es gut, dass beim Bundesgesundheitsministerium ein Expertenrat gebildet wurde, der bis zum 30. Juni 2020 den Krankenhausrettungsschirm auswertet. Wenn bei den Maximalversorgern nachgesteuert werden muss, sehe ich auch den Bund mit in der Pflicht.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gut, dass für die weiteren Investitionen Vorsorge getroffen ist. Allein im Sondervermögen IMPULS liegen nach dem positiven Haushaltsabschluss 2019 mehr als 1,4 Milliarden €. Da hat die Küstenkoalition damals doch eine wirklich gute Idee gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Finanzministerin, von Ihnen erwarte ich spätestens nach der Mai-Steuerschätzung einen aktuellen Stand zur Entwicklung des Landeshaushalts und für die mittelfristige Finanzplanung.

Es erfordert keine besonderen Fähigkeiten, um zu prophezeien, dass die Haushaltsberatungen für uns alle eine besondere Herausforderung und eine besondere Erfahrung werden. Niemand kann derzeit ernsthaft sagen, welche finanziellen Einbußen auf welche staatlichen Ebenen zukommen. Herr Vogt, auch wenn ich verstehen kann, dass es in Ihrer DNA liegt, pauschale Steuererhöhungen grundsätzlich abzulehnen - Steuerensenkungen für die Wirtschaft können auch nicht die einzige Antwort sein, denn Steuerensenkungen zahlen keine Kredite zurück.

(Jörg Nobis [AfD]: Aber wir sind ja schon Zahlweltmeister!)

- Herr Nobis, dieser Zwischenruf ist nicht einmal eine Antwort wert.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind froh, dass einige unserer Vorschläge Eingang in den Nachtragshaushalt gefunden haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich freue mich, dass Sie unsere Ideen so toll finden, dass Sie sie jetzt sogar als Ihre verkaufen. Das freut uns ganz besonders, aber wir sind doch stolz auf unsere Urheberschaft.

(Beifall SPD)

Lars Harms hat das hier dankenswerterweise erwähnt; die Vokabel „inspirierend“ fand ich sehr hübsch.

(Zurufe)

Punkt 1: Beitragserstattung für Kindergärten, Horte und Schulbetreuung für einen weiteren, den dritten Monat. Sowohl die Kitas als auch die Betreuungsangebote an den Schulen werden mindestens bis zu den Sommerferien nicht für alle Kinder öffnen. Deshalb kann man den Eltern diese nicht erbrachten Leistungen nicht auch noch in Rechnung stellen. Familien tragen in dieser Zeit sowieso schon eine riesige Last. Wir haben es heute mehrfach gehört. Die Beitragserstattung hilft da zumindest ein Stück weiter.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle zwei Bemerkungen am Rande: Wir, die SPD, bleiben bei unserer Überzeugung, dass die Betreuung von Kindern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und die Kita-Gebühren deshalb endlich auch in Schleswig-Holstein abgeschafft werden müssen.

(Beifall SPD)

Ohne Kita-Gebühren hätten wir dieses Problem jetzt gar nicht.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ohne Corona auch nicht! - Weitere Zurufe)

Auch Eltern von Schulkindern, die Beiträge für Betreuungsangebote zahlen, bekommen ihre Beiträge zurückerstattet. Aber darüber hat die Landesregierung Eltern und Träger viel zu lange im Ungewissen gelassen. Gut, dass diesmal klar ist, dass alle gemeint sind.

Punkt 2: Verbesserungen beim digitalen Lernen. Eines ist in dieser Zeit sehr deutlich geworden - auch da bin ich nicht die Erste, die das heute ausspricht -:

(Beate Raudies)

Die Digitalisierung der Schulen einschließlich der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit leistungsfähigen Geräten muss schneller gehen. Mir haben Grundschullehrerinnen von Familien mit zwei Kindern berichtet, bei denen es ein digitales Endgerät gibt, nämlich das Smartphone der Mama, und das ist aus dem Haus, wenn Mama morgens ins Pflegeheim putzen geht. Da ist da dann nichts mit digitalem Unterricht. Das macht deutlich, wie unterschiedlich die Voraussetzungen in den einzelnen Haushalten in unserem Land sind, und es macht deutlich, dass der Zugang zu digitalen Endgeräten ein Baustein zur umfassenden Teilhabe an Bildung ist.

Wir freuen uns sehr, dass jetzt 15 Millionen € zur Förderung des digitalen Lernens zur Verfügung stehen. In den Gesprächen mit der Koalition haben wir vereinbart, dass es um zusätzliches Landesgeld geht und nicht um die zusätzlichen Bundesmittel, die hoffentlich bald kommen werden. Es ist dringend erforderlich, dass wir da von beiden Seiten ein bisschen Geld in die Hand nehmen.

(Beifall SPD)

15 Millionen € sind eine Menge Geld. Hierunter fällt natürlich auch die Entwicklung von Lernplattformen. Für uns vorrangig ist aber die Unterstützung der Schulträger bei der Bereitstellung digitaler Endgeräte. Das Ziel ist, dass alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Herr Koch, wenn Sie auf die Formulierung abstellen: Der Ministerpräsident hat versprochen, allen Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein bis 2022 ein Tablet zur Verfügung zu stellen, also müssten wir da wohl noch eine Schippe drauflegen.

Schade, dass sich die Koalitionsfraktionen nicht dazu durchringen konnten, die Kommunen vom Eigenanteil beim DigitalPakt zu entlasten. Gut, dass wir uns darauf verständigt haben, diese Frage im Rahmen der Gespräche über die Kostenteilung nach der Pandemie einzubeziehen.

Punkt 3: weitere Unterstützung für Kulturschaffende. Kultur, die auf Publikum im analogen Raum angewiesen ist, wird am längsten und am umfassendsten von der Krise betroffen sein. Selbst unter Schutzmaßnahmen wird eine Rückkehr in das normale Kulturleben wohl nur eingeschränkt möglich sein. Auch die Begrenzung auf 50 Personen, von

denen heute Morgen die Rede war, ist nicht überall eine Hilfe. Zumindest die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreis Pinneberg kennen vielleicht das Theaterschiff Batavia; da ist auch mit einer Zahl von 50 Personen nicht viel geholfen, weil man es in dieser Location kaum hinkriegen kann, Publikum hineinzukriegen.

(Martin Habersaat [SPD]: Die machen im Sommer immer ganz toll Open-Air-Kino!)

- Ja, Open Air ist kein Problem, aber im Schiffsbauch ist das schwierig. Wir werden sehen. Kultur ist kreativ. Die finden bestimmt Lösungen.

Der erhöhte Zuschuss, den wir zur Verfügung stellen, soll dazu dienen, eine mehrmalige Antragstellung der Kulturschaffenden beim Kulturhilfefonds des Landeskulturverbands zu ermöglichen. Frau Finanzministerin, danke, dass ich so viel Redezeit habe. Ich nutze einmal die Gelegenheit, mich beim Landeskulturverband für seine kreative Idee zu bedanken.

(Beifall)

Keine fünf Tage nach Beginn der Krise und des Lockdowns war da schon diese Idee geboren. Das fand ich ein super Beispiel dafür, wie kreativ viele Menschen in unserem Land mit der Situation umgehen und sich Ideen entwickelt haben.

Jetzt gibt es die nächste Runde; der Landeskulturverband hat zu digitalen Angeboten eingeladen, ein neuer Kulturdialog, Frau Kultusministerin - sie ist nicht da. Digital auf neuen Wegen - ich bin gespannt, was dabei herauskommt. - Jetzt geht es ein bisschen mit mir durch, Entschuldigung.

Die Maßnahmen, die wir jetzt finanzieren, können nur zur Überbrückung dienen, den Gesamtschaden auf lange Sicht aber nicht abwenden. Langfristig braucht es für die Kultur andere Maßnahmen. Frau Ministerin Prien tut gut daran, sich mit ihren Fachkolleginnen und Fachkollegen baldmöglichst auf entsprechende Schritte zu verständigen.

Ganz zu schweigen von den vielen Laien in Chören, Orchestern, Tanz- und Theatergruppen, ohne deren Mitwirkung das kulturelle Leben in Schleswig-Holstein viel ärmer wäre. Sie brauchen vielleicht weniger Geld, aber zumindest eine Perspektive und eine gute Aussicht.

(Beifall SPD und Anette Röttger [CDU])

Meine Damen und Herren, wir haben immer gesagt, dass wir als SPD-Fraktion alles Notwendige tun werden, um die Krise gemeinsam zu bewältigen. Besondere Zeiten bedürfen besonderer Herange-

(Beate Raudies)

hensweisen. Auch deshalb stimmen wir dem Nachtragshaushalt zu und stellen die Zweidrittelmehrheit in diesem Hause sicher. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Dieser Haushalt ist mit Sicherheit kein Haushalt der Gestaltung, sondern ein Haushalt der Krise. Wenn man in den Haushalt reinguckt und sich die einzelnen Titel anschaut, wird das deutlich: Es geht um die Beschaffung von Schutzausrüstung, um die Beschaffung von Beatmungsgeräten, um die Zentralisierung und um den Ausbau von Obduktionskapazitäten, um die Umgestaltung von Reha-Einrichtungen, die plötzlich komplett andere Aufgaben bekommen haben. Wir sehen: Es ist eine andere Herangehensweise, als wir das bei anderen Nachtragshaushalten haben oder beim regulären Haushalt gehabt hätten. Trotz der weitreichenden Konsequenzen, die die Pandemie hat, ist immer wieder festzuhalten, dass es sich im Kern um eine Gesundheitskrise handelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern zwei Worte zum Pflegebonus, der mir sehr wichtig ist, verlieren. Sehr früh in der Krise, schon Anfang März, haben mich Beschreibungen erreicht, in denen es darum ging, dass sich Leute in Pflegeeinrichtungen Gedanken gemacht haben, was die Krise für sie bedeutet. Das war eine Phase der Krise, in der man kaum etwas wusste. Man hatte erste Erfahrungen aus Wuhan, es gab grobe Beschreibungen der Situation in anderen Ländern, es gab erste Ideen, was in Italien gerade los ist.

Die erste Reaktion, die ich da gehört habe, war: Na ja, wir werden wahrscheinlich in die Pflegeeinrichtung ziehen und da für zwei Wochen oder je nachdem, wie lange das geht, übernachten, leben, damit dann, wenn es einen Lockdown gibt, wenn es erste Infektionen gibt, wenn sich die Pflegeeinrichtung in Quarantäne befindet, weiter gepflegt werden kann; es führt ja kein Weg daran vorbei.

Das ist eine Form der Hingebung, die es in kaum einem anderen Berufsfeld gibt und zum Glück auch in kaum einem anderen Berufsfeld geben muss. Das

sind Menschen, die schon vorher teilweise am Limit gearbeitet haben. Wir hatten fast synchron die Debatte über das UKSH und die Tarifverhandlungen mit ver.di, die Monika Heinold geführt hat. Wir haben immer wieder gesehen, wie sehr Pflege und das Gesundheitssystem in Deutschland am Limit sind.

In diesem Bereich ist Kontakt unvermeidbar. Man kann sich schützen, wie man will, man muss in Kontakt treten, auch wenn man Schutzbekleidung hat. Das ist körperlich und psychisch wahnsinnig anstrengend, sowohl dann, wenn ein Ausbruch geschieht, als auch dann, wenn keiner geschieht, wenn man sich immer wieder fragt: Was passiert am nächsten Tag, kann ich Überstunden abbauen oder nicht, muss ich es gerade jetzt machen, weil ich nächste Woche so sehr gefragt bin wie bisher kaum in meinem bisherigen Arbeitsleben?

Das alles ist eine Riesenbelastung. Dem gegenüber steht eine - da sind wir uns alle einig - viel zu geringe finanzielle Entlohnung. Dieses Zusammenspiel macht den Unterschied zu allen anderen Branchen aus, die das Leben am Laufen halten. Das ist der Unterschied zu dem, was an der Kasse passiert. Ich weiß, dass der Job an der Kasse stressig ist; auch ich habe als Kassierer Silvester und überall gearbeitet, es war immer stressig, und Kunden sind häufig richtig ätzend, und das ist auch jetzt gerade der Fall. Trotzdem ist die Lage eine andere, wenn jemand in der Pflege tätig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es richtig, hier gemeinsam mit anderen Bundesländern die Pflegenden zu unterstützen und einen Bonus auszuzahlen, sowohl in der Alten- als auch in der Krankenpflege.

Obwohl vieles in der Krise ungewiss war und wir zwischenzeitlich Situationen haben, in denen sich die Frage stellt, ob das Desinfektionsmittel noch reicht, wenn für zwei Wochen noch genug da war, und auch die Versorgung mit Schutzbekleidung nicht immer sichergestellt war, viel Verunsicherung in der Gesellschaft herrschte, gerade auch in den Pflegeeinrichtungen und im Gesundheitssystem - egal, an welchem Stand der Krise wir waren, zu jeder Zeit war klar, dass man sich auf das Pflegepersonal in dieser Gesellschaft verlassen kann, auch in der Krise. Das ist schon herausragend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Ich kann gut verstehen, dass viele jetzt Erleichterung verspüren durch die Lockerungen, die sich

(Lasse Petersdotter)

gestern und heute und in den letzten Wochen ergeben haben. Ich möchte trotzdem erinnern: Die Krise ist nicht vorbei. Das Bewusstsein, dass wir uns in einer Krise befinden, in der Menschen pleitegehen werden, in der Menschen maximale existenzielle Nöte erleben werden, in der Menschen sterben werden, in der Unternehmen nicht weiter vorankommen werden, in der sich persönliche Pläne zerschlagen werden, diese Krise ist immer noch da. Wir müssen die Krise weiter ernst nehmen.

Wir befinden uns jetzt mehr oder weniger an einem Entscheidungsweg. Ist es ein Wendepunkt, oder ist es nur eine Verschnaufpause vor der nächsten, womöglich schlimmeren Welle? Das entscheidet sich jetzt und hängt davon ab, wie verantwortungsbewusst wir mit den Freiheiten umgehen.

Für beide Szenarien werden wir Antworten geben müssen, und genau darauf ist der Nachtragshaushalt ausgelegt. Wir stellen heute nicht die Weichen für die Zukunft - das ist ein Bild, das bei normalen Haushaltsberatungen gern verwendet wird -, sondern wir lenken den Zug momentan auf Sicht. Das ist nicht ideal, aber es gehört zu einer Krise, dass Dinge nicht ideal sind.

Das bedeutet für uns, dass die Rettung der regionalen Wirtschaft ganz vorne steht. Das sieht man auch in den Summen: 300 Millionen € für ein Darlehensprogramm, das sehr schnell beschlossen wurde, 150 Millionen € für Betriebe zwischen 10 und 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Man sieht, dass es uns sehr stark um die Wirtschaft geht. Es mag hart klingen, aber es geht gerade nicht darum, die Wirtschaft am Laufen zu halten, sondern die Wirtschaft am Leben zu halten. Das ist in unserem Wirtschaftssystem ein Widerspruch in sich.

Das macht es für uns alle sehr schwierig. Das bedeutet auch, dass Fehler geschehen werden. Jedes Handeln birgt immer die Gefahr des Scheiterns und, Fehler zu machen. Genau darauf muss man sich jetzt einlassen. Es wird Menschen geben, die dieses System ausnutzen. Da muss man sehr genau hingucken. Frau Heinold hat das angesprochen.

Nichtsdestotrotz haben wir dabei einen Kompass, und der Kompass ist: Wir müssen Arbeitsplätze sichern und Monopole verhindern, sowohl in Schleswig-Holstein als auch global. Die Pandemie hat gezeigt, wie gefährlich Monopole sind und wie schwierig es ist, wenn die regionalen Wirtschaftsketten nicht zur Daseinsversorgung ausreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Noch zwei Hinweise zur Wirtschaft. Erstens: Es ist unfassbar, was die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Verwaltung gerade leisten und wie gerade im Rekordtempo uralte Klischees über die langsame und umständliche Verwaltung abgestempelt und endgültig weggeheftet werden. Was da geleistet wird, ist großartig und hilft allen Menschen in diesem Land.

(Beifall)

Zweitens: Die Hilfen, die teilweise ein bisschen unkonditioniert wirken, sind richtig. In der jetzigen Phase waren wir bis gestern - man muss gucken, wann sich die Phasen abwechseln - in einer Phase der Versicherung, in der es - wie gesagt - darum ging, die Wirtschaft am Leben zu halten. In dieser Phase der Versicherung ist es nicht notwendig, nach ökologischen Standards zu gucken, sondern es geht da tatsächlich um Existenzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe FDP, in der nächsten Phase der Stimulation wird es aber maßgeblich wichtig sein, nach ökologischen und gerechten Standards vorzugehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Unruhe)

Zurzeit wird oft ein Generationenkonflikt vermutet oder befürchtet, auf der einen Seite durch Schulden, die ja irgendwann zurückgezahlt werden müssen - darauf komme ich gleich zu sprechen -, und auf der anderen Seite der Generationenkonflikt, wenn die Konsequenzen und Antworten auf die Krise uns in die nächste Krise stürzen. Dann werden wir den Generationenkonflikt nicht aushalten können und sagen: Na ja, wir mussten den Status quo erhalten, wir schaffen es irgendwann durch Innovation und andere Lösungen.

Herr Kollege Stegner, Sie haben die Vorgehensweise des Umweltministers kritisiert, der früh gesagt hat, Konjunkturpakete müssten sich nach ökologischen Standards richten. Natürlich müssen sie das. Was wäre denn die Alternative? Die Alternative zu ökologischen Standards ist eine Abwrackprämie, die keinem Menschen hilft und den Planeten noch weiter herunterreißt.

Bevor Sie dazwischengehen, möchte ich noch einen Satz sagen. Sie sagen, so mache man Strukturpolitik mit dem Holzhammer. Lieber Strukturpolitik mit dem Holzhammer als weiter rückwärtsgewandte Politik mit Brett vorm Kopf!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, ich habe Ihrer Zwischenbemerkung entnommen, dass Sie die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner gestatten.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Petersdotter, in der Notwendigkeit eines ökologisch-sozialverträglichen Umbaus unserer Industriegesellschaft sind wir kein Stück auseinander; da liegt der Dissens nicht. Ich habe auch durchaus ein gewisses Verständnis für parteipolitische Motive, was die Themenkonjunktur angeht. Das kann ich nachvollziehen.

Nur: In der Situation, in der das ausgesprochen wurde, haben wir genau das, was Sie beschrieben haben, nämlich, dass Betriebe um ihre nackte Existenz kämpfen. Die empfinden das in der Verkürztheit der Kommunikation als Bedrohung. So war es sicher gar nicht gemeint.

Insofern war es eine kleine kollegiale Hilfe, darauf hinzuweisen, dass man mehr Akzeptanz für das Notwendige bekommt, wenn man den Menschen keine Angst macht. Das war der Punkt.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe)

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich finde es sehr schmeichelhaft und anständig, dass Sie sagen, sobald ökologische Forderungen aufgestellt würden, sei das Parteipolitik der Grünen. Ich nehme einmal eine Zeitung, die nicht unbedingt ein grünes Kampfmedium ist. Das „Handelsblatt“ hat zwei Tage vor der Idee des Umweltministers die Stellungnahme des Chefs des Instituts für Weltwirtschaft, vieler Institutionen, die nicht die Sperrspitze des Ökokommunismus sind, veröffentlicht mit dem Inhalt, dass man Konjunkturprogramme unbedingt nachhaltig aufstellen muss.

Am Tag nach der Ideenäußerung von Herrn Albrecht stand auf der Titelseite des „Handelsblatts“: 60 DAX-Unternehmen forderten Konjunkturpakete.
- Ich sehe schon die Gesichter der FDP, es gibt gar

nicht 60 DAX-Unternehmen. 60 Unternehmer aus dem DAX-Spektrum und Familienunternehmer fordern, dass man die Konjunkturpakete ökologisch aufstellt. Es ist Parteipolitik, aber nicht nur. Wir stehen als Partei außerhalb, aber auch innerhalb der Krise dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Petersdotter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Petersdotter, ich bewundere Ihre rhetorische Fähigkeit, Dinge zurückzuweisen, die man gar nicht behauptet hat.

(Zurufe)

Ich bleibe dabei sagen: Die SPD unterstützt den sozialökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft ausdrücklich. Etwas anderes ist nicht vertretbar.

Ich habe mich allerdings mit dem Zeitpunkt und der Zuspitzung der Bemerkung des Herrn Umweltministers befasst und habe, da ich ja Zeitungsleser bin und die Medienlandschaft in Deutschland generell beobachte, festgestellt, dass manche Parteikollegen des Umweltministers zu der etwas betrüblichen Entwicklung der Umfragewerte befragt worden sind. Ich habe keinen Grund, dazu etwas zu sagen; uns geht es auch so. Ich verstehe das.

Nur, in der Situation, in der wir gerade sind, muss die Kommunikation so sein - darum bemühen wir uns alle -, dass die, die um ihr nacktes Leben ringen, nicht Angst haben müssen, dass ihnen das genommen wird, weil man ihnen Bedingungen aufoktroziert, die sie nicht erfüllen können. Nur darum ging es, um nichts anderes.

(Vereinzelter Beifall SPD und FDP)

- Ich bedanke mich für die Verbrüderung und freue mich auf Beispiele für gutes Timing und wenig Zuspitzung.

(Lasse Petersdotter)

(Unruhe)

Um einen Themenschwenk zu machen weg von der Ökologie hin zum Fokus, den auch der Ministerpräsident heute nach vorn gestellt hat: Es ist richtig, dass sich die Koalition und der Haushalt sehr stark auf die Belange von Familien und Kindern richten. Lange Zeit gab es die Debatte, ob Familien oder Kinder aus dem Fokus geraten seien. Das ist mitnichten der Fall. Von vornherein wurde immer wieder darüber diskutiert, welche Auswirkungen die Krise auf Spielplätze und Kitas hat. Wir müssen die wissenschaftliche Lage immer wieder orten und gucken, welche Studien es gibt, was in China publiziert wird, was in gerade in Island publiziert wird und so weiter. Das ist mit Sicherheit alles nicht einfach.

An dieser Stelle muss man ganz dringend einen deutlichen Dank an die Erzieherinnen und Erzieher aussprechen, die sich täglich sowohl in der Notbetreuung als auch künftig in der erweiterten Betreuung einer Situation aussetzen, wo nicht jedes Kind eineinhalb Meter Abstand einhält und die vier Seiten der Kita- oder Schulleitung gelesen hat, sondern wo das nicht immer so möglich ist, und die immer wieder ohne Schutzkleidung im Einsatz sind. Es ist schon ein herausragender Akt, der dort stattfindet. Vielen, vielen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist richtig, dass wir insgesamt über 100 Millionen € für Kita und Ganztage ausgeben, dass wir 3 Millionen € für Stornokosten bei Klassenfahrten vorsehen, dass wir für die Sommerakademien Geld vorsehen, dass wir 15 Millionen € für Digitalisierung und Teilhabe in Schulen bereitstellen. Es ist wichtig, auf beides zu verweisen. Auf der einen Seite geht es um Digitalisierung der Schule und die Frage von Lernplattformen, auf der anderen Seite aber auch um Teilhabe. Wie kommt man an digitale Endgeräte? Homeschooling hängt maßgeblich vom Home ab. Wir müssen Rücksicht darauf nehmen, dass nicht alle Familien gleich ausgestattet sind.

Wir müssen die Krise stets von den Schwächsten her denken, ohne uns dabei verrückt zu machen. Das bedeutet aber auch, dass man Interesse und Probleme derer wahrnehmen muss, die nicht die lautesten Stimmen haben und nicht die Lautesten sein können. Wir haben sicherlich einige Gruppen im wahrsten Sinne des Wortes im Ohr, die anders aufgestellt sind. Da muss man auch einmal nach Problemen suchen, wie wir es auch sonst machen; jetzt ist das allerdings noch viel stärker notwendig.

Das zeigt sich auch - auch diesen Satz möchte ich einmal gesagt haben -: Es ist nicht die Zeit für einen schwachen Staat. Es klingt irgendwie pathetisch, aber es ist einfach so. Hätten wir einen schwachen Staat, hätte uns das in den ersten Wochen der Krise in massive Probleme gestürzt.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Die Krise kostet Geld, und Staat wird als aufgebläht wahrgenommen. Dem möchte ich widersprechen. Diese Krise wird Geld kosten, sie kostet schon jetzt Geld, und zwar viel Geld. Aufgrund der Schuldenbremse, die nun einmal besteht, werden wir dieses Geld zurückzahlen müssen, und zwar Cent für Cent bis 2043, Stand jetzt. Frau Heinold hat vorhin gesagt - ich bin dann 53 Jahre alt -, dann werden wir das womöglich abbezahlt haben. Das weiß heute ehrlicherweise keiner. Da hängt davon ob, wie sich weitere Entwicklungen ergeben. Wir müssen schon jetzt Maßnahmen, die wir diskutieren, daran messen. Die Maßstäbe gehen doch ein Stück weit verloren. Wir haben letztes Jahr noch ein halbes Jahr über 3 Millionen € diskutiert, und jetzt kommen 8 Millionen €, 15 Millionen €, 50 Millionen €, 300 Millionen € fast im Tagestakt.

Ein Maßstab, den ich anreichen möchte, ist, in der Tilgungszeit zu denken: Ein Kita-Monat kostet uns ein Jahr Tilgung.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Es ist nicht ohne, wenn wir von 35 Millionen € sprechen. Wir werden 700 Millionen in 20 Jahren in 35-Millionen-€-Schritten tilgen. Das ist nicht ohne. So sollte man die eine oder andere Maßnahme als Indikator messen.

Tilgungsjahre dürfen dabei nicht zulasten der Schwachen gehen. Sie dürfen nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Kinder, Studierenden, Schülerinnen und Schüler gehen. Das ist in der Vergangenheit der Bundesrepublik und der Vergangenheit vieler Länder viel zu häufig passiert. Ein Staat kann seine Ausgaben hauptsächlich durch Steuern und Abgaben, durch Schulden und Kredite oder durch Kürzungen finanzieren.

Steuern und Abgaben will man offenbar nicht erhöhen, höre ich aus der einen Ecke des Hauses. Man möchte auch keine Schulden machen, höre ich aus der gleichen Ecke des Hauses. Insofern muss man überlegen, wie man es in Zukunft finanziert, wenn die Einnahmen automatisch sinken. Das wird teilweise nur über Kürzungen gehen. Das hat Potenzial für massive Konflikte in unserer Gesellschaft. Es ist

(Lasse Petersdotter)

gut, dass wir IMPULS haben, aus denen in den nächsten Jahren Mittel abfließen können.

Ich weiß ganz genau, dass ich hier schon einmal stand und gesagt habe: Dass IMPULS-Mittel nicht schnell abfließen, ist ärgerlich, aber es ist vielleicht gar nicht so schlimm, wenn sich die Konjunkturlage einmal ändert, dann haben wir eine Art von Deficit Spending. Ich bin sehr gespannt darauf und hoffe, dass das unsere regionale Wirtschaft und Infrastruktur in den nächsten Monaten stärken wird.

Wenn ich gerade über soziale Konflikte gesprochen habe - ich beeile mich jetzt auch -, komme ich noch kurz zur AfD. Herr Nobis, ich habe eben ein bisschen mitgeschrieben. Sie behaupten, es gingen so viele Kosten für mehr Geflüchtete drauf. Ich habe Sie gestern im Finanzausschuss gefragt, ob Sie sich wenigstens ein bisschen dafür schämen, dass Sie Anfang des Jahres groß Welle in der Presse gemacht haben, dass wir Mittel für den LeVo-Park für den Fall der Fälle zurückgehalten haben. Jetzt sind wir innerhalb weniger Tage und Wochen in der Lage zu reagieren, weil wir den LeVo-Park aufrechterhalten haben. Nein, Sie trauen sich da doch immer wieder heraus, anstatt einzugestehen, dass Ihre Skepsis dort unberechtigt ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann kommen Sie zu den Ausgaben für Kredite und sagen, ursprünglich sei geplant gewesen, in zehn Jahren zu tilgen. Ja, bei 500 Millionen € - Verdoppelt man die Gesamtsumme, ist es nur schlüssig, dass man dann auch die Zeit der Tilgung erhöht. Das ist bei fast jedem Handyvertrag so. Sachsen hat in seiner Verfassung eine Zeit von acht Jahren Tilgung festgehalten. Die versuchen, das jetzt zu ändern, weil kein Mensch das halten kann. Nordrhein-Westfalen hat 50 Jahre Zeit für die Tilgung. Die meisten Länder liegen zwischen 20 und 30 Jahren. Schleswig-Holstein hat nicht die Finanzausstattung, um den Primus zu spielen und schneller zu tilgen, als man es sich leisten kann. Ein Zeitraum von 20 Jahren und der Beginn im Jahr 2023 sind völlig okay.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die AfD wollte die Überschüsse aus dem letzten Jahr direkt aus der Infrastruktur rausziehen, bestehende Verträge am liebsten aufkündigen und das alles jetzt für die Krise verwenden. Das ist völlig unverantwortlich.

Ich möchte auf Ihren Antrag eingehen. Sie haben drei Sätze geschrieben und fordern, die Regierung solle Vorschläge machen, wo man kürzen kann. Was ist das für ein parlamentarischer Vorschlag? Unsere Antwort darauf ist, dass mittlerweile jeder Ausgabe vom Finanzausschuss zugestimmt werden muss. Wir sind ein verantwortungsbewusstes und selbstbewusstes Parlament und wollen nicht die Regierung unsere Arbeit machen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW - Jörg Nobis [AfD]: Im laufenden Haushalt!)

Wir entscheiden heute über einen Nachtragshaushalt, der noch lange nicht das letzte Wort zu Corona sein wird, der aber einen handlungsfähigen Staat und eine krisenfeste Gesellschaft zeigt. Das macht zuversichtlich, aber es ist kein Anlass zur Leichtfertigkeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Mit der Verdoppelung der Notkredite auf 1 Milliarde € reagieren wir auf eine beispiellose Krise. Neben den unerlässlichen Ausgaben für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung müssen wir unserer mittelständischen Wirtschaft unbürokratisch unter die Arme greifen, damit sie die aktuelle Durststrecke überlebt.

Unser zukünftiger Wohlstand hängt davon ab, ob es uns gelingt, gesunde Unternehmen auf breiter Front zu erhalten, die durch Corona völlig unverschuldet in finanzielle Not geraten sind.

(Beifall FDP)

An diesen Unternehmen hängen hunderttausend Arbeitsplätze, milliarden schwere Wertschöpfung und unendlich viel Herzblut von Eigentümern und ihren Beschäftigten. Hier geht es jetzt wirklich um Existenzen.

Der Motor unseres Landes ist der Mittelstand. Erst wenn dieser nicht mehr stottert, werden wir die Krise bewältigt haben.

(Beifall FDP)

Um dauerhafte Wohlstandseinbußen zu vermeiden, braucht es nach der Krise mehr denn je eine wach-

(Annabell Krämer)

tumsfreundliche Politik, die unternehmerische Innovationen zur Entfaltung bringt und einen verlässlichen Ordnungsrahmen bietet. Was wir dagegen nicht brauchen, sind ständig neue Verbote und Regulierungen, die unsere Wirtschaft zusätzlich belasten und Investitionsunsicherheit schaffen.

(Beifall FDP)

Wirtschaftliche Freiheit ist die Voraussetzung für Wohlstand, und Wohlstand ist die Voraussetzung für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und eine hohe Lebenserwartung. Diese Zusammenhänge sollten wir uns gerade in dieser Krise bewusst machen.

Kommen wir zum vorliegenden Nachtragshaushalt. Es hat sich gezeigt, dass das Soforthilfeprogramm des Landes für Unternehmen mit 11 bis 50 Beschäftigten stark nachgefragt wird. Oftmals ist die Liquidität in den Betrieben bereits aufgebraucht, sodass unabwendbare Betriebskosten - nur davon reden wir - nicht anders zu decken sind.

Um alle berechtigten Auszahlungen leisten zu können, stocken wir das Soforthilfeprogramm heute um 50 Millionen € auf 150 Millionen €. Diese Mittel ergänzen das Soforthilfeprogramm des Bundes, das sich an Soloselbstständige und Kleinunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten richtet. Bund und Länder greifen den kleinen und mittleren Unternehmen somit nicht nur mit lebensnotwendigen Liquiditätshilfen, sondern auch mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen unter die Arme. Diese Zuschussprogramme sind wichtig, weil sie dazu beitragen können, eine Überschuldung der Unternehmen abzuwenden.

Neben dem genannten Zuschussprogramm hilft das Land dem Hotel-, Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe mit besonders günstigen Krediten aus dem Mittelstandssicherungsfonds. In dieser Branche betragen die Einnahmeausfälle bis zu 100 %, wie Sie alle wissen.

Gerade als tourismuspolitische Sprecherin meiner Fraktion bin ich erleichtert, dass unsere Hoteliers und Gastronomen heute endlich eine Perspektive aufgezeigt bekommen haben, bald wieder öffnen zu dürfen, denn jeder Tag, der ohne Umsatz vergeht, ist ein herber und schmerzhafter Rückschlag im Kampf um die wirtschaftliche Existenz. Es geht um einen Wirtschaftszweig, der für unser Land zwischen den Meeren bedeutsam ist. Es geht aber auch um ein großes Stück Lebensqualität für uns alle.

Mit dem Nachtragshaushalt beschließen wir weitere wichtige und teils auch gesetzliche Hilfen. Letzt-

eres betrifft die Mehrausgabe nach dem Infektionsschutzgesetz in Höhe von 64,3 Millionen €. Hiermit erstattet das Land entstandenen Verdienstaufschlag wegen angeordneter Quarantäne oder der Schließung von Schulen und Kitas. Weitere 81,5 Millionen € fließen in das Gesundheitssystem, konkret in medizinische Geräte und Schutzausrüstung, Investitionen in Krankenhäuser und als Erstattungen an Reha-Kliniken für das Vorhalten von Betten.

Zudem war es uns Freien Demokraten äußerst wichtig, die Erforschung der Auswirkungen des Coronavirus insbesondere auf Kinder und Jugendliche voranzutreiben. Mit 2 Millionen € unterstützen wir unsere hervorragenden Institute im Land, uns wichtige Erkenntnisse zu liefern, welche Schutzvorkehrungen im Umgang mit Kindern wirklich erforderlich sind.

(Beifall FDP)

Die Ausgaben im Bereich Gesundheit und Forschung sind für uns ebenso essenziell wie die Finanzhilfen für unsere Wirtschaft.

Für Familien ist die gegenwärtige Situation eine enorme Belastung. Die geschlossenen Kitas und Schulen erfordern eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung und stellen die Eltern vor die Herausforderung, die Beschulung ihrer Kinder größtenteils selbst zu übernehmen. Wenn die Betreuung in Kita oder Schule nicht stattfindet, ist es nur fair, wenn die Eltern entsprechende Beiträge für nicht erbrachte Leistungen von den Kommunen erstattet bekommen. Viele Eltern befinden sich in Kurzarbeit und müssen ihre Ausgaben mit reduziertem Einkommen bestreiten. Für eine Entlastung der Eltern ohne Belastung der Kommunen stellen wir heute in Summe 105 Millionen € bereit. Es ist ein starkes Signal, dass wir heute außerdem 15 Millionen € für das digitale Lernen an Schulen zur Verfügung stellen. Diese Gelder ergänzen die DigitalPakt-Mittel von Bund und Land und sollen Heimunterricht erleichtern oder erst ermöglichen.

Ich kann leidvoll berichten, dass ich als Mutter zweier Kinder in den letzten Wochen hautnah erleben durfte, welche Defizite in der digitalen Infrastruktur im Bildungsbereich noch bestehen. Es darf nicht passieren, dass ein Schuljahr faktisch für beendet erklärt wird, weil man nicht für alle Schüler die gleichen Lernbedingungen gewährleisten kann.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb brauchen wir für alle Schüler digitale Endgeräte, geprüfte Lernsoftware sowie Unterstützung

(Annabell Krämer)

der Lehrkräfte bei der Erlangung digitaler Kompetenz. Ich möchte nie wieder erleben, dass mein Sohn bereits Anfang Mai faktisch sein Zeugnis überreicht bekommt.

Das Einrichten eines freiwilligen Bildungsangebotes in den Sommerferien wird den Unterrichtsausfall zwar nicht kompensieren können, es kann aber entstandene Lerndefizite zumindest reduzieren. Hierfür wird der Finanzausschuss bis zu 5 Millionen € freigeben, sobald das Bildungsministerium hierfür ein schlüssiges Konzept vorgelegt hat. Die FDP-Fraktion erwartet hierbei ganz klar, dass der Fokus auf die Kernfächer und somit auf die prüfungsrelevanten Fächer gelegt wird.

Manchmal sind es Krisen wie diese, die einen Innovationsschub in rasender Geschwindigkeit für etwas erzwingen, was sonst viele Jahre gebraucht hat - um einmal etwas Gutes in diesem Schlechten zu sehen.

Doch bei allem Geldsegen muss ich als Finanzpolitikerin auch Wasser in den Wein schütten und dem weit verbreiteten Eindruck widersprechen, der Staat könne das wegbrechende Volkseinkommen für alle und jeden vollständig kompensieren. Wir dürfen alle nicht vergessen: Der Staat selbst erwirtschaftet nichts. Er verteilt nur um. Diese Umverteilung ist jetzt natürlich ökonomisch absolut geboten, um den Mittelstand zu retten und eine wirtschaftliche Depression abzuwenden. Wir sind aber zugleich angehalten, an das Morgen und - mein Kollege Lasse Petersdotter und andere haben es schon gesagt - an die notwendige Rückführung der Kredite zu denken.

Wir beschließen heute ebenfalls gemeinsam, dass die Notkredite ab 2023 innerhalb von höchstens 20 Jahren getilgt werden sollen. Das bedeutet eine jährliche Haushaltsbelastung von mindestens 35 Millionen € Jeder von uns kann einmal in sich gehen und überlegen, was das für jeden Einzelnen bedeutet. Jeder kann sich einmal seine Lieblingsprojekte im Haushalt vor Augen führen.

Noch nicht berücksichtigt sind weitere konjunkturelle Kredite, die aufgrund von Einnahmeausfällen notwendig werden. Die Mai-Steuerschätzung, die wir in der übernächsten Woche erwarten, wird ein erster Fingerzeig sein, wie hoch diese Einnahmeausfälle werden.

Die kommende Rückführung der Kredite, die uns die Schuldenbremse vorschreibt, ist richtig. Nur ein Staat, der ordentlich wirtschaftet und vorsorgt, ist in einer solchen existenziellen Krise, in der wir jetzt gerade sind, überhaupt handlungsfähig.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade deshalb müssen wir auch in der Krise genau abwägen, welche Ausgaben zur Abwehr und Bewältigung der Notsituation essenziell und gegenüber der Öffentlichkeit vertretbar sind. Ich muss es leider einmal erwähnen: Aus meiner Sicht sind die ausgeweiteten Zuschüsse für die Schausteller ein Stück weit problematisch. Uns allen ist bewusst, dass diese Branche durch langfristige Einnahmeausfälle erheblich von der Krise betroffen ist. Nichtsdestotrotz fällt es mir schwer zu begründen, warum diese eine Branche bis zu neun statt drei Monate Geld aus dem Soforthilfeprogramm bekommen kann. Wie erklären wir das zum Beispiel der ebenfalls schwer betroffenen Reiseverkehrsbranche?

(Zuruf: Mövenpick!)

Warum erhalten Künstler als einzige Gruppe unter den Selbstständigen Mittel zum Lebensunterhalt außerhalb der Grundsicherung?

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Krämer, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Krämer, ich will Ihnen gern helfen. Sie haben eine Frage gestellt, und der Antrag kommt ja von uns. Bei den Schaustellern handelt es sich um diejenigen, die das immaterielle Kulturerbe der Volksfeste in Schleswig-Holstein betreiben. Die sind weg. Das ist nicht ein Betrieb wie jeder andere. Sie haben ja auch ein paar Ihrer liberalen Grundsätze vorgetragen und treten oft für Steuersenkungen für diejenigen ein, die unter den Gesichtspunkten, die Sie gerade genannt haben, auch nicht unbedingt bedürftig wären, und sie manchmal dennoch von Ihnen bekommen.

Dem einen zu helfen und nicht gleichzeitig allen helfen zu können, spricht nicht dagegen, an der einen oder anderen Stelle etwas zu tun. Das ist Alltagskultur. Wir müssen auch immer etwas darauf achten, dass wir nicht nur die Hochkultur, sondern auch die Alltagskultur fördern. Deswegen finden wir das ausdrücklich richtig.

(Annabell Krämer)

Bei den Künstlern, die Sie angesprochen haben: Sie wissen es, wir haben mit dem Wirtschaftsminister darüber gesprochen, wie schwierig es ist, das bei Soloselbstständigen mit untypischen Ausgaben zu regeln. Ich finde nicht, dass wir nur für diejenigen Programme machen dürfen, die typische Ausgaben haben, und die anderen fallen durch den Rost. Ich finde es nicht so gut, muss ich sagen, dagegen zu argumentieren, wenn wir - auch wenn mit unterschiedlicher Akzentuierung - hier gemeinsam einen Nachtragshaushalt verabschieden. Ich glaube, es gibt immer Gründe für den einen oder anderen, etwas zu tun. Ich finde die Anträge wohlbegründet. Denen eine Chance zu geben, dass es in Schleswig-Holstein weitergehen kann, ist eine gute Sache.

- Herr Dr. Stegner, ich antworte Ihnen gerne darauf. Wenn ich ein Füllhorn hätte, würde ich allen helfen wollen. Mir geht es nur darum, dass wir uns alle bewusst sind, was passiert, wenn wir uns Einzelne herauspicken.

Zu den Künstlern möchte eines sagen: Dass es dort ein Sonderprogramm geben müsse, wird immer damit begründet, dass sie vom Soforthilfeprogramm nicht profitierten. Es ist ein ganz schlimmes Bild, das wir in der Öffentlichkeit zeichnen. Wir begründen es falsch, was ein Soforthilfeprogramm eigentlich bedeutet. Kein Soloselbstständiger erhält aus diesem Programm einen einzigen Euro zum Unterhalt oder zur Deckung seiner Lebenshaltungskosten. Er bekommt nur, damit er überleben kann, bis zu 9.000 € für drei Monate zur Deckung seiner unabwendbaren Aufwendungen. Das heißt, dass man nicht sagen kann, der Soloselbstständige bekomme nichts, weil er keine Leasingautos oder Miete hätte. Zum Glück hat er diese Kosten nicht auch noch!

Der Soloselbstständige, der diese Kosten hat, bekommt maximal nur so viel, bis er bei null angekommen ist. Dann hat er noch keinen einzigen Euro für seinen Lebensunterhalt. Der Soloselbstständige, der vielleicht - nur aus Kostensicht, nicht aus Einnahmesicht - in der besseren Situation ist, dass er erst einmal keine Kosten hat, steht bei null.

Nur zu diesem Punkt bringen wir den Soloselbstständigen, keinen Schritt weiter. Für alles andere haben wir die Grundsicherung. Ich spreche jetzt einmal frei, das hätte ich sonst noch alles vorgetragen: Auch der Soloselbstständige muss die Grundsicherung beantragen. Für viele Menschen ist das ein unglaublich schwerer Punkt.

Das ist eigentlich für jeden Menschen schwer, aber Menschen, die jetzt unverschuldet in Not kommen und denen wir aufoktroieren, ihre Geschäfte zu schließen, werden gezwungen, zum Amt zu gehen. Warum machen wir das? Wir machen das, weil es eine unbürokratische Form zu helfen ist. Es gibt momentan keinerlei Überprüfung eines Schonvermögens. Bei nicht erheblichem Vermögen erfolgt auch im Nachhinein nichts. Für sechs Monate wird es unbürokratisch gewährt.

Warum tut man immer so, als bekämen Künstler das nicht und als es wäre ein Malus, dieses Geld zu holen? Jeder hat jetzt das Recht, sich dieses Geld zu holen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich der Meinung: keine Sonderprogramme! Damit suggerieren wir, dass uns eine Branche mehr wert ist als eine andere. Darum geht es doch.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Krämer, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Annabell Krämer [FDP]:

Aber selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist sehr freundlich. - Wenn man das gleiche Argument nimmt, dass der eine nicht mehr wert ist als der andere, erinnere ich Sie daran, dass wir zu Beginn der Hilfezeit über die Frage gesprochen haben, ob nur Unternehmen mit unter 10 Beschäftigten oder auch solche mit über 10 Beschäftigten beteiligt werden sollten. Wir haben gesagt: „Diesen Unterschied finden wir eigentlich nicht richtig“, und vorgeschlagen, es so zu machen.

In Ihrem Beitrag vorhin haben Sie gelobt, wie es abgefordert wird, und gesagt, dass Sie es sogar erhöhen wollen.

(Zuruf FDP: Quatsch!)

Das ist ein Beispiel dafür, dass sich Vorschläge als segensreich entwickeln können, auch wenn Sie etwas skeptisch sind - wie Sie es bei diesem Punkt am Anfang waren. Das ist der eine Punkt.

(Annabell Krämer)

Ich möchte Ihnen noch ein Zweites sagen: Selbst, wenn Sie recht hätten, dass man gesondert begründen müsste, solche Hilfsprogramme zu machen, scheint mir, wenn ich mir die Gesamtsituation von Künstlern oder Schaustellern anschau, bei den Summen, die wir im Moment investieren, um Menschen zu helfen, eine gewisse Großzügigkeit an dieser Stelle nicht verkehrt. Wir sollten das nicht rein nach betriebswirtschaftlichen oder sonstigen Überlegungen betrachten, sondern in der Ausgewogenheit dessen, was wir tun.

Wir haben uns bemüht, das auch so zu begründen. Vielleicht liegen wir doch nicht so falsch. Ich setze Hoffnung darauf, dass Sie feststellen: Die Programme, die wir machen, sind gar nicht so schlecht.

Wenn Sie am Ende die Dankeschreiben kriegen - auch von den Schaustellern -, dann können Sie - auch wenn die Idee nicht von Ihnen war - so tun, als hätten Sie sie gehabt.

- Herr Dr. Stegner, Sie können sich vorstellen, dass ich mir Gedanken gemacht habe, ob ich diesen Punkt heute anspreche. Es wäre wirklich einfacher zu sagen: Wir helfen denen und denen.

Es muss aber auch unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass wir die Gesellschaft nicht dividieren. Wir dürfen nicht ein Ungerechtigkeitsempfinden bei einer Branche zulassen, die dann sagt: Warum werden die besser behandelt als wir? Wir standen doch auch hier vor dem Landeshaus, als die Reisebranche demonstriert hat. Sie fragt dann auch: Warum habt ihr das nicht für uns gemacht?

Ich sagte es vorhin: Wenn wir ein Füllhorn hätten, würde ich am liebsten allen Menschen helfen.

(Beifall FDP und CDU)

Jetzt aber geht es ums Überleben, die wirtschaftliche Existenz. Aus meiner Sicht hat diese 1 Milliarde € die wir hier in den Haushalt gestellt haben, nur zwei Aufgaben.

Erstens: Leben retten und im Kern wirtschaftlich gesunde Unternehmen, damit die ihre Fachkräfte weiter beschäftigen können, also Existenzen und Leben retten. Das ist der Zweck, den wir mit dieser Milliarde angreifen sollten. Alles andere hat hintanzustehen. Wir wissen noch gar nicht, wie weit es noch kommt. Wir wissen gar nicht, wie weit es noch kommt. Die Milliarde ist weg, meine Damen und Herren.

Mit den begründeten Forderungen des UKSH haben wir - Stand heute - mit unseren sämtlichen Anträgen das Geld verplant. Das heißt, der Finanzausschuss hat keinen Rahmen mehr, über den er beschließen kann. Das gilt für unsere sämtlichen Anträge, so gut sie alle gemeint und wichtig sind - wichtig sind sie alle, aber nicht erforderlich. Ich differenziere zwischen „wichtig“ und „erforderlich“. Vielleicht sind Ihre Anträge wichtig, aber es gibt andere, die erforderlich sind. Ich möchte einfach, dass Sie sich heute alle hier bewusst sind: Die Milliarde ist verplant.

(Zuruf SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Krämer, es drängt den Herrn Abgeordneten Dr. Stegner, nun noch eine vierte Bemerkung zu machen. Es gibt keine Regelung in der Geschäftsordnung dazu, aber - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die dritte!)

- Die dritte?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja!)

- Na gut.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es ist auch nur ein Satz, wenn ich darf!)

Annabell Krämer [FDP]:

Ich würde es gern zulassen, weil ich das einmal nicht zugelassen habe.

Präsident Klaus Schlie:

Sie lassen sowieso zu. - Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich wollte nur einen Satz sagen: Ihre letzte Begründung ist der Grund dafür, dass es gut ist, dass die SPD bei der Zweidrittelmehrheit dabei ist. Uns geht es auch ein bisschen um die soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen. Das wird durch unsere Anträge ausgedrückt. Wenn es insofern ein bisschen komplementär ist, was wir gemeinsam machen, haben wir doch zusammen etwas Gutes erreicht. - Vielen Dank.

Annabell Krämer [FDP]:

Wunderbar. Dann haben wir doch einen gesunden Mix heute.

Vieles wäre in der Krise wünschenswert, und viele Forderungen sind verständlich. Es ist aber nun ein-

(Annabell Krämer)

mal so - ich wollte so ehrlich sein, das zu sagen, auch wenn man damit keine Blumentöpfe gewinnt -: Wir müssen uns alle bewusst sein: Alle Forderungen sind verständlich, und es fällt uns allen schwer. Jeder von uns bekommt entsprechende E-Mails mit Forderungen und Wünschen von allen möglichen Branchen. Wir müssen aber alle wissen: Wir können nicht alle bedienen. Ich habe Angst, dass wir Ungerechtigkeiten und Missgunst in unserer Gesellschaft schaffen. Das sollten wir tunlichst nicht machen.

Wir sollten vergleichbar betroffene Branchenungleich nicht ungleich behandeln. Die Krise trifft jeden unverschuldet. Die Beantragung der Grundversicherung fällt zwar schwer, aber niemand muss sich in unserer heutigen Zeit schämen, zum Amt zu gehen und sich das, was ihm zusteht, zu holen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das möchte ich einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Auch wenn ich persönlich nicht alle Anträge so gestellt hätte, trage ich die Anträge der Opposition mit, weil es ein gutes Gesamtpaket ist, das wie heute vorlegen. Herr Dr. Stegner hat es gerade gesagt: Das ist ja das Gute. Nicht jeder sieht alles. Wenn jeder seine Punkte einfügt, wird im Großen und Ganzen etwas Vernünftiges daraus. Nicht jeder kann alle Facetten gleich gut und gleich weit beleuchten.

Dieser Haushalt leistet insgesamt einen unverzichtbaren Beitrag, um das Gesundheitssystem zu stärken, unsere mittelständische Wirtschaft in dieser unverschuldeten Notsituation finanziellen Beistand zu leisten.

Wir Freie Demokraten - das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen - stehen fest an der Seite unseres Mittelstandes, denn unser Mittelstand sichert in diesem Land Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Das sollten wir alle nicht vergessen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sichert der Mittelstand unser aller Wohlstand und auch diejenigen Gelder, die wir jedes Jahr an Steuereinnahmen zur Verfügung haben, um sie für gute Dinge umverteilen zu können, was wir in besseren Zeiten auch wieder tun wollen. Für diese Belange werden wir uns deshalb jederzeit einsetzen. Lassen Sie uns dieses Land gesund gemeinsam wieder zum Laufen bringen! - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund der mir zugemessenen Zeit möchte ich mich lediglich mit Punkt 10 der Tagesordnung befassen, dem Antrag der AfD. Mit dem vorgelegten Antrag, die Fortschreibung der Abgeordnetenentschädigung bis auf Weiteres auszusetzen, hat die AfD in die richtige Richtung gewiesen.

Die Coronakrise hat die heimische Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, bereits jetzt hart getroffen. Eine drohende Rezession zieht herauf. Viele Familien, aber auch ganze Wirtschaftsbranchen sind von Verdienstauffälligkeiten gebeutelt. Deshalb sind auch von uns Abgeordneten persönliche Opfer geboten.

(Zuruf CDU: Arbeiten Sie doch mal!)

Wir sind in dieser für viele Menschen existenziell schwierigen Zeit privilegiert. Zeit, ein Zeichen zu setzen - über den Antrag der AfD hinaus!

Ich selbst habe kürzlich 5.000 € an verschiedene Tierheime in Schleswig-Holstein gespendet. Ich gehe noch weiter: Wenn alle Kollegen im Landtag ebenfalls 5.000 € aus dem eigenen Portemonnaie für Opfer der Coronakrise spenden, bin ich bereit, noch einmal 5.000 € zu bezahlen - gerne sogar.

In diesen Krisenzeiten ist es an uns, zu zeigen, dass Solidarität nicht nur eine Phrase ist.

Abschließend möchte ich mich besonders bei den Mitarbeitern des Landtages für ihre Unterstützung und ihr Engagement in dieser schwierigen Zeit bedanken. - Vielen Dank.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten die komplette Diät spenden!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich allen Pflegenden dieser Welt alles Gute wünsche, vor allem auch diese Bonuszahlungen, die jetzt im Raum steht. Ich hoffe inständig, dass die Ankündigungen für die Bonuszahlungen auch so umgesetzt werden, wie sie erfolgt sind. Das Allerletzte, was die Pflegenden in dieser Zeit und generell brauchen, sind leere Versprechungen.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich zitiere den finanzpolitischen Sprecher der Grünen, Lasse Petersdotter:

„Wir als Grüne-Fraktion im Landtag sind klar für einen solchen Bonus in Höhe von 1.500 € für die Pflegekräfte in Schleswig-Holstein.“

- Das finde ich super, da bin ich total bei dir.

Bislang gilt allerdings nur die Vereinbarung der Bundesregierung. Von der Landesregierung gibt es noch kein Konzept. Als einziges zu lesen ist der Absatz im Corona-Artikelgesetz, der besagt, dass die Pflegeberufekammer, die CDU und FDP unbedingt abschaffen wollen, die Adressen für die Mitglieder liefern sollen. Diese Adressen hätten Sie ohne Kammer gar nicht zur Verfügung.

Wie soll denn die versprochene Auszahlung dieser 1.500 € an die Pflegekräfte in Schleswig-Holstein laufen? - Die Belastung in den Pflegeheimen ist enorm, das ist bereits geschildert worden. Zu den erschwerten hygienischen Bedingungen kommt die Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner, die seit Wochen von der Außenwelt isoliert sind, und all die Tätigkeiten, die Angehörige normalerweise übernehmen. Das ist eine enorme Belastung.

Aufgrund der Fachkraftquote sind aber mindestens 50 % der Pflegenden Assistenzkräfte. Bekommen sie bei gleicher Belastung jetzt nichts? - Davon war ich eigentlich ausgegangen. Heute Mittag habe ich aber das Versprechen von Dennys Bornhöft aufgeschrieben, dass auch die Assistenzkräfte entsprechend eine Bonuszahlung bekommen.

(Zuruf CDU: Und die Auszubildenden! - Dennys Bornhöft [FDP]: Ja!)

- Und die Auszubildenden! Ich nehme euch beim Wort!

Und wie sieht es in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein aus? Die befürchtete Welle auf den

Intensivstationen ist noch nicht gekommen - dank sei allen Menschen, die durch ihr vernünftiges Verhalten dazu beigetragen haben, möge es bitte so bleiben. Aber ganze Stationen sind leer, weil elektive Eingriffe verschoben worden sind und die Menschen Angst haben, ins Krankenhaus zu gehen. Viele Pflegefachpersonen bauen Überstunden ab, nehmen ungeplanten Urlaub oder sind sogar in Kurzarbeit, wie zum Beispiel im ambulanten Reha-Bereich. Andere wiederum leisten ihren ganz normalen Dienst in Dialysen, in Psychiatrien und so weiter. Der Krankenstand in vielen Häusern ist niedrig wie selten, was unbedingt für die dauerhafte Entlastung der Pflegenden spricht.

Wer genau soll also diese Zahlung bekommen? - Ich bitte euch inständig darum, nicht so fahrlässig mit den Erwartungen derer umzugehen, die wir nun endlich einmal mit Wertschätzung überschütten.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Birte Pauls [SPD]:

Ich würde euch von Herzen gratulieren, wenn euch das gelingen würde. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige kurze Anmerkungen: Erstens. Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir einen Titel für obdachlose Menschen einrichten, für diejenigen, die von den Tafeln Unterstützung benötigen, für Bürger ohne Versicherung, für Menschen in Not. Dafür bedarf es keines weiteren Antrags des SSW. 3 Millionen € - das ist ein starker Titel, den wir hier eingesetzt und verankert haben. Das ist eine ganz klare und gute Regelung, die wir haben - von Beginn an!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der zweite Punkt. Ich finde es gut, Frau Ministerin Heinold, dass Sie uns zum Thema UKSH auch im Parlament reinen Wein dazu eingeschenkt haben, was kommen könnte, denn damit wäre die 1 Milliarde € faktisch aufgebraucht. Das ist eine Information, die davon begleitet werden sollte - das ist keine

(Werner Kalinka)

Kritik, ich wollte es nur erwähnen -, dass wir dem UKSH dankbar sein dürfen, dass es bis Mitte April die Zahl der Intensivbetten auf 110 % und damit auf 190 Betten erhöht hat. Das war ganz entscheidend dafür, dass wir das Gesundheitssystem auf tragfähiger Basis kalkulieren konnten. Das will ich bei dieser Gelegenheit gern ergänzend sagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es war klug, dass wir auch vor der Krise den Streik abgewandt haben und das Haus mit guten Bedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versehen haben. Das war, Herr Minister Garg, alles kluge Politik.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Der dritte Punkt: Bildungsgruppen. Ich kann das Lob und die Anerkennung für die Pflegekräfte nur unterstreichen. Wenn aber die Pflegekräfte erwähnt werden, möchte ich zumindest einmal mein Wort erheben um zu sagen: Auch Ärzten und den Reinigungskräften - auch denjenigen, die uns heute in diesem Haus begleiten - möchte ich danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Denn auch die Reinigungskräfte und die Mitarbeiter von Gesundheitsämtern leisten eine ganz starke Arbeit und sind häufig genauso eng bei den Menschen. Das möchte ich in diesem Parlament einmal gesagt haben.

Der vierte Punkt betrifft das Thema der Persönlichen Schutzausrüstung. Wir brauchen langfristig - am besten schon kurzfristig - eine exportunabhängige Situation. Gestern im Sozialausschuss haben wir mehr als eine Stunde zu diesem Thema beraten. Die Abhängigkeit von China ist dermaßen gravierend, dass wie vorgesehen im Bund und auch bei uns der Hebel umgelegt werden muss. Wir müssen so ausgestattet sein, dass wir das Mindeste, was wir brauchen, aus eigenen Produktionskapazitäten herstellen und aus eigenen Beständen liefern können.

Es ist mehr als gut, dass zu den 30 Millionen € die ursprünglich vorgesehen waren, noch einmal 10 Millionen € hinzukommen, um möglichst in heimischer Produktion herstellen zu können, um dies zu fördern. Wenn es 10 Millionen € mehr wären, wäre es mir auch recht. Wir brauchen eine importunabhängige und starke Kapazität zur Herstellung persönlicher Schutzausrüstung, damit die Bürger sich bei den Maßnahmen darauf verlassen können, dass sie sich auch schützen können. Das ist der Punkt, um den es hier geht!

(Beifall FDP, AfD und Peter Lehnert [CDU])

Ich hätte gern zu einigen Punkten noch mehr gesagt, die Zeit gibt es aber nicht her.

Präsident Klaus Schlie:

Das ist so!

Werner Kalinka [CDU]:

Einen einzigen Satz möchte ich aber doch noch sagen: Es hat sich gezeigt, dass unser Gesundheitssystem in Deutschland und bei uns in Schleswig-Holstein standfest und leistungsfähig ist.

(Kay Richert [FDP]: Sehr gut!)

Gerade in dieser Krise ist nicht die Zeit, über grundlegende Veränderungen zu diskutieren.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie sollten jetzt zum Ende Ihres Satzes kommen.

Werner Kalinka [CDU]:

Es ist jetzt die Zeit, ein Dankeschön an all diejenigen zu richten, die es schaffen, dass unser Gesundheitssystem diese Leistungsfähigkeit hat!

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stefan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz noch auf zwei Aspekte hinweisen, die mir in dieser Debatte besonders aufgefallen sind. Der Kollege Petersdotter hat sich zu Recht Gedanken darüber gemacht, wie man die Rückzahlung dieser großen Ausgaben, die wir jetzt tätigen, finanzieren kann.

Ich glaube, da muss man eines sehr deutlich machen: Wir finanzieren die Rückzahlung dieser Ausgaben nicht nur über Steuererhöhungen, sondern wir finanzieren sie dadurch, dass unsere Wirtschaft in Zukunft wieder brummt, dass unsere Wirtschaft Geld verdient, dass die Menschen hier in diesem Land Geld verdienen. Dann erhöhen sich automatisch die Steuereinnahmen, und zwar nicht durch höhere Steuersätze, sondern einfach dadurch, dass das erwirtschaftet wird. Das ist ein ganz, ganz

(Stephan Holowaty)

wichtiger Aspekt. Lassen Sie uns bitte daran denken: Wir müssen die Wirtschaft wieder zum Brummen bekommen!

(Beifall FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der zweite Punkt: Wir haben heute sehr viel über Digitalisierung gesprochen. Wir haben heute sehr viel über die Pläne gesprochen, die man jetzt machen muss, um die Digitalisierung voranzubringen. Wir haben aber auch eins gelernt. Schauen Sie in den Bildungsbereich: Es gibt eine ganze Reihe von Schulen, eine ganze Reihe von Lehrern, die sich einfach mal auf dem Markt umgesehen und angesehen haben, was es eigentlich gibt. Sie haben festgestellt, es gibt schon heute eine riesige Menge an verfügbaren Ressourcen, die man einfach benutzen kann, die man einfach anpassen und verwenden kann. Nicht alles auf dieser Welt muss von Dataport von Grund auf neu programmiert werden. Man muss schlicht und ergreifend einmal an die Dinge, die man hat, die Dinge, die es gibt und die in diesem Marktbereich existieren, anwenden.

Ich rate und möchte uns auch dazu motivieren: Haben wir auch den Mut, Digitalisierung mit den Dingen zu machen, die wir heute schon tun können. Das fängt schlicht und ergreifend damit an, dass wir beispielsweise im kommunalen Umfeld digitale Sitzungen ermöglichen, die kommunalen Vertretungen am Laufen halten, dass wir im Bereich der Bildung die digitalen Plattformen, die es in großer Zahl gibt, einsetzen statt zu sagen: Halt, wir müssen alles erst einmal vollkommen neu machen!

(Zuruf SPD: Das sagt doch keiner!)

Digitalisierung lebt davon, dass man die Plattform bereitstellt und sagt: So, und jetzt erfinde etwas! Das ist - nehmen wir das Handysystem, dass wir in den letzten Jahren entwickelt haben - inzwischen überall Standard. Dort, wo wir ein offenes Modell haben, dort, wo wir einfach sagen: „Lasst die Kreativität laufen“, hat sich enorm viel entwickelt. Wir müssen als Politik den Mut haben, das entsprechend voranzutreiben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung, und zwar zuerst über Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2112, und dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache

19/2149 (neu). Ich lasse also zunächst über den Antrag Drucksache 19/2149 (neu) der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach Artikel 61 Absatz 3 der Landesverfassung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Das ist dann einstimmig so beschlossen. Die Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich lasse dann über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2112, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des soeben angenommenen Antrags abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein in der Fassung der Drucksache 19/2123 einschließlich des soeben angenommenen Antrags Drucksache 19/2149 (neu) angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Teil b), dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Ist die Ausschussüberweisung beantragt worden? - Die ist nicht beantragt worden. Dann kommen wir zur Abstimmung - -

(Zuruf: Das ist ein Gesetzentwurf!)

- Das ist ein Gesetzentwurf, der muss in den Ausschuss überwiesen werden. Entschuldigung. Es ist also logisch, dass der Gesetzentwurf Drucksache 19/2125 dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wird. Wer das beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein, und nach und nach ist es das ganze Haus. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung zu c), das ist der Antrag der Abgeordneten des SSW. Da ist vorhin Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2128 - ich nehme an, dem Finanzausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss - zu überweisen?

(Präsident Klaus Schlie)

(Lars Harms [SSW]: Nur dem Finanzausschuss! - Lars Harms [SSW]: Und dem Sozialausschuss mitberatend!)

- Dann hat sich der SSW jetzt doch geeinigt darauf, dem Finanzausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will - -

(Heiterkeit)

- Man muss nicht auf jeden Aussprachefehler achten. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist dann einstimmig so - -

(Widerspruch)

- Nein, nein, nein. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Ah, jetzt aber. Das sind die Abgeordneten - -

(Christopher Vogt [FDP]: Klaus, du bist auch dagegen! - Heiterkeit)

Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Damit ist die Ausschussüberweisung nicht beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt, in der Sache abzustimmen. Wer will diesem Antrag so zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SSW, AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Antrag Drucksache 19/2128 abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu d), dem Antrag der Fraktion der AfD. Ich nehme an, dass wir in der Sache abstimmen? - Wir kommen also zur Abstimmung in der Sache. Wer stimmt für diesen Antrag? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Antrag Drucksache 19/2135 abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zum Antrag unter e), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2147. In der Sache?

(Thomas Rother [SPD]: Ja!)

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag 19/2147 angenommen.

Zur Geschäftslage teile ich Ihnen mit, dass wir nun gleich den Tagesordnungspunkt 17, Tiertransporte begrenzen, beraten werden. Zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführungen ist vereinbart worden, dass wir dann die Punkte 15 und 61 miteinander tauschen, nämlich Antrag und Bericht zum Zukunftslabor.

(Unruhe)

Ich sage das nur, damit Sie sich darauf einstellen können.

(Zurufe)

Jetzt kommt das Thema Tiertransporte, ist mir mitgeteilt worden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Erst Tiertransporte, dann Zukunftslabor! Da tauschen wir! Dann morgen die anderen Punkte!)

- So habe ich es gesagt. So bleibt es auch. Der Abgeordnete Harms hat mich etwas irritiert.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Tiertransporte begrenzen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2048

Tierschutz beim Transport verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2159

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Lars Harms für den SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Tiertransporte haben wir auf unsere Initiative hin im zuständigen Agrar- und Umweltausschuss bereits im letzten Jahr behandelt. Dort wurde eine schriftliche sowie eine mündliche Anhörung durchgeführt. Das Ergebnis der Anhörung hat uns darin bestärkt, dass es richtig und wichtig war, das Thema Tiertransporte in den parlamentarischen Raum zu heiven.

Es ging seinerzeit um die Kreisveterinäre und Landräte, die rechtliche Klarheit im Umgang mit der Genehmigung von Tiertransporten gefordert hatten. Weiter ging es um den Transport ins Aus-

(Lars Harms)

land außerhalb der EU sowie die dortigen unzureichenden Kontroll- und Versorgungsstationen auf den Transportrouten. Zu guter Letzt geht es um Tierwohl und Tierschutz.

Ich muss ihnen sagen: Mein Eindruck ist: Wir sind kein Stück weiter als vor einem Jahr. Wir haben zwar für die Veterinäre eine rechtliche Klarheit für die Genehmigung erreichen können - das ist auch gut so -, aber ansonsten bleibt festzustellen, dass die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss nichts bewirkt hat.

Die Kontroll- und Versorgungsstationen auf den Tiertransportrouten sollen überprüft werden. Die Bundesregierung wurde gebeten, sich für die Klärung, Absicherung und Zertifizierung der möglichen Transportrouten einzusetzen. - Hier haben wir seitdem nichts gehört. Da ist nichts passiert. Immer noch werden Tausende von Rindern aus Deutschland auf den Weg nach Nordafrika oder bis ins mittlere Asien bei Missachtung der geltenden Tierschutzregeln lebend verfrachtet. Aus diesem Grund haben wir als SSW wieder einen Antrag eingereicht, um die Tiertransporte endlich zu begrenzen.

Wir wollen, dass grundsätzlich die Schlachtung der Tiere am nächstgelegenen Schlachthof stattfinden soll. Wir wollen ein Exportverbot für lebende Tiere in Drittländer außerhalb der EU sowie stärkere Kontrollen der Tiertransporte.

Was für die einen oder anderen wie ein Wunschdir-was-Katalog anmutet, ist die klare politische Forderung, die wir als SSW aus den eingangs beschriebenen Anhörungen mitnehmen. Denn uns ist dort klargeworden, dass in diesem Bereich vieles im Argen liegt und die Umstände teilweise katastrophal sind, sodass wir endlich Lösungen brauchen, die rechtssicher und transparent sind. Daher unser Antrag, denn damit schaffen wir Klarheit und Rechtssicherheit.

Um das Problem umfassend zu lösen, brauchen wir bundes- und EU-einheitliche Regelungen. Deshalb geht uns auch der Änderungsantrag von Jamaika nicht weit genug. Die Forderung, eine Datenbank mit Informationen zu Transportrouten und Versorgungsstationen in Nicht-EU-Länder anzulegen, macht deutlich, dass Jamaika nicht gewillt ist, von der bisherigen Praxis abzurücken, die Tiere weiterhin über Tage und Wochen nach außerhalb der EU zu transportieren.

Jamaika will die Transportzeiten nicht begrenzen, aber genau das ist unser Punkt. Wir wissen, dass wir uns in Schleswig-Holstein und in Deutschland politisch schwertun, wenn es um die Kennzeich-

nung von Produkten oder wenn es um bestimmte Gütesiegel auf Produkten geht. Das bedeutet, das Tierwohl spielt bei uns in Deutschland immer noch eine untergeordnete Rolle.

Zum Tierwohl gehört nach Auffassung des SSW ganz klar auch der Transport. Je kürzer wir die Tiere solchen Stresssituationen aussetzen, desto besser ist das für das Tier. Daher geht unsere grundsätzliche Forderung ganz klar dahin, dass der nächstgelegene Schlachthof das abschließende Ziel der Reise sein soll. Kein Landwirt soll mit dieser grundsätzlichen Forderung in die Arme bestimmter Schlachtereien getrieben werden. Das ist nicht unser Bestreben. Vielmehr ist das verfolgte Ziel, das sich aus unserer Forderung ergibt, der Ausbau der Schlacht- und Veredlungsbetriebe im Land. Wir brauchen viel mehr regionale Verarbeitungs- und Veredlungskapazitäten.

Wir schauen uns die Tiertransporte an und betrachten sie hauptsächlich unter dem Aspekt des Tierschutzes. Das ist richtig so. Aber es ist auch wichtig, welche wirtschaftlichen Chancen damit verbunden sind. Neben dem Tierwohl wollen wir die lokale und regionale Ebene stärken. Damit verringern wir die Distanz zwischen dem Landwirt und dem Konsumenten. Das sorgt für Wertschöpfung, verringert die Kosten und stärkt das Tierwohl.

Gerade in dieser Zeit macht die Krise deutlich, wie wichtig es ist, einen stabilen inneren Markt zu haben. Hierzu zählt natürlich auch das fleischverarbeitende Gewerbe. Je stärker der lokale und regionale Markt ist, desto besser. Der Lebendtransport von Tieren, der mit jedem Kilometer das Tierwohl verschlechtert, darf nicht länger ein Geschäftsmodell sein, das wir zulassen. Darum plädieren wir für klare und schärfere Regelungen, vor allem für strenge zeitliche Begrenzungen.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Je später der Nachmittag, desto geringer die Disziplin mit dem Mundschutz. Damit meine ich nicht den Herrn Redner, sondern diejenigen, die hier sonst durch die Gänge laufen.

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast ein Jahr her, dass wir in ei-

(Heiner Rickers)

ner umfassenden mündlichen Anhörung am 8. Mai 2019 uns über Tiertransporte in sogenannte Drittstaaten informiert haben. Da ging es vorrangig um die Exporte von weiblichen Zuchtrindern und um sonst nichts. Festgestellt worden ist, dass Routen, die vorgegeben waren, so vielleicht gar nicht existieren und es durchaus festgestellte Mängel gibt. Wir sind uns alle einig hier in diesem Haus, dass wir die gemeinsam abstellen wollen.

Lars Harms, dass sich nichts getan hat, ist nicht so. Im Nachgang sind Routen überprüft worden, und die Handelsunternehmen bekommen heute nur eine Transportgenehmigung, wenn die Routen zu denen gehören, die überprüft sind, zugelassen und digitalisiert überprüft werden. Das Ganze bezieht sich aber nur auf einen relativ kleinen Kreis von transportierten Tieren.

Damit komme ich zum Kern Ihres Antrags, der insofern, was die Tiertransport-Verordnung der EU angeht, gar nicht schlecht ist. Ähnlich denken wir auch. Aber jetzt komme ich zum Kern. Der betrifft insbesondere die Landwirtschaft hier in Schleswig-Holstein. Ich behaupte einmal, es wäre ein Todesstoß für unsere tierhaltenden Betriebe, wenn sie auf einem Inlandstransport nur noch vier Stunden transportieren dürften, egal ob Schlacht- oder Nutztvieh, Zuchtvieh, Sportvieh. Dazu komme ich im Einzelnen noch. Wenn der nächstgelegene Schlachthof verpflichtend angelaufen werden müsste, wäre jeglicher Wettbewerb ausgeschaltet.

Ich will gar nicht auf die Beispiele eingehen, die Sie immer bemühen - Massentierhaltung, Massenschlachtung, Großbetriebe und prekäre Beschäftigungsverhältnisse -, sondern ich will Ihnen anhand einiger Beispiele aufzeigen, was sich in Schleswig-Holstein Gutes getan hat, was sich verändert hat.

Wir haben 75 % Selbstversorgung zum Beispiel beim Verzehr von Eiern. Ein Ei wird aber nur produziert, wenn ein Huhn auch Eier legt. Es muss als Küken aus Niedersachsen nach Schleswig-Holstein gefahren werden. Das dauert länger als vier Stunden. Es muss irgendwann im Kreislauf auch wieder zurückgeführt werden. Es wird nicht in Schleswig-Holstein geschlachtet, weil sich das nicht lohnt, sondern geht wieder nach Niedersachsen. Die Vier-Stunden-Begrenzung würde in dem Bereich heißen, auch Hühnerfreilandmodelle, Ökohühnerhaltung, Bodenhaltung und so weiter, all die Bereiche, die Sie heute kennen, wären in Schleswig-Holstein ausgeschlossen.

Schafe auf den Deichen, die hier gehalten, aber nicht in Husum geschlachtet werden, weil die a) die

Kapazität dafür nicht haben und b) dafür auch nicht den Markt, gehen in die Ballungszentren, vornehmlich ins Ruhrgebiet. Sie werden in Schleswig-Holstein produziert, und wenn Sie sie hier aufladen, können Sie sicher sein, dass nach einer Stunde Auf-ladungszeit und zwei Stunden mit 60 km/h bis zum Elbetunnel nach Hamburg vier Stunden bis zur Schlachtung garantiert nicht eingehalten werden können. Die Schafhaltung in Schleswig-Holstein wäre damit gefährdet.

Pferde, die hier gezüchtet werden, oder Pferde, die vielleicht in Belgien und Holland gezüchtet werden und in Schleswig-Holstein aufgezogen werden, weil es hier so schöne frische Luft, Wiesen und Weiden in den Marschen gibt, dürften nicht transportiert werden. Da wären die vier Stunden überschritten, vielleicht auch die acht. Das ist ja ein internationaler Transport aus der Schweiz. Das kommt nicht infrage. Pferdehaltung und Zucht sind bei uns das Aushängeschild im Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein. Das wäre gefährdet. Insofern ist auch das abzulehnen.

Jetzt komme ich zu den Kernbereichen, Rinder und Schweine. Stellen Sie sich einmal vor, in Nordfriesland würden Schlachtschweine verladen werden. Es dauert allein schon zwei Stunden, bis ein Lkw mit 185 Schlachtschweinen transportfähig ist. Wenn er dann dort losfährt, braucht er mindestens drei Stunden bis zum Tunnel, dann vielleicht auch noch drei Stunden bis zur Schlachtstätte, die vornehmlich in Niedersachsen liegt, obwohl wir Kapazitäten in Schleswig-Holstein haben. Das bedeutet also ein Transport von über vier Stunden, also keine Schweinehaltung in Schleswig-Holstein mehr.

Schauen Sie zu Ihren vertrauten Nachbarn nach Dänemark. Die exportieren 5 Millionen Ferkel. Sollten wir die als Transitland in Schleswig-Holstein nicht mehr durchlassen? - Das ist eine spannende Frage, die Sie aber mit den Dänen diskutieren müssen. Das würde für unsere Schweinehalter garantiert einen richtigen Preisaufschlag bringen, wenn die hier nicht mehr durchfahren würden. Sie werden in Spanien und Polen produziert und später auch dort geschlachtet.

Und Rinder? - Auch das sehen Sie aktuell nur an dem Beispiel der 14-tägigen Schließung des Schlachthofs Vion in Bad Bramstedt mit einer mittleren Kapazität. Wenn der dichtmacht, haben wir sogar Kapazitätsprobleme in Schleswig-Holstein. Die Tiere müssen gefahren werden, oder sie müssen irgendwo zu Hause bleiben. Auch das wäre ein Gar-aus für die Rinderhaltung.

(Heiner Rickers)

Jetzt komme ich noch mit einem Positivbeispiel. Schauen Sie doch einmal in die Köge, auf die Inseln und Halligen, wie viel Vieh dort heute glücklicherweise wieder auf den Weiden gemästet wird. Es kommt vornehmlich irgendwo aus dem ostdeutschen Bereich. Es handelt sich um große Muttertierherden, die dort extensiv hervorragend gehalten werden können, weil es dort ein anderes Klima gibt und die Böden durchlässig sind. Sie werden hierher zur Mast gefahren. Auch das wäre dann vorbei.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Heiner Rickers [CDU]:

Lars Harms, ich glaube, das wollen Sie nicht. Wir lehnen deshalb Ihren Antrag ab und bitten um Zustimmung zu dem unsrigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich danke dem Kollegen Heiner Rickers für die umfangreiche Aufzählung, denn letztendlich macht sie deutlich, dass es nötig ist, dass wir über diese Systeme der Transporte und der Schlachtungen nachdenken.

Der Antrag des SSW ist aus der Zeit von vor Corona. Trotzdem zeigt auch diese Krise, wie nötig es ist, dass wir all diese Fragen stellen. Lange Lkw-Schlangen an den Grenzen zu Polen, darin eben auch Tiertransporte, Tiere in großer Not, langes Warten, eine Qual für die Tiere. Es ist noch einmal gutgegangen.

In Kellinghusen hier am Schlachthof haben sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, insbesondere aus Rumänien, durch die beengten Wohnverhältnisse mit Corona angesteckt. Auch das ist ein Ergebnis von Konzentration, von „billig, billig“. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich von hier aus gute Besserung. Ich habe gehört, im Sozialausschuss ist darüber schon intensiv gesprochen worden. Viele Überlegungen sind auf dem Weg.

Der Schlachthof ist geschlossen, und - Lars Harms hat es erwähnt - die lange Reise für die Tiere geht

wieder los. Irgendwo muss man sie schlachten. Hier in Schleswig-Holstein gibt es keine Kapazitäten mehr, also gehen sie in andere Bundesländer.

Wir erinnern uns an die Debatte im letzten Jahr hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ausgehend von engagierten Amtsveterinären und Landräten wurde das Thema Tiertransporte intensiv diskutiert. Es gab hier den Bericht des Ministers, es gab Anträge von SSW und SPD. Wir haben im Ausschuss beraten. Wir haben eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Ich kann mich gut an die mündliche Anhörung erinnern. Da wurde uns nämlich von den Fachleuten eindringlich geschildert, wie erbärmlich die Langstreckentransporte sind, wie desolat die Verhältnisse und wie mangelhaft die Kontrollen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Alle waren sich einig, dass es so nicht weitergehen darf. In der Ausschusssitzung am 20. Juni 2019 überraschte uns Jamaika mit einem Änderungsantrag. Dieser Änderungsantrag enthielt ausschließlich Forderungen, die entweder auf Europaebene, auf Bundesebene, in der Agrarministerkonferenz - wo auch immer - schon beschlossen und auf dem Weg waren. Dieser Antrag war eine Luftnummer.

Der jetzt vorliegende Alternativantrag von Jamaika ist im Grunde genommen der identische Antrag vom letzten Mal. Ich bin sehr bei Lars Harms: Nichts ist vorangegangen, nichts hat sich bewegt.

(Beifall SPD und SSW)

Es gibt immer noch keine zentrale nationale Datenbank, es gibt immer noch kein Exportverbot in die Nicht-EU-Länder, die den Tierschutz nicht gewährleisten können. Die Bundeslandwirtschaftsministerin kommt nicht zu Potte, ebenso wenig wie bei dem staatlichen Tierwohllabel oder bei der nationalen Tierwohlstrategie - alles Themen, die wir hier im Haus schon einmal diskutiert haben.

Der Kollege Rickers hat in einer Landtagsdebatte einmal berichtet, er habe die Telefonnummer von Frau Klöckner.

(Heiner Rickers [CDU]: Habe ich immer noch! - Dennys Bornhöft [FDP]: Aber sie hat eine neue Nummer? - Heiterkeit)

Herr Rickers, rufen Sie an und sorgen Sie dafür, dass da endlich einmal etwas passiert und endlich einmal etwas vorangeht.

Einig sind wir uns alle bei dem Thema EU. Es geht um die Tiertransport-Verordnung. Da hat im letzten Februar das Parlament schon gefordert, dass etwas passieren muss. Die Sozialdemokraten und die Grü-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

nen haben sich dieses Problems angenommen. Ein Untersuchungsausschuss ist beschlossen. Konkrete Schritte sollen jetzt in der Fork-to-Farm-Strategie festgelegt werden. Sie sollen Teil des Green Deals werden. - Ganz ehrlich: viel sollen, wenig müssen! Wir alle miteinander haben einen Auftrag, dass diese nächste EU-Förderperiode auch an dieser Stelle etwas ändert.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Eine Forderung in diesem aktuellen Antrag ist neu, liebe Jamaikaner. Diese Forderung macht mich fast sprachlos. Sie fordern nämlich als regierungstragende Fraktionen die Landesregierung auf, ein Konzept für verbesserte Kontrollen von Tiertransporten zu erarbeiten. Nach mehr als einem Jahr! Das ist der Punkt. Die Landesregierung hätte jede Chance gehabt, alles zu tun. Offensichtlich ist nichts passiert, denn sonst hätten Sie diesen Antrag nicht gestellt. Dieser Antrag ist ein Armutszeugnis für die Landwirtschaftsminister.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Ich danke dem SSW für den Antrag. Ganz ehrlich: Wir müssen ganz viele Punkte diskutieren. Lars Harms, acht Stunden, das ist unsere Linie für die langen Transporte. Vier Stunden sind hier im Land problematisch; das wissen wir. Der Zwang, beim nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten, ist ein Problem. Ich kenne viele Landwirte, die ganz bewusst an Kellinghusen vorbeifahren, weil sie wollen, dass ihre Schweine ordentlich geschlachtet werden.

Ich beantrage, beide Anträge in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen, denn wir haben noch die Anhörungen zu den Schlachtbedingungen und Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein nicht zu Ende gebracht. Die Themen gehören zweifelsohne zusammen. Deshalb fände ich es richtig, wenn wir das im Ausschuss diskutieren würden. Beim letzten Mal haben die Jamaikaner das leider verhindert. Vielleicht sollten wir das jetzt tun.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete!

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Tiertransporte stellen für Tiere eine besondere Stresssituation dar, ganz unabhängig davon, ob es sich um einen Transport innerhalb der EU oder um einen Transport in Nicht-EU-Länder handelt. Das ist unbestritten. Umso wichtiger ist es doch, dass während der Transporte Mindeststandards eingehalten werden. Wir wissen, dass die bestehenden Mindeststandards auch in Europa nicht immer eingehalten werden. Es gibt in Europa Vollzugsdefizite. Das haben zuletzt auch noch einmal die langen Staus an den nationalen Grenzen innerhalb Europas gezeigt, die im Zuge der Coronakrise aufgetreten sind. Ganz offenbar braucht es da mehr Kontrollen.

Wir Grüne sind deshalb auch für eine Begrenzung der Transportzeiten. Das ist bekannt. Wir sehen keine Notwendigkeit, Zuchttiere aus Schleswig-Holstein über weite Strecken zu verbringen. Beim Aufbau der Zucht sollten Länder mit anderen klimatischen Bedingungen beispielsweise doch viel lieber auf angepasste Züchtungen setzen. Unterstützung dabei könnte auf andere Weise geleistet werden, zum Beispiel durch Ausfuhr von Genetik in Form von Spermien oder Embryos. Das fordern wir als Grüne schon lange. Aber natürlich ist das nicht eins zu eins immer mehrheitsfähig. Das ist das Wesen der Demokratie.

Insbesondere bei Transporten in Drittländer erleben wir aber immer wieder, dass Tiere unnötigen Leiden ausgesetzt sind. Viel zu häufig kommt es vor, dass Ruhezeiten nicht eingehalten und die Tiere nicht richtig versorgt werden. Wir alle erinnern uns noch an die hier auch schon geführten Debatten.

Von manchen Transportrouten, insbesondere nach Russland, ist bekannt, dass dort gar nicht die logistischen Voraussetzungen bestehen, um zum Beispiel die Tiere bei den vorgeschriebenen Ruhepausen abzuladen und gut unterzubringen. Ich halte es daher für richtig, Transporte ganz auszusetzen, bis diese Missstände nachweislich behoben sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, und es ist richtig, dass sich unsere Landesregierung dieser Problematik vielfältig angenommen hat. Es ist in der Zwischenzeit etwas geschehen - sowohl hier im Land als auch in der Agrarministerkonferenz. Allein 2017 wurden 700.000 lebende Rinder aus der EU exportiert. 81.000 davon kamen nach Angaben des Statistischen Bundesam-

(Joschka Knuth)

tes aus deutschen Ställen, und jedes Tier, das auf einem Transport Leid erfährt, ist eines zu viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich deshalb, dass wir auch in der Koalition in unserem Antrag weitgehend dahin gehend verständigen konnten, dass wir uns nicht nur klar zur Problematik der Versorgungsstationen äußern, sondern auch deutlich machen, dass es darüber hinaus einer ausführlichen Überarbeitung der EU-Transportverordnung bedarf. Die dort getroffenen Festlegungen zu Transport- und Ruhezeiten sowie zum Platzangebot reichen als Mindeststandards nicht aus - ganz abgesehen von den absolut unzureichenden, da nicht wirklich vorhandenen Temperaturregelungen. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die oftmals viel zu heißen Sommer der vergangenen Jahre verdeutlichen den Anpassungsbedarf. Wenn Temperaturen von über 35 Grad im Sommer in vielen Ländern zur Regel werden und nicht mehr nur eine Ausnahme darstellen, steigt das Risiko, dass auf Transporten die Temperaturvorgaben nicht eingehalten werden. Strengere Temperaturgrenzen können hier eine sinnvolle Maßnahme sein, um unnötigem Leid vorzubeugen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Antrag doch ein klares Signal für eine Überarbeitung senden. Wir haben es nicht abschließend selbst in der Hand, ob es zu einer Überarbeitung kommt und wie diese aussieht, aber wir werden alles geben, damit diese Standards angepasst werden und dass sie zum Wohle der Tiere angepasst werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es darf durchaus als Zeichen verstanden werden, dass wir diese Forderung auch in der Koalition gemeinsam beschließen.

Noch besser als strengere Regelungen für Tiertransporte, und hier komme ich noch einmal auf das zurück, was der Kollege Harms gesagt hat, wäre in der Tat ein Ausbau der lokalen und regionalen Strukturen, möglichst kurze Wege zum nächsten Schlachthof und die Verbesserung der regionalen Vermarktung. Am Markt erleben wir leider in den letzten Jahren genau den gegenläufigen Trend, und es wird nicht einfach sein, das umzudrehen und wieder zu mehr Wertschöpfung in der Region und handwerklichen Strukturen mit guter Entlohnung in der Fleischverarbeitung zu kommen. Ich kann Ih-

nen aber ganz klar und deutlich sagen: Sie haben uns da an Ihrer Seite.

Wie wichtig das wäre, sehen wir nicht zuletzt anhand der aktuellen Entwicklung bei den Schlachthöfen hier im Land. Das macht wirklich betroffen, und wir können alle nur hoffen, dass die Menschen vor Ort gesund durch diese Zeit kommen.

Wir Grüne setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass wir auch die handwerklichen Strukturen in der Fleischverarbeitung sichern. Ich bin mir sicher, dass wir nicht das letzte Mal hier im Landtag über Tiertransporte beraten haben. Das wird - wahrscheinlich auch in dieser Legislaturperiode - noch das eine oder andere Mal passieren, aber ich finde, wir sind auf einem guten Weg. Ich freue mich über Zustimmung zu unserem Antrag und weitere Debatten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Denny Bornhöft.

Denny Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wollen keine leidvollen Tiertransporte. Keiner hier im Haus will, dass Rinder auf endlosen Fahrten ohne Pause, ohne Wasser, in sengender Hitze oder in klirrender Kälte gequält werden. Dagegen stehen natürlich auch gesetzliche Regelungen. Jedoch: Tiertransporte können trotz aller schützenden Vorschriften mit Leid verbunden sein, auch wenn man sich an alle hält. Das gilt natürlich erst recht, wenn man sich nicht an sie hält.

Das will natürlich keiner. Das wollen auch die Rinderexporteure nicht. Quälerei kann und darf natürlich kein Geschäftsmodell sein. Unsere Landesregierung setzt sich für bessere Rahmenbedingungen für Tierexporte in Drittländer ein. Wir brauchen dazu allerdings auch eine aktive Bundesregierung, das haben wir gerade schon festgestellt, und wir brauchen auch einen effektiven europäischen Einsatz sowie internationale Verständigung. Viele der Zuständigkeiten, gerade die, die den Binnenmarkt betreffen, liegen leider nicht im Land.

Der Umweltausschuss hat sich erst letztes Jahr sehr umfassend mit dem Thema Tierexporte in Drittländer befasst, über die Bedingungen auf den Transportrouten beraten und sich darüber berichten lassen. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene in der Agrarministerkonferenz für bessere Trans-

(Dennys Bornhöft)

portbedingungen ein. Unser gemeinsames Ziel: Die Strapazen der Tiere so gut es geht zu minimieren.

(Beifall FDP)

Das Anliegen des SSW, für einen besseren Tierschutz auch außerhalb der Grenzen der EU zu streiten, unterstützen wir. Die vom SSW vorgeschlagenen Maßnahmen gehen jedoch teilweise an der Realität unserer Landwirtschaft vorbei. Heiner Rickers hat dies ein Stück weit schon ausgeführt. Ein Beispiel: die Begrenzung der Transportzeit auf nationaler Ebene auf vier Stunden in Kombination mit dem Grundsatz der Schlachtung der Tiere am nächstgelegenen Schlachthof. Die Forderung ist allein schon angesichts der wachsenden Distanzen zwischen Haltungsbetrieb und Schlachthof schlicht nicht umsetzbar. Ein Hähnchenmäster aus Schleswig-Flensburg beispielsweise muss seine Tiere zum Schlachten nach Lohne oder Wietze in Niedersachsen bringen. Das sind fix viereinhalb Stunden Fahrtzeit, obwohl dies der nächstgelegene Schlachthof für diese Hähnchen ist. Das gilt ohne Stau und irgendwelche Zwischenfälle. Die Forderung des SSW ist unter Einhaltung der Straßenverkehrsordnung schlicht nicht praktikabel. Auch wenn Lars Harms gern schnell fährt - so funktioniert das leider nicht. Entweder das eine oder das andere.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Die Tiere zum nächstgelegenen Schlachthof zu bringen, liegt im Eigeninteresse des Landwirts, denn auf der Fahrt verlieren die Tiere an Gewicht. Sie erleiden auch Stress, und das ist im Endeffekt nicht gut für das gewünschte Produkt. Schließlich hat es ja einen Sinn, dass die Tiere geschlachtet werden. Sie sollen später ja gegessen werden.

Viele Schlachthöfe verarbeiten aber nur Mastvieh bestimmter Größen. Oft ist der nächstgelegene Schlachthof gar nicht geeignet. Ein Fun Fact beispielsweise: Alle Griller und Broiler, die auf der Wiesn angeboten werden, werden in Sachsen-Anhalt geschlachtet. Das ist der am besten geeignete Schlachthof. Die Hähnchen müssen bei der Schlachtung auch immer ziemlich genau 1.600 g wiegen. Ansonsten werden sie dort nicht angenommen, und der Kunde auf der Wiesn möchte stets gern Hühnchen mit einem Gewicht von 1,6 kg haben. Darauf hat er einen Anspruch.

Deutschland hat mit die härtesten Tierschutzregelungen der Welt. Eine immer weitere Verschärfung führt aber dazu, dass Landwirte hier nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können und dass sie im Vergleich zu Produzenten im Ausland nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Das hat Konsequenzen. Wir

müssen bei allen Maßnahmen darauf achten, dass diese nicht dazu führen, dass Tiere statt bei uns immer mehr im Ausland unter schlechteren Bedingungen und mit weniger Tierschutz aufgezogen werden.

(Beifall FDP)

Deswegen muss eine nationale Strategie für noch mehr Tierschutz dafür sorgen, dass die Tiere trotzdem weiter in Deutschland produziert werden und nicht die Produktion verdrängt wird. Davon hat keiner was - nicht die Landwirte vor Ort und noch weniger wir als Konsumenten.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die tiertransportrechtlichen Regelungen der Verordnung Nr. 1/2005 der EG überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass diese Regelungen bis zum endgültigen Beförderungsort eingehalten werden - insbesondere dann, wenn sich dieser außerhalb der Europäischen Union befindet. Wenn diese Standards nicht eingehalten werden, dann sollte der Export verboten werden, aber auch nur dann.

Was wir brauchen, ist Folgendes: Ein System für eine digitale Transportkontrolle, eine Datenbank mit Informationen zu Transportrouten und Versorgungsstationen in Nicht-EU-Ländern. Stellen wir Landwirte und Tiertransporte nicht unter Generalverdacht, sondern lassen Sie uns mit den smarten Technologien daran arbeiten, dass die schwarzen Schafe, diejenigen, die Tiere qualvoll hinter die Grenzen bringen, in Zukunft nicht mehr so handeln können. Quälerei ist kein Geschäftsmodell und gehört konsequent stillgelegt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sehr geehrte Kollegin Eickhoff-Weber, erst beschweren Sie sich darüber, dass über ein Jahr lang zu wenig passiert sei und dass wir jetzt darüber sprechen. Jetzt wollen Sie das Thema zurück in den Ausschuss bringen. Das lehnen wir ab und bitten um Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren heute über ein Thema, das auch der AfD sehr am Herzen liegt, nämlich

(Volker Schnurrbusch)

den Tierschutz. Der SSW nimmt mit seinem Antrag einen zweiten Anlauf, Tiertransporte restriktiver zu regeln - und das, obwohl wir dieses Thema bereits im März letzten Jahres sehr ausführlich in diesem Hohen Haus diskutiert und im Ausschuss sehr ausführlich beraten haben. Herr Harms, Sie haben es selbst gesagt: Damals ging es vor allem um die Rechtssicherheit der Amtstierärzte.

Leider hat sich seitdem die Situation für die Tiere kaum wesentlich geändert. Auch die beiden vorliegenden Anträge werden wohl kaum Einfluss auf das Wohlergehen der Tiere auf dem Transport haben - leider. Warum? - Weil die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung durch höherrangiges EU-Recht beschnitten werden, denn die EU-Verordnung 1/2005 regelt Tiertransporte und setzt die Bedingungen dafür fest. Das hat die letztjährige Debatte sehr deutlich gemacht, und die Landesregierung hat damals alles getan, was ihr in diesem Rahmen möglich war.

Der SSW will nun im zweiten Anlauf Tierexporte in Drittstaaten - also in Nicht-EU-Länder - verbieten, weil in solchen Ländern unsere hohen Tierschutzstandards unterlaufen werden. Mit solchen Ländern dürften vor allem islamische Staaten gemeint sein, die nach wie vor das für Tiere besonders qualvolle Schächten praktizieren. Die AfD hat schon in ihrem Wahlprogramm gefordert, Lebendtransporte zu ausländischen Schlachthöfen ganz zu verbieten. Insbesondere verlangen wir das ausnahmslose Verbot des betäubungslosen Schlachtens.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Dennoch können wir dem SSW-Antrag nicht zustimmen, weil er praktisch alle Tiertransporte unmöglich machen würde, also auch die für die Züchtung und die Milchwirtschaft. Vier Stunden für Inlandtransporte sind außerdem völlig unrealistisch. Herr Rickers hat das gerade sehr eindrucksvoll ausgeführt.

Dass es bei Tiertransporten durchaus Verbesserungsmöglichkeiten gibt, weiß ich aus eigener Erfahrung - nicht, weil ich in der Branche unterwegs bin, aber als Industriefilmer habe ich schon selbst einige Filme über Ordnungstechniken und Kontrollmöglichkeiten von Lkw-Transporten gedreht. Das scheint mir eine wichtige Möglichkeit zur Kontrolle und damit auch zur Verbesserung der Situation der Tiere zu sein. Zu Beginn fühlen sich die Fahrer natürlich kontrolliert. Das ist auch unangenehm für den einen oder anderen, aber am Ende nutzt es der Fracht, und in dem Fall sind es lebende Wesen. Bei

mehr Kontrollen der Transporte setzt auch der Antrag der regierungstragenden Fraktionen an. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. Den SSW-Antrag lehnen als zu pauschal und realitätsfern ab. Wir appellieren gleichzeitig an die Landesregierung, sich auf EU-Ebene für eine bessere Regelung für Tiertransporte einzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben uns in diesem Saal tatsächlich schon häufig mit dem Leid der Tiere bei Langstreckentransporten beschäftigt, und wir haben aus Schleswig-Holstein mehrfach deutlich Initiative ergriffen, um die Bedingungen für Tiere auf den zahlreichen Tiertransporten quer durch Europa und sogar weit über die europäischen Grenzen hinaus deutlich zu verbessern. Die Tiere sind oft tagelang unterwegs, und sie leiden auf diesen Transporten. Zuletzt war dies wieder deutlich sichtbar bei den Staus an den Grenzen aufgrund der Coronapandemie.

Transporte von lebenden Tieren, die zur Schlachtung in fernen Ländern vorgesehen sind, sind deshalb aus meiner Sicht nicht vertretbar, und es gilt das Tierschutzziel des Grundgesetzes.

(Beifall FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Wenn wir es Zuchttieren zumuten, über weite Strecken durch Europa oder gar über die Grenzen hinaus befördert zu werden, so ist unsere Verantwortung groß. Dann müssen wir zweifelsfrei sicherstellen, dass die Tierschutzaufgaben der EU-Transportverordnung und ihre Durchführungsverordnung eingehalten werden und auch kontrollierbar sind. Daher haben wir in unserem Erlass aus dem März letzten Jahres klar geregelt, dass im Zweifel kein Langstreckentransport aus Schleswig-Holstein abgefertigt werden darf. Deshalb haben wir den Bund mehrfach aufgefordert, eine Datenbank geeigneter Versorgungsstationen im Ausland zu erstellen. Leider kommt der Bund seinen Verpflichtungen nur sehr zögerlich nach. Die geforderte Datenbank mit Informationen über die Abfertigung von langen

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Tiertransporten ist noch immer in der Entwicklung, auch wenn demnächst eine Online-Fassung vorgestellt und mit den Ländern abgestimmt werden soll. Ich werde bei der morgigen Agrarministerkonferenz erneut darauf drängen, dass hier endlich geliefert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Digitalisierung liefert weitere Möglichkeiten. So sollte es ein elektronisches Prüfsystem geben, das im Sinne eines lernenden Systems den Kontrollbehörden die Plausibilitätsprüfung bei der Abfertigung von Drittlandexporten erleichtert.

Meine Damen und Herren, auf die Anfrage Deutschlands aus dem letzten Jahr hat die Russische Föderation jetzt endlich mitgeteilt, dass dort keine Versorgungsstationen in Betrieb sind. Damit ist nun klar, dass auch ein Versenden von Tieren aus anderen Bundesländern unterbleiben muss. Ich fordere daher meine Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern auf, endlich dem Beispiel unseres unmissverständlichen Erlasses zu folgen, wie dies Bayern und Hessen getan haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber hinaus braucht es dringend eine offizielle Zertifizierung von Versorgungsstellen und Routen in Drittländern nach internationalen Standards durch anerkannte Fachleute. Und: Die EU-Tierschutztransportverordnung muss entsprechend angepasst werden. Auch bei den derzeitigen Regelungen zu tierschutzgerechten Temperaturen bei Transporten sehen wir Überarbeitungsbedarf. Deshalb habe ich die Bundeslandwirtschaftsministerin nun bereits mehrfach aufgefordert, sich mit dem Europäischen Parlament gemeinsam für die längst überfällige Novelle der EU-Verordnung einzusetzen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne begrüße ich es ausdrücklich, dass der Landtag dieses wichtige Thema erneut aufgegriffen hat und sich für den Schutz der Tiere einsetzt. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass die Landwirtinnen und Landwirte hier in Schleswig-Holstein zu einer tierwohlgerechten Produktion stehen. Wenn wir alle gemeinsam bereit sind, den Landwirten und Landwirtinnen auch faire Preise für regional erzeugte Lebensmittel zu zahlen, dann führt dies auch zu weniger Tiertransporten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist zunächst Ausschussüberweisung des Antrags, Drucksache 19/2048, sowie des Alternativantrags, Drucksache 19/2159, an den Umwelt- und Agrarausschuss beantragt. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, SSW und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2048, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2159, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 15 und 61 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Abschaffung des „Zukunftslabors zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme“

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1800

b) Bericht über die Arbeit des Zukunftslabors zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2121

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Für den Bericht zu b) erteile ich dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die gegenwärtige Krise, über die bislang sehr ausführlich diskutiert wird, ist bereits jetzt eine Zäsur, die weitreichende Folgen hat. Dass wir bisher gut durch diese Krise gekommen sind, ist nicht nur einem ausgesprochen leistungsfähigen Gesundheitssystem zu verdanken. Menschen, die beispielsweise vor der Krise in Festanstellung tätig waren und jetzt ihren Arbeitsplatz verloren haben, können sich auf eine Institution verlassen, nämlich den Sozialstaat.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Dass Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, nicht sofort ihre gesamte Existenz verlieren, die sie sich zum Teil mühsamst über viele Jahre aufgebaut haben, ist auch und gerade ein Ergebnis einer funktionierenden sozialen Sicherung in Deutschland.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der Sozialstaat muss aber nicht nur während der Coronakrise leistungs- und handlungsfähig sein. Den Sozialstaat zu erhalten und ihn weiterzuentwickeln, das ist und bleibt in den kommenden Jahren eine ganz zentrale Aufgabe, und zwar nicht nur für Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er soll auch über diese Krise hinaus Perspektiven auf Teilhabe, auf Bildung und auf Aufstieg für die Menschen bieten. Er soll die Menschen in Schleswig-Holstein auch in den kommenden Jahren vor Armut schützen, und er soll ihnen beispielsweise auch eine menschenwürdige Pflege ermöglichen. Insbesondere der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft sehr umfassend. Eine gestiegene Lebenserwartung, neue Formen des Zusammenlebens, Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land sowie die Migration betreffen auch die Menschen in Schleswig-Holstein, und der Megatrend Digitalisierung beeinflusst in unserem Bundesland die Art des Wirtschaftens, die Arbeitsprozesse, das Lernen und die Wertschöpfung. Diese Entwicklungen stehen derzeit möglicherweise nicht unmittelbar im Fokus. Ich jedenfalls weiß, womit wir uns in den letzten zehn Wochen beschäftigt haben. Diese Fragen müssen aber trotzdem beantwortet werden, und diese Politikfelder müssen wieder bearbeitet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Diese Entwicklungen werden uns nach dem Ende der sogenannten Coronakrise wieder sehr stark beschäftigen, denn sie haben erhebliche Auswirkungen auf die Erwartungen und die Anforderungen an einen modernen Sozialstaat sowie auf die Finanzierungsmöglichkeiten.

Um die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates und seine zeitgemäße Weiterentwicklung zu diskutieren, haben deswegen die regierungstragenden Fraktionen ein Zukunftslabor für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherung ins Leben gerufen. Im Fokus der Arbeit des Zukunftslabors steht die Frage der Umsetzbarkeit verschiedener sozialer Absicherungsmodelle und deren wissenschaftliche Beurteilung.

Der Zukunftslabor hat bereits erkennbare Ergebnisse zustande gebracht. Das zeigt der Bericht über die Arbeit des Zukunftslabors, den Ihnen die Landesregierung vorgelegt hat. Im ersten Projektabschnitt haben beteiligte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine systematische Auswertung der wissenschaftlichen Studien und der sonstigen Literatur vorgenommen, um die Auswirkungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung auf die sozialen Sicherungssysteme zu untersuchen. Im folgenden Projektabschnitt ging es darum, Szenarien für die künftige Entwicklung zu erarbeiten. Dabei sind eine breite Öffentlichkeit und maßgebliche gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure beteiligt worden, um die Entwicklung von Zukunftserwartung und Wünschen auf eine breite Legitimationsbasis zu stellen.

Parallel dazu sind Modellprojekte und Reformansätze zur sozialen Absicherung analysiert worden, die in der jüngsten Vergangenheit im europäischen Ausland umgesetzt worden sind. Schwerpunktmäßig ging es darum, die dabei erzielten Erfolge und Misserfolge zu bewerten. Danach sind vier Reformansätze entwickelt worden: Bürgergeld, Grundeinkommen, Weiterentwicklung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme und Bürgerversicherung. Um die fiskalischen Auswirkungen der einzelnen Reformansätze betrachten zu können, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Mikrosimulationen durchgeführt.

Die Idee des Zukunftslabors und der damit verbundene Prozess sind angesichts der beschriebenen Herausforderungen nach wie vor notwendig, und sie sind richtig.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall SSW, vereinzelt FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage sehr deutlich: Während des Prozesses sind in zunehmendem Maße Differenzen über das methodische Vorgehen und die Art und Weise der Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer, dem Institut für Sozialökologie, aufgetreten. Zudem haben weitere Vorfälle während der Vertragslaufzeit dazu geführt, dass die Landesregierung das Auftragsverhältnis Anfang Februar 2020 außerordentlich gekündigt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen aber auch: Das Zukunftslabor ist nicht mit dem Auftragnehmer gleichzusetzen. Genau vor diesem Hintergrund prüft die Landesregierung gegenwärtig die Fortführung des Zukunftslabors mit neuer Unterstützung. Das feste Ziel unserer Koalition ist es, das Zukunftslabor auf der Basis der bisher erreichten Ergebnisse zu einem erfolgreichen Ende zu führen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Der Minister hatte die vereinbarte Redezeit nur um 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht nun auch allen anderen Rednern zur Verfügung.

(Beifall CDU und FDP)

- Herr Minister, das war durchaus positiv gemeint. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Schade, ich war auf eine längere Rede eingestellt, das ist ja sonst der Fall, aber alles gut. - Herzlichen Dank für diesen - wie soll ich sagen - sehr aufschlussreichen Bericht. Viel zu lachen haben wir in diesen Zeiten eigentlich nicht, aber diesen Bericht zu lesen, war sehr unterhaltsam, jedenfalls für uns. Sehr nüchtern und nordisch sachlich beschreibt der Bericht die Überflüssigkeit des Zukunftslabors. Ich zitiere den Ministerpräsidenten aus seiner ersten Regierungserklärung:

„Mit einem Zukunftslabor werden wir die Chancen ... diskutieren und die Ergebnisse auf die Bundesebene tragen.“

Entgegen aller Ankündigung kostet das Zukunftslabor den Steuerzahler wohl circa 700.000 € vielleicht auch noch mehr, wenn es jetzt zu einem Per-

sonalwechsel kommt. Das ist sehr viel Geld für das Motto: Wenn ich nicht mehr weiterweiß - oder, so wie in diesem Fall, von Uneinigkeit ablenken will -, dann gründe ich einen Arbeitskreis.

Das Zukunftslabor wurde von Koalitionspartnern angekündigt, deren Haltungen zu den sozialen Sicherungssystemen sehr unterschiedlich sind. Die CDU möchte die Weiterentwicklung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme. Wie wichtig diese sind, hat Herr Minister Garg eben deutlich gesagt. Teile der Grünen möchten ein bedingungsloses Grundeinkommen und Teile der FDP ein liberales Bürgergeld. Unterschiedlicher kann es kaum sein.

Das aus der politischen Debatte outgesourcte Zukunftslabor fand bislang in Beiratssitzungen und in halböffentlichen Veranstaltungen und Onlineabfragen statt, die für viele nur sehr schwer nachzuvollziehen sind und die auch tatsächlich nur einen ganz kleinen Teil der Menschen erreichten. 150 und 123 waren es mal.

Das ausgewählte Institut publiziert seit Jahren über das Grundeinkommen. Sein Leiter ist Mitbegründer des Netzwerkes Grundeinkommen und ehemaliger Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion. Zufälle gibt es!

In der Projektbeschreibung heißt es dann auch, das Zukunftslabor solle eine Vision der sozialen Sicherung entwickeln und dabei vor allem die Rolle eines Grundeinkommens prüfen. - Gleichzeitig schreibt Herr Kalinka in seiner Pressemitteilung während der Rentendebatte - ich zitiere sinngemäß -: Auf eine Prüfung der Bedürftigkeit zu verzichten, ist komplett ungerecht.

In den „Kieler Nachrichten“ konnten wir lesen, dass das durchführende Institut das Desinteresse der CDU an einer Infragestellung der berufsständig gegliederten sozialen Sicherung problematisch findet. - Harmonie sieht anders aus.

Laut Projektbeschreibung soll der Beirat, der neben Vertretern der Sozialversicherungssysteme, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden auch aus Vertretern der Parteien besteht, beraten, unterstützen und einvernehmliche Empfehlungen abgeben. Diese Erwartungshaltung wurde besonders von den Grünen betont. Ich bezweifle - meine Phantasie reicht nicht aus, es mir vorzustellen -, dass es hier zu einem Einvernehmen kommen wird. Jedenfalls würde ich gern auf dem CDU-Parteitag dabei sein, wenn Herr Kalinka aus vollster Überzeugung seiner Partei das bedingungslose Grundeinkommen beibringen will.

(Birte Pauls)

Der Ministerpräsident spricht in seiner Regierungserklärung von einer Denkwerft für die sozialen Sicherungssysteme, in der wir Ängste der Menschen ebenso diskutieren wie deren Wünsche und Hoffnungen. Die Abfragen sind aber bisher nur einem ganz kleinen elitären Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vorbehalten. Die Auftaktveranstaltung war nicht öffentlich angekündigt und bestand aus reinem Fachpublikum.

In einer weiteren Runde wurden 100 Studierende gefragt. Mein Verstand sagt mir, dass Studierende eine andere Haltung zur sozialen Sicherung haben als Werftarbeiter oder Pflegepersonal, die 30 Jahre im Schichtdienst gearbeitet haben. Allerdings kann ich nicht erkennen, dass diese auch noch gefragt werden sollen. Die Rückläufer der Umfragen waren so gering, dass Sie sich gründlich blamieren werden, wenn Sie das Projekt tatsächlich auf die Bundesebene holen.

Schon nach kürzester Zeit wurde unten den Beiratsmitgliedern von Zeitdiebstahl geredet. Kopfschütteln machte sich schnell breit. Der anfänglichen Euphorie über die angeblich ach so große Modernität folgte schnell nüchterne Kenntnisnahme. Und dann hatte ich mich die ganze Zeit gefragt, warum unser Antrag aus dem Oktober zur Abschaffung des Zukunftslabors von einer Sitzung in die nächste geschoben worden ist. Die Antwort kam per Brief am 15. April 2020, auf dem Höhepunkt der Pandemie. Wahrscheinlich wollte man, dass das nicht bemerkt wird. Vom Leiter des Zukunftslabors habe man sich wegen zunehmend unterschiedlicher Vorstellungen über die inhaltliche Arbeit trennen müssen. Gleichzeitig wird im Bericht aber betont, dass eine Fortführung des Zukunftslabors überprüft wird. - Echt jetzt? Nach dieser Reihenfolge von Pleiten, Pech und Pannen wollen Sie in diesen Zeiten Ihre gruppendynamische Tummelwiese der Unterschiedlichkeiten wirklich noch weiterführen? Wen wollen Sie denn dafür noch motivieren? - Die Mitarbeiter des Sozialministeriums und der IMAG haben wirklich wichtigere Dinge zu tun als das.

(Beifall SPD)

Zum Schluss möchte ich noch den ehemaligen Leiter des Zukunftslabors, Herrn Professor Dr. Opielka, zitieren. Er sagt: Zum Ansatz eines Zukunftslabors gehört das Experiment, der Versuch, aber auch der Irrtum. - Sie sollten ein letztes Mal auf ihn hören. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für den Bericht. Er ist fundiert, er ist korrekt, er ist anspruchsvoll geschrieben, und ich füge hinzu: Er ist analytisch stärker als manche Sitzung, die wir gehabt haben.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, das Zukunftslabor ist nicht gescheitert. Vielleicht ist auch der Titel etwas anspruchsvoll. Es ist bisher nur einiges etwas unglücklich gelaufen.

(Zuruf SPD)

- Freuen Sie sich nicht zu früh. Wer etwas machen will, muss gelegentlich auch einmal einen zweiten Anlauf wagen. Ich sage aus meiner Sicht: Obwohl die Wege sich getrennt haben, danke ich dennoch dem Institut für Sozialökologie und den Unterauftragnehmern. Wir haben einfach in den Ergebnissen und in den Zielsetzungen jetzt keine volle Einigkeit mehr gehabt.

Aber das ändert nichts daran, dass ich auch hier vom Plenum aus Danke sage.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Frau Abgeordnete Pauls, Sie haben eines vergessen. Sie haben in den Beiratssitzungen dabeigesessen, haben nur fast nie etwas gesagt.

(Heiterkeit)

Das ist der Schönheitsfehler Ihrer ganzen Argumentation.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie sich für heute aufgespart! - Unruhe)

Auch eine Opposition ist eingeladen zum Denken - das ist nicht verboten - und Vorschläge zu machen. Wer sich so weitreichend aus dem Fenster lehnt wie Sie, hätte zumindest ein bisschen mehr Vorschläge liefern können.

(Beifall CDU und FDP)

Das Thema ist ja nicht einfach, nicht zuletzt deswegen, weil Sie mit dem Thema Denkfabriken in Schleswig-Holstein einige Erfahrungen haben. Aber bei Engholm ist nichts dabei herausgekommen.

(Werner Kalinka)

(Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

- Selbstverständlich, Herr Präsident.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kalinka gestattet die Bemerkung, Frau Abgeordnete Pauls.

Birte Pauls [SPD]: Herr Kollege Kalinka, haben Sie zur Kenntnis genommen oder gemerkt, dass sich viele Termine des Zukunftslabors, zu dem das Sozialministerium die Geschäftsführung übernommen hat, mit anderen sozialpolitischen Terminen überschneiden haben und ich deshalb einige Male nicht anwesend gewesen bin, weil mir zum Beispiel die Diskussion im Altenparlament, wo Sozialpolitiker auch hingehören, wichtiger war?

Abgesehen von Ihrer Unterstellung, dass wir nicht mitgeholfen haben, sage ich Ihnen: Wir sind nicht dazu da, Ihre Projekte nach vorne zu befördern.

Werner Kalinka [CDU]:

Das ist nun wirklich dürftig.

(Heiterkeit)

- Ich habe Ihnen vorgehalten, dass Sie nicht einmal einen Vorschlag gemacht haben. An Terminen ist das bestimmt nicht gescheitert. Ich weise im Übrigen auch die Aussage zurück - nach meinem Kenntnisstand -, es sei bewusst versucht worden, die Debatte auf diesen Zeitpunkt zu legen. Ich habe bei uns gefragt, warum wir dieses Thema nicht debattieren, und kriegte zur Antwort, man sei sich einig, es zu schieben. Das ist die Wahrheit, die ich gehört habe. Dass wir vor Ihnen Angst haben, glauben Sie doch wohl selbst nicht.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, das Thema ist in der Tat sehr anspruchsvoll. Herr Minister Garg hat einiges gesagt. Ich will das kurz mit Stichworten umreißen: Was ist nötig, damit die soziale Schere nicht weiter auseinandergeht? Wie erfüllen wir das Sozialstaatsprinzip? Die Fragen nach Motivation der Arbeit, Bürgergeld, Grundeinkommen haben wir in der CDA, im sozialen Flügel der CDU, diskutiert und sind vor zehn Jahren zu dem Ergebnis gekommen, dass wir zu keinem Ergebnis gekommen, weil es zu diesen Themen sehr unterschiedliche Positionen gibt. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das sind

ja für diejenigen, die bisher sozialpolitisch gearbeitet haben, keine neuen Themen.

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt da hinein. Die Frage der Berufsentgelte ist heute angesprochen worden. Generationengerechtigkeit. Eine Rolle spielt die Frage: Wie erhalten wir über 2025 hinaus ein sicheres Rentenniveau, in welcher Höhe, mit welchem Einkommen und so weiter? Altersarmut. Das alles sind große Themen. Das Gesundheitswesen wurde heute angesprochen. Mobilität im Alter. Ländlicher Raum. Das Thema ÖPNV hat eine Rolle gespielt.

Das letzte große Thema ist das, was wir heute wieder angesprochen haben: Wie wird es mit dem Geld? Viele Maßnahmen, über die man diskutiert, sind von den Finanzen abhängig.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Langer Rede kurzer Sinn: Es ist einfach so. Wenn wir heute, im ersten Jahr der Schuldenbremse, feststellen müssen, dass 1 Milliarde € in jedem Fall kommen, zeigt sich, wie schwierig das ist.

Wir haben uns auch mit ausländischen Modellen auseinandergesetzt. Ergebnis: Großbritannien, Italien sind wenig überzeugend, Finnland hat bisher keine ausreichenden Erkenntnisse gebracht.

(Zurufe)

- Das ist die jetzige Sachlage. Das kann sich ja weiterentwickeln.

Kurz ein paar Stichworte als mein Rat für die weitere Arbeit. Ich habe leider schon wieder so wenig Zeit; Hans-Jörn, wir müssen für diesen Punkt auch einmal zehn Minuten Redezeit einkalkulieren.

(Heiterkeit)

Beim weiteren Vorgehen stellt sich die Frage, ob wir versuchen, einen großen Wurf zu machen, oder ob wir uns auf kleinere Schritte mit konkreten Vorschlägen beschränken. Darüber müssen wir methodisch nachdenken.

Ich finde es ganz wichtig, dass wir alle Partner aus dem Tarifvertragsbereich, aus den politischen und gesellschaftlichen Gruppen weiter an einem Tisch haben. Auch das war ein Problem, weil die Meinungen weit auseinandergingen. Wir müssen alle an einem Tisch behalten und uns untereinander austauschen können.

Dann geht es darum, auf welche wenigen Schwerpunkte wir uns konzentrieren, um konkrete Vorschläge für den Bund mitzunehmen.

(Werner Kalinka)

Wir müssen die Politik - Parlament und andere - stärker mitnehmen. Alles, was dort gedacht und vorgeschlagen wird, erzielt nur dann Wirkung, wenn es konkret wird; alles andere bleibt theoretisch. Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, ob wir das mit Initiativen auf Bundesebene oder mit Modellvorhaben im Land konkretisieren können, bevor wir uns festlegen, wie der weitere methodische Schritt ist.

Meine Damen und Herren, seien Sie sicher: Dieses Projekt ist mit einem kurzzeitigen Problem nicht gescheitert, nicht erledigt, dieses Projekt wird uns gedanklich weiter beschäftigen. Ich hoffe, dass wir auch von Ihnen möglichst viele Vorschläge bekommen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD möchte doch glatt, dass wir das Zukunftslabor einstellen. Warum sollten wir das tun? Wenn wir mittendrin eine Vollbremsung hinlegen, werden wir aus der Kurve geschleudert. Das ist Physik.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das ist nicht unser Ziel, sondern wir wollen das Ziel, das sich diese Koalition vorgenommen hat - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Heiterkeit)

Das finden Sie witzig? - Wir wollen unseren Sozialstaat zukunftsfest machen. Ich hätte gedacht, dass auch die SPD daran ein Interesse hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unser Ziel als Jamaika-Koalition war, einmal über den Tellerrand hinaus, über die Legislaturperiode hinaus zu gucken. Wir wissen doch alle, vor welchen riesigen Herausforderungen, vor welchem Berg von Herausforderungen Schleswig-Holstein steht, was Demografie und Digitalisierung angeht. Wir haben gerade heute Morgen wieder darüber gesprochen, wie weit wir im Bildungsbereich sind, wenn es um mobile Endgeräte geht. Da sagen Sie: Lasst es doch lieber, es soll lieber alles so bleiben, wie es ist. - Das kann doch wohl nicht ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unser Ziel ist es, neue Wege zu gehen, über Parteigrenzen hinweg neue, kluge Lösungen zu finden. Ich bleibe dabei: Das ist ein guter Weg, und den werden wir weiterverfolgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Bohn, Sie sagen, die SPD sei der Meinung, die Dinge sollten so bleiben, wie sie sind. Das karikiert in starkem Maß unsere Position. Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hat über mehrere Jahre daran gearbeitet, ein Zukunftskonzept für soziale Sicherung zu entwickeln, wobei wir mit Gewerkschaften, betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit externen Gruppen diskutiert und Kongresse veranstaltet haben und daraus ein Konzept gemacht haben, das ich Ihnen sehr gern zur Verfügung stelle. Das ist - glaube ich - sinnvoller, als aus einer Koalition mit sehr unterschiedlichen Ausrichtungen heraus an ein Institut zu gehen. Wenn das nichts bringt, ist eine Vollbremsung vielleicht doch besser.

Ich weiß nicht, ob Sie den Zwischenruf des Kollegen Dolgner gehört haben. Er lautete: Wenn man mit 1 km/h fährt, fliegt man nicht aus der Kurve, wenn man bremst.

Insoweit ist das eher ein Hinweis darauf, dass sich die Sozialdemokratie sehr wohl mit der Zukunft beschäftigt. Ich schicke Ihnen das gern zu. Davon könnten Sie mehr profitieren als von dem, was das Institut da geliefert hat.

- Lieber Herr Kollege Stegner, vielen Dank für Ihren Einwurf. Besser spät als nie, kann ich nur sagen. Genau das war die Idee. Warum haben Sie das nicht schon längst eingespeist? Warum nicht?

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Bohn, wir hatten die bescheidene Hoffnung, dass es, wenn die Sozialdemokratie an so etwas arbeitet und über ein Jahr lang Kongresse dazu abhält, sinnvoller sein könnte, es zu veröffentlichen und in die Bundespolitik einzubringen, als die Hoffnung zu haben, dass die Jamaika-Koalition dem zum Durchbruch verhilft. Das haben wir nicht angenommen.

- Lieber Herr Kollege Stegner, das passt voll in mein Bild. Es geht gerade nicht um die Sozialdemokratie, es geht gerade nicht um Jamaika, es geht nicht um irgendwelche Parteien, sondern es geht darum, gemeinschaftlich neue Wege zu finden, wie wir die soziale Frage lösen. Genau das steckt hinter dem Zukunftslabor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass alle drei Koalitionspartner ihre Ideen einbringen können. Könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung sein? Vielleicht, dazu gibt es noch viele offene Fragen, und es gibt auch Modellversuche. Das steht alles im Bericht, für den wir uns beim Ministerium und beim Minister ganz herzlich bedanken. Oder ist es das Bürgergeld? Da sind wir Grüne sehr kritisch, andere im Parlament halten das für den richtigen Weg. Oder geht es um die Fortentwicklung unserer bestehenden sozialen Sicherungssysteme? Auch das ist eine Möglichkeit. Wir sind uns doch darüber einig, dass es Lücken im System gibt, und die müssen wir füllen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer nur zu sagen, die SPD macht es so, die CDU macht es so, dadurch bleiben wir immer da, wo wir jetzt gerade sind, und entwickeln uns nicht weiter, kann keine Lösung für die Zukunft sein.

(Zuruf)

Auch ich sage gerne noch etwas zum ISÖ. Das Institut für Sozialökologie hat den Zuschlag bekommen. Es gab ein Ausschreibungsverfahren. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, wer wann wo gearbeitet hat. Es gab ein offizielles Ausschreibungsverfahren, und nach dem Ausschreibungsverfahren hat das geeignetste Institut den Auftrag bekommen. Der Beirat war dazu gedacht, Fragestellungen einzuspeisen. Sie sind herzlich willkommen gewesen -

das sind Sie immer noch! -, Ihre Ideen einzuspeisen und mitzudiskutieren.

Es war auch die Idee, das, wenn wir uns verständigen können, wie die Lösungen aussehen, auf die Bundesebene zu tragen. Das entscheiden wir in Schleswig-Holstein nicht allein. Das müssten Sie doch eigentlich wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn eine neue Idee nicht gleich auf Anhieb funktioniert, wollen Sie allen Ernstes den Kopf in den Sand stecken und sagen: „Nee, funktioniert nicht, dann lassen wir es sein“? Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht mit uns! Dafür ist die Beantwortung der sozialen Frage viel zu wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Wir haben noch kein Ergebnis. Das ist klar. Wir sind aber auch noch nicht am Ende des Prozesses. Ja, die Landesregierung - das ist gerade berichtet worden - hat sich vom Institut getrennt. Das ist sehr bedauerlich, aber das ist eine Tatsache. Deswegen machen wir trotzdem weiter.

Ich sage Ihnen auch Folgendes: Jamaika ist kein einfaches Bündnis, aber wenn es darum geht, dass wir uns austauschen, dass wir diskutieren und neue Wege finden, ist es richtig, dass wir mit diesem Bündnis die Sozialdemokratie genau dort stellen, wo Sie offensichtlich aufgehört haben. Das finde ich sehr bedauerlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neue Projekte brauchen Ausdauer, neue Projekte brauchen Mut, und neue Projekte brauchen Gelassenheit. Ich bleibe dabei: Wir sind alle klug beraten, miteinander, über Parteigrenzen hinweg mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aus Schleswig-Holstein zu diskutieren, damit wir genau das, was wir heute Morgen im Rahmen der Coronakrise und dem Artikelgesetz dazu besprochen haben, auf eine gute Grundlage stellen, damit wir Schleswig-Holstein für die demografische Entwicklung und die Digitalisierung fit für die Zukunft machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Denny Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Zukunftslabor zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme entstand aus dem Gedanken, parteiübergreifende Ideen in Bezug auf verschiedene Sozialsicherungssysteme zu beraten, zu vergleichen, auf seine Auswirkungen hin zu untersuchen und schlussendlich weiterzuentwickeln. Ja, parteiübergreifende Beratungen sollten es sein, und auch die Tarifpartner sind mit dabei, die BMA war dabei, damit wir möglichst viele Facetten aufgreifen können.

Die hier gewonnenen Ergebnisse sollten in die politische Debatte auf Bundesebene getragen werden. Auf die Ergebnisse müssen wir leider noch etwas warten, da man sich aus guten Gründen leider vom ISÖ als Hauptauftragnehmer trennen musste.

Die Arbeit wird jedoch weitergehen, und man ist auf der Suche nach einem zuverlässigen wissenschaftlichen Partner. Wir alle wissen, dass Megatrends wie Digitalisierung und demografischer Wandel uns vor soziale Herausforderungen stellen werden. Das Projekt Zukunftslabor könnte uns den notwendigen Input geben. Erste Schritte sind bereits erfolgt, an die wir nun anknüpfen können. Denn das Zukunftslabor sucht nur einen neuen Auftragnehmer, es ist nicht abgeschafft.

Damit komme ich zum Antrag der SPD. Ich habe mich zuerst gefragt, ob die im letzten Jahr von der SPD geforderte ersatzlose Abschaffung mittlerweile symptomatisch für die Gesellschafts- und Sozialpolitik der SPD ist. Nach der Rede von Frau Pauls heute, weiß ich: Ja, sie ist symptomatisch.

(Beifall FDP)

In allen Entwicklungen, die auf uns zukommen, sehen Sie eine Gefahr oder ein Risiko und gehen daher direkt in die Abwehrhaltung oder in Deckung in der Hoffnung, dass es einfach vorübergeht. Was sind denn Ihre Antworten, wenn es um demografischen Wandel, Globalisierung oder Digitalisierung geht?

(Zuruf: Umverteilung!)

Andrea Nahles - sie sollte bis vor Kurzem ihre Partei erneuern - sind Aussagen wie die folgende übriggeblieben: Digitalisierung nehme uns vernünftige Arbeit weg, hinterziehe Steuern, trage nicht zum Gemeinwohl bei und gehöre mit allen Kräften bekämpft. - Das ist ein Zitat Ihrer ehemaligen Bundesvorsitzenden. Das ist Denke aus den Achtzigern, damit löst man nicht die Fragen von morgen.

(Beifall FDP - Zuruf)

Die Digitalisierung als modernen Kapitalismus zu verklären, den es zu bekämpfen gilt, tritt die Lebensrealität vieler junger Menschen mit Füßen.

Herr Stegner, zum Thema Formate der Sozialdemokratie - Herr Stegner, Sie haben gerade etwas dazu erwähnt - habe ich noch etwas anderes gefunden, und zwar vom Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2017. Da wurden folgende Thementitel für Digitalisierung bearbeitet: „Digitale Monopole“, „Digitalisierung im Betrieb - Mitbestimmung unter Druck“, „Digitalisierung des Finanzsektors - Keine Chance für Nachhaltigkeit“, „Revolutioniert die Digitalisierung Geschlechterverhältnisse?“ oder „Sind Algorithmen sexistisch?“.

(Heiterkeit - Kay Richert [FDP]: Das ist lange her!)

- Das ist eine Handlungsfrage. - Fernab davon, dass dies die „Halt, stopp - hier bleibt alles so wie es ist“-Mentalität der Sozialdemokratie in Zukunftsfragen untermauert, sind die meisten Ergebnisse des Kongresses auch noch grundlegend falsch, denn Digitalisierung ist kein kapitalistisches Raubtier. Durch Digitalisierung und Smartphones wurde in fast allen Ländern der Welt ein Boom an Kleinunternehmen und vor allem Kleinunternehmerinnen geschaffen. Niedrigschwellig können über digitale Marktplätze und Online-Bezahldienste selbst ohne eine lokale Bankverbindung Waren und Dienstleistungen weltweit vertrieben werden. Das schafft Wohlstand, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in allen entlegenen Orten der Welt.

(Beifall FDP)

Ich bitte Sie, über den Tellerrand zu schauen. Es lohnt sich, über soziale Absicherungsmodelle, auch wenn sie einem erst mal fremd wirken - wie Bürgergeld, Grundeinkommen oder andere Dingen - zu sprechen, und zwar gemeinsam. Vor Entwicklungen, die man nicht mag oder will, kann man versuchen, sich wegzuducken - nicht nur als SPD, auch ganz Deutschland könnte sich vor der Digitalisierung verstecken; verschlafen tun wir sie ja in Teilen leider schon. Das heißt aber nicht, dass so ein Megatrend nicht trotzdem massiv auf Deutschland einwirkt. Hier gilt: Je weniger ich mich selbst einbringe, desto mehr werde ich fremdbestimmt, auch als ganzes Land.

(Beifall FDP)

Schon jetzt entstehen die meisten Entwicklungen in den USA oder China. Damit degradieren wir uns in Deutschland und Europa am Ende zum einfachen Konsumenten. So müssen wir damit leben, was an-

(Dennys Bornhöft)

dere nicht nur Waren oder Dienstleistungen erstellen, sondern - noch schlimmer - müssen uns auch deren Regularien unterwerfen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns proaktiv, auch von der Geisteshaltung her, mehr einbringen, liebe Kollegin Frau Pauls.

(Beifall FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Der Wandel wird kommen. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wollen wir diesen Wandel aktiv begleiten oder tatenlos danebenstehen?

Ein Problem aus unterschiedlichen Blickwinkeln, Facetten und Gesellschaftsbildern zu betrachten, bringt meistens eine tragfähigere Lösung. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn Sie sich prinzipiell mehr öffnen. Wenn das Zukunftslabor weitermacht, sollten wir gucken, dass die Termine so passen, dass alle dabei sein können, damit wir den Austausch dort führen können und ihn nicht nur in der eigenen Partei weitertragen. Bisher hat der große Wurf der SPD bundesweit offensichtlich keinen Widerhall gefunden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Jamaika-Koalition hat vor mittlerweile mehr als zwei Jahren ihren verheißungsvoll klingenden Antrag „Zukunftslabor soziale Sicherung“ in den Landtag eingebracht. Darin sollte zeitnah ein Zukunftslabor mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik und aus der Wissenschaft ins Leben gerufen werden, in dessen Rahmen die Umsetzbarkeit neuer sozialer Absicherungsmodelle, zum Beispiel ein Bürgergeld, ein Grundeinkommen oder die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, diskutiert und bewertet werden. Das Land sollte so fit für die Herausforderungen der Zukunft gemacht werden. So hauchte hier der grüne Geist durchs Haus.

In der Begründung des Antrags heißt es, dass sich der Arbeitsmarkt in den letzten 15 Jahren dramatisch verändert habe, daher müssten auch die Instrumente zur Arbeitsmarktsteuerung und der sozialen Absicherung der Menschen neu ausgerichtet werden. Die Haushaltsmittel für diese links-grüne Pro-

jekt „Zukunftslabor“ sind von anfangs 250.000 € jährlich auf 270.000 € für das Haushaltsjahr 2020 erhöht worden.

Meine Damen und Herren, wir haben dem Antrag im Landtag damals trotz einiger Bedenken zugestimmt, den wir haben damit Hoffnungen verbunden. Wir hatten die Hoffnung, dass diese Landesregierung im Interesse der Menschen unseres Landes tatsächlich an Lösungen und innovativen Konzepten gerade für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme arbeiten wird. Leider sind wir hier gründlich enttäuscht worden.

Bei den Themen Bürgergeld, Grundeinkommen und soziale Sicherungssysteme handelt es sich um Bundesrecht. Die Arbeit des Zukunftslabors hätte damit zielgerichtet auf die Entwicklung parlamentarischer Initiativen im Bundesrat ausgerichtet werden müssen. So stand es auch im Antrag.

Das ist leider in der bisher zweijährigen Arbeit des Zukunftslabors gründlich fehlgeschlagen. Die Ergebnisse der Arbeit des Zukunftslabors sind ausweislich des jetzt vorgelegten Berichts der Landesregierung niederschmetternd. Die Arbeit des Zukunftslabors ruht derzeit. Das Auftragsverhältnis mit dem Institut für Sozialökologie ist durch die Landesregierung am 5. Februar 2020 gekündigt worden. Hierbei sollten wir es auch belassen, denn - um es auf den Punkt zu bringen - das Ergebnis des Zukunftslabors ist schlichtweg null.

Ich zitiere aus dem Bericht der Landesregierung:

„Es haben auch nicht alle Ansätze den erhofften Zuspruch in Form einer großen Beteiligung durch die Gremien und die Öffentlichkeit gefunden.“

In den letzten Wochen und Monaten sind zunehmend unterschiedliche Vorstellungen über die Inhalte und Methoden zwischen den Vertragspartnern aufgetreten.“

Das ist eine nette Umschreibung für einen glatten Fehlschlag. Im Bericht heißt es weiter:

„Da das Zukunftslabor nicht mit dem Auftragsnehmer gleichzusetzen ist, prüft die Landesregierung gegenwärtig die Fortführung des Zukunftslabors mit neuer wissenschaftlicher Unterstützung.“

Und weiter:

„Die Frage der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an den Arbeitsmarkt von morgen, der maßgeblich durch Demografie und Digitalisierung beeinflusst werden wird,

(Claus Schaffer)

bleibt die zentrale sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung.“

Meine Damen und Herren, der Bericht stammt vom 23. April 2020.

Der coronabedingte Shutdown begann Mitte März. Corona ist die zentrale sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung für die nächsten Jahre, und für diese Erkenntnis braucht es doch kein Zukunftslabor, zumindest nicht auf unserer Seite.

Die Auswirkungen der Coronakrise treffen die deutsche Wirtschaft in ihrer gesamten Breite: Mehr als 90 % der Unternehmen spüren bereits jetzt negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte. Die Zahl der Arbeitslosen und insbesondere der Kurzarbeiter steigt erheblich an - mit entsprechenden Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme. Zudem trifft die Coronapandemie Menschen mit niedrigem Einkommen härter als Besserverdienende. Wirtschaftliche Krisen treffen immer zuerst die Einkommensschwachen. Das gilt für prekär Beschäftigte und Leiharbeiter ebenso wie für Soloselbstständige.

Aber auch Alleinerziehende, ältere Menschen, Menschen mit Einschränkungen und viele andere mehr sind es, die ganz erheblich von den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der Coronakrise für die nächsten Wochen und Jahre betroffen sind. Diese Menschen müssen wir mitnehmen und ihnen Lösungen anbieten, und die warten sicher nicht auf ein Zukunftslabor der Landesregierung.

Ein Zukunftslabor, das nichts Zukunftsträchtiges entwickelt, sollte hier auch keine Zukunft haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Zukunftslabor haben wir hier mehrfach diskutiert. Für den SSW war und bleibt dabei klar, dass wir ein großes Interesse an den Themen Bürgergeld, Grundeinkommen und Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme haben. Die Frage, wie wir den zukünftigen Herausforderungen durch Digitalisierung und demografischem Wandel begegnen, ist extrem wichtig. Deshalb bringen wir uns selbstverständlich konstruktiv in die Debatte ein, so zum Beispiel 2017, als auf unseren

Antrag hin auch die Sozialverbände an der Arbeit des Labors beteiligt wurden, und in der letzten Debatte zur Abschaffung dieses Gremiums, in der wir mit unserem Antrag auf einen schriftlichen Bericht zu einer sauberen Datengrundlage beitragen wollten. - Vielen Dank deshalb für den guten und analytisch sauberen Bericht.

Die Grundlage liegt heute vor, zumindest theoretisch. Leider scheint es auch nach mehrjähriger Arbeit nicht möglich gewesen zu sein, auch nur eine konkrete Bewertung oder gar Empfehlung abzugeben. Eine klare Vorgabe war zum Beispiel, bestehende Modelle wie etwa in Finnland oder Italien genauer zu analysieren. Das ist sinnvoll, denn aus den dortigen Erfolgen oder Fehlern lässt sich viel lernen.

Die Finnen haben gerade festgestellt, dass ihr Modell, das kein bedingungsloses Grundeinkommen war, nicht von Erfolg gekrönt war. Zumindest ist die dortige Erkenntnis, dass eine für zwei Jahre bedingungslose Sozialhilfe plus möglicher Zuschuss zur Selbständigkeit keinen messbaren positiven Effekt in Bezug auf Arbeitsaufnahme gehabt hat. Wir können zumindest feststellen, dass das dort so gewesen ist. So etwas kann man durchaus in die eigenen Überlegungen einbeziehen.

Der Bericht enthält noch keine konkreten Schlussfolgerungen. Ich glaube, dass das auch nicht leicht ist, obwohl immer wieder Zwischenergebnisse aus den Projekten anderer Länder vorliegen, auf die man zurückgreifen könnte.

Im Bericht wird ehrlich formuliert, dass sich die Landesregierung und das beauftragte Forschungsinstitut überworfen haben, und ich glaube, nicht nur die Landesregierung, sondern auch Beteiligte, die sich das angesehen haben, haben es für immer schwieriger angesehen, welche Zielsetzung das Institut hatte und welche Zielsetzung man politisch verfolgt hat und meinte, dass dieser Auftrag erfüllt werden müsste. Wenn es mitten im Prozess unterschiedliche Vorstellungen über die „Inhalte und Methoden der wissenschaftlichen Koordinierung des Projekts“ gab, lässt das schon tief blicken, und dann ist wohl auch klar, welchen eigentlichen Grund es dafür gibt, dass noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen.

Wenn wir dann noch auf die Tatsache schauen, dass wir hier und heute mit leeren Händen dastehen und an die verwendeten Haushaltsmittel denken, ist die Geschichte mehr als ärgerlich. Wir haben schon in der letzten Debatte zur Abschaffung des Zukunftslabors durchaus Verständnis für die Haltung der

(Lars Harms)

SPD geäußert. Natürlich trägt auch dieser Bericht nicht viel dazu bei, an diesem Format festhalten zu wollen.

Trotzdem wollen wir es, weil wir es für falsch halten, die Flinte ins Korn zu werfen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir halten die Aufgabe der sozialen Sicherung in Zeiten eines zunehmend digitalisierten Arbeitsmarkts für unheimlich wichtig und für unaufschiebbar. Diese und andere Trends warten nicht darauf, dass wir uns irgendwann geeignete Antworten zurechtgelegt haben; wir müssen hier und heute gemeinsam nach Wegen suchen, um die Herausforderungen meistern zu können.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es tatsächlich gelingt, zu konkreten Modellen und Schritten zu kommen, die dann auf einer breiten Basis diskutiert werden können. Natürlich braucht man hierfür theoretische Vorüberlegungen, Ländervergleiche oder Literaturstudien, aber irgendwann müssen auch einmal ganz konkrete Fragen diskutiert werden.

Wenn wir beispielsweise das Thema Grundeinkommen nehmen, dann zählt für uns dazu, welche konkreten Modelle denkbar sind und wer zum Beispiel legaler Bürger und damit anspruchsberechtigt ist und wer durchs Raster fällt und gar keine Leistung mehr erhält oder welche Finanzierung denkbar ist und welche Leistungen im Gegenzug gestrichen werden sollen. Wenn Hartz-IV-Leistungen, Wohngeld, Leistungen der Behindertenhilfe, Kindergeld, BAföG und/oder Leistungen der Jugendhilfe gestrichen werden, um ein Grundeinkommen zu finanzieren, kann es durchaus sein, dass ein bisher kollektiv und solidarisch getragenes Risiko auf einmal auf den Einzelnen abgewälzt wird und viele schlechter gestellt werden, vor allem dann, wenn man nicht zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten für ein Grundeinkommen gehört.

All das muss vorher genau geklärt sein, um ein Modell in all seinen Auswirkungen bewerten zu können. Mir ist schon klar, dass man nicht jedes Wort eines Koalitionsvertrags auf die Goldwaage legt, aber das mit dieser Idee verbundene erklärte Ziel der Jamaika-Koalition, unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen und Existenzängsten von Bürgerinnen und Bürgern entgegenzutreten, teilen wir.

Deshalb halten wir es für sinnvoll, wenn wir auch auf Landesebene weiter an der Erreichung dieses Zieles festhalten. Es macht daher Sinn, ein solches Zukunftslabor weiterzuführen. Wir müssen allerdings wirklich einmal konkreter werden und kon-

krete Modelle ausarbeiten, die dann konkret mit den Beteiligten diskutiert und bewertet werden können. Das muss das Ziel sein, das wir vielleicht nicht in dieser Wahlperiode erreichen. Wir können aber zumindest einmal damit anfangen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Begeisterung für einen Bericht sieht anders aus, zumal der Minister es geschafft hat, einen Bericht in Rekordzeit zu halten. Man merkt, dass dies eigentlich etwas ist, mit dem man die Zukunft nicht gestalten kann - zumindest nicht mit dem Zukunftslabor. Wenn es doch beim Zukunftslabor darum geht, die berühmten Megatrends - und das hört sich doll an, und man kann damit wahrscheinlich jede „Weltspiegel“-Überschrift bestücken - herauszuarbeiten, will ich einmal auf drei Punkte eingehen.

Gehen wir zunächst einmal vom Gesundheitssystem aus: Die tollen Privatisierer der Bertelsmann Stiftung haben doch tatsächlich noch Anfang des Jahres vorgeschlagen, circa 20 % der Krankenhäuser in Deutschland zu schließen, weil sie überzählig seien. Wäre das umgesetzt worden, wäre es in der Coronakrise die nackte Katastrophe gewesen. Diesen Megatrend, sich neu darüber zu unterhalten, wie das Gesundheitssystem aufgestellt werden soll, brauchen wir in dieser Form nicht.

Der zweite Megatrend ist eben vom Kollegen Lars Harms angesprochen worden. Finnland hat den Versuch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen einmal durchgespielt. Sie sind dort zu dem Ergebnis gekommen: Es schafft nicht mehr Menschen in Arbeit und bringt in dem Sinne nichts. Es führt bei denjenigen, die ein Grundeinkommen bekommen, zu Zufriedenheit.

(Zuruf FDP)

Den Effekt, den man sich davon versprochen hat, ist gleich null. Ich glaube, dass ein Zukunftslabor, wenn man es auf die Beine stellen sollte, andere Fragen bearbeiten müsste, zum Beispiel die Situation von armen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland. Warum kommen wir nicht dazu, dass wir endlich die eigenständige Kindergrundsicherung umsetzen?

(Wolfgang Baasch)

(Beifall SPD)

Dies wäre notwendig, und nicht, darüber zu fabulieren, warum Kinder arm sind. Es geht darum, ihnen aus der Armut herauszuhelfen.

Dritter Punkt: Warum reden wir über die Armut von alten Menschen? Warum setzen wir nicht die Grundrente um? Gerade jetzt fangen wir schon wieder an, die Grundrente infrage zu stellen, anstatt ganz konkret diese Projekte umzusetzen.

(Beifall SPD - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Mehrheiten!)

- Ja, das könnten wir doch in Berlin gemeinsam prima umsetzen. Wir sind auf einem anständigen Weg, besser als das Zukunftslabor, wenn man jetzt nicht anfinge, mit finanziellen Haken noch einmal wieder da hineinzugrätschen.

Leider reicht die Zeit nicht, um auch noch auf den Arbeitsmarkt einzugehen. Das ist doch eine Antwort, in einer konkreten Krise zu sagen: nicht 60 % oder 67 % Kurzarbeitergeld, sondern bis zu 90 %. Das sind die Antworten, die wir brauchen, und darüber muss man sich sozialpolitisch einen Kopf machen und nicht über ein Zukunftslabor, das über Megatrends forscht, die am Ende dann so gar nicht infrage stehen.

(Beifall SPD - Zuruf: Demografischer Wandel?)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas Besonderes, zu sagen: „Wir wollen überparteilich sein“, und dann wirklich in ziemliche Tiefen abzusteigen. Damit meine ich in diesem Fall den Kollegen Bornhöft. Ich bin deshalb nach vorn gegangen, weil es mich ärgert, dass man einfach Titel von Veranstaltungen vorliest, ohne zu wissen, worum es überhaupt geht, und sich dann lustig zu machen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ich habe den Abschlussbericht gelesen!)

Die Frage von Sexismus und Algorithmen - natürlich ist das eine sozialdemokratische Aufgabe.

(Zurufe)

- Ja, da können ruhig alle lachen. Das ist überhaupt nichts zum Lachen! Wir waren nie eine fortschritts-

feindliche Partei, aber wir haben immer gesagt: Der Fortschritt muss so begleitet werden, dass er nicht zu neuen Ungerechtigkeiten führt. Das ist unsere DNA.

(Beifall SPD)

Natürlich ist das ein Problem. Es geht jetzt nicht um bewussten, sondern um unbewussten Sexismus und um Diskriminierung. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind unverdächtig, sozialdemokratisch regiert zu werden.

(Heiterkeit)

Steve Wozniak, auch bekannt als The Woz – Ingenieur, einer der Mitbegründer von Apple, einige werden ihn kennen, seit Langem eine Kultfigur -, hat richtigerweise im letzten Jahr eine Debatte losgetreten, als er festgestellt hat, dass er, obwohl er seine Bank-Accounts mit seiner Frau alle teilt, einen zehnfach höheren Kreditrahmen eingeräumt bekommen hatte als seine Frau - und zwar komplett begründungsfrei. Das ging dann in Richtung Goldman Sachs. Es gab dann eine entsprechende Untersuchung der Börsenaufsicht. Der Kongress leistet sich für alles Mögliche einen Ausschuss. Das US House Committee on Financial Services hat festgestellt, dass es sehr wohl viele Algorithmen gibt, die unbewusst diskriminieren, teilweise in bester Absicht.

Wir hatten so etwas übrigens auch einmal im Krankenkassenbereich. Dafür braucht man gar keine Digitalisierung. Versicherungsmathematisch kommt nämlich heraus, dass Frauen und Männer für eine Krankenkasse ein unterschiedliches Risiko sind. Dann hatte man das Risiko vereinzelt. Wir als Sozialdemokraten finden es aber gut, wenn man das Risiko nicht nach dem Geschlecht vereinzelt, auch wenn es versicherungsmathematisch dabei herauskommt.

(Beifall SPD, Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das mag nicht der freien Marktwirtschaft entsprechen, aber dafür sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten da. Für andere Sachen sind andere Parteien da.

Deswegen habe ich mich jetzt hier nach vorn gestellt, um klarzumachen, dass Diskriminierung durch Algorithmen - bewusst oder unbewusst - ein Thema ist. Je stärker Algorithmen im smarten Bereich die Entscheidung übernehmen, desto wichtiger ist es, dass man hinschaut. Im US-Kongress schaut das Parlament hin. Es ist dort nicht ausgelä-

(Dr. Kai Dolgner)

gert, das ist der Unterschied. Ich wehre mich immer dagegen zu sagen, wir seien viel besser als die Vereinigten Staaten von Amerika. In vielen Bereichen - auch bei der Finanzmarktkontrolle - stimmt es nicht, auch hier stimmt es nicht. Da können Sie sich einmal ein Vorbild nehmen. Wenn der nächste Ausschuss nach Amerika reist, könnte er sich mit diesen Teilen der Digitalisierung auch einmal beschäftigen.

(Heiterkeit - Beifall SPD, Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich wünsche Ihnen da eine gute Reise!

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe)

Ich schließe die Beratung. Ich gehe davon aus, dass wir in der Sache abstimmen. - Das ist der Fall.

Ich lasse über den Antrag, Drucksache 19/1800, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD und AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. - Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es war beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2121, zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass Sie mit mir der Meinung sind, dass unser „Plexi-Parlament“ den Praxistest bestanden hat.

(Zurufe und Heiterkeit - Der Präsident wendet sich an die Reinigungskraft)

- Ich möchte mich insbesondere bei Ihnen und bei Ihrer Kollegin bedanken, die Sie uns den ganzen Tag über intensiv desinfektionsmäßig betreut haben. - Herzlichen Dank dafür!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:40 Uhr